

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

XIV. JAHRGANG 1937

4.

HEFT / APRIL

## Europas Schütterzone I

v. Schumacher: Die Schöpferkraft des Südostens

Irak: Rumäniens raumpolitische Sendung

Ungarn: Bessarabien — Rumäniens Grenzmark gegen den Bolschewismus

Iran: Kaukasien: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens

März: Jugoslawien beschreitet neue Wege

Spanien: Le crépuscule des traités — Berichterstattung — Kartenbibliographie —  
Bibliographie der Geopolitik

### WELT-RUNDFUNK

Deutschland: Das Fernsehen — Möglichkeiten und Erreichtes — Somogyváry: Ungarns Rund-  
nachrichtendienst — Stoffregen: Von der Magie des Rundfunks — Wagenführ: Ameri-  
kafunkfunkaustausch mit der Welt — Sell: Auslands-Vertreter des Rundfunks — Springer:  
afrikanische Rundfunkprobleme II — Die Ergebnisse der Berliner UIR.-Tagung — Wagen-  
führ: Die zweite Etappe — Blick in die Rundfunkwelt — Wirtschaft und Recht — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Präsident der Deutschen Akademie,

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,  
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36

Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIV. JAHRGANG / HEFT 4 / APRIL 1937

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

R. v. Schumacher: Die Schöpferkraft des Südostens .....	257
V. C. Irik: Rumäniens raumpolitische Sendung .....	261
G. Runge: Bessarabien — Rumäniens Grenzmark gegen den Bolschewismus .....	270
F. v. Caucig: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens .....	280
J. März: Jugoslawien beschreitet neue Wege .....	289

### BERICHTE

A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt .....	299
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum .....	302

SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik .....	309
--	-----

### SCHRIFTTUM

E. Wunderlich: Neue geopolitische Karten und Atlanten .....	312
K. Roepke: Bibliographie der Geopolitik .....	315

### BEILAGE: WELT-RUNDFUNK

Ohnesorge: Das Fernsehen — Möglichkeiten und Erreichtes .....	321
J. Somogyváry: Ungarns Rundfunknachrichtendienst .....	323
K. Wagenführ: Amerikas Rundfunkaustausch mit der Welt .....	326
K. G. Sell: Auslands-Vertreter des Rundfunks .....	328
G. O. Stoffregen: Von der Magie des Rundfunks .....	330
F. Springer: Südafrikanische Rundfunkprobleme II. ....	335
Die Ergebnisse der Berliner UIR.-Tagung .....	338
K. Wagenführ: Die zweite Etappe .....	340
Blick in die Rundfunkwelt .....	341
Wirtschaft und Recht .....	348
Schrifttum .....	350

**Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzel M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—**  
Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung.  
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —,90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—  
Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H./LUDWIGSHAFEN 12461/WIEN 559 18/PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36**



In Südost-Europa, dessen Bedeutung für das Schicksal unseres Erdteils von Jahr zu Jahr steigt, wird in diesem Heft in einer Folge von Einzeluntersuchungen und Überblicken von Mitarbeitern, denen persönliche Landeskennntnis eignet, in seinem heutigen Zustand umrissen. Ein weiteres abschließendes Heft wird folgen.

Rupert von Schumacher eröffnet die Folge mit einer lebendig-mitreisenden Schilderung der Schöpferkraft des Südostens: dieser für uns so seltsam undurchsichtigen Völker, denen ihr junger, heroischer Lebenswille eine große Zukunft verheißt.

Rumänien, als „politische Drehscheibe“ zwischen Osten und Westen, zwischen dem Bolschewismus und der kulturellen Einheit Europa, wird, wie Victor L. Bret überzeugend darlegt, seine „raumpolitische Sendung“ nur erfüllen können, wenn es trotz seines Völkergemenges eine von unten aufgebaute, echte Volksgemeinschaft zu verwirklichen vermag.

In dem Verhältnis Rumäniens zum Bolschewismus spielt Bessarabien, die Grenzmark gegen Rußland, eine entscheidende Rolle. Georg Runge schildert die politisch-geschichtliche Situation dieses Landes und weist die Notwendigkeit einer Änderung der bisher allzu kurzfristigen, unklugen rumänischen Politik auf.

Bulgarien — Franz von Caucig gibt auf Grund einer kürzlichen Studienreise einen groß angelegten Überblick über die gesamten inneren, außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse dieses Landes, das in einer großen Kraftanstrengung den Druck seines „Friedensvertrages“ abzuschütteln sucht.

Josef März zeigt in seinem Aufsatz über Jugoslawien, wie hier eine kluge und energische Staatsführung die entscheidenden politischen Probleme auf eine neue Basis zu stellen wagt — außenpolitisch: Ausgleich mit Italien, Ungarn und Bulgarien; innerpolitisch: Auseinandersetzung mit Kroatien.

Zum zweitenmal erscheint in diesem Heft die Beilage

#### Welt-Rundfunk

Die Bedeutung, die ihr zugemessen wird, erhellt aus der Tatsache, daß ein Aufsatz des Reichspostministers Ohneföhrge über das Fernsehen sie einleitet: Deutschland marschiert in Technik und Organisation dieser umwälzenden Erfindung an der Spitze.

Eine Anzahl mannigfaltigster Darstellungen schließt sich an: Julius Somogyváry berichtet über Ungarn, das die erste rundfunkähnliche Organisation der Welt besaß, Goetz Otto Stoffregen spricht aus der eigenen Erfahrung als Intendant des größten deutschen Senders, Kurt B. Sell, Vertreter des deutschen Rundfunks in USA., gibt einen Einblick in diesen wenig bekannten, „diplomatischen“ Beruf, Kurt Wagenführ und Franz Springer bestreiten den im engeren Sinne wissenschaftlichen Teil — Tagungsberichte, Welt-Überblick, Literaturbesprechung schließen sich an.

Die Beilage Weltrundfunk kann auch gesondert bezogen werden.

Preis je Heft RM. 1.—

Die Schriftleitung



## Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

	Seite
Bessarabien .....	271
Das Bahnnetz um die bulgarischen Grenzen .....	293
Die völkische Gliederung Jugoslawiens .....	296
Dalmatien, Kroatien, Slavonien .....	296

## Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Franz von Caucig, Istanbul-Eihangir, Anathar Sok. 21 — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des Geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., v. Professor an der Universität, Präsident der Deutschen Akademie, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Victor C. Irf, Ujud-Straßburg a. M.-Siebenbürgen (Rumänien) — Dr. Josef März, Berlin-Halensee, Seesener Str. 34/III — Reichspostminister Dr.-Ing. e. h. D h n e s f o r g e, Berlin, Reichspostministerium — Rechtsanwalt Heinrich Richter, Berlin NW 40, Roosstraße 1 — Dr. Kurt Roepke, Leipzig O 27, Am Wasserwerk 111 — Georg Runge, Anschrift durch den Verlag — Rupert von Schumacher, Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8a — Kurt G. Sell, Washington D. C. University Club, USA. — Julius Somogyváry, Budapest, Magyar Telefonhírmondo es Radio RT, Sandor u. 7 — Dr. Franz Springer, Berlin-Charlottenburg 9, Reiskowstraße 2 — Goetz Otto Stoffregen, Berlin-Charlottenburg 9, Masurenallee, Haus des Rundfunks (Deutschlandsender)

*Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.*

## Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

K. Erdmann: Außenpolitik und Erziehung  
 K. Haushofer: Raumüberwindende Männer  
 M. Seifert: Das Bluterbe des sächsisch-thüringischen Wirtschaftsmenschen  
 F. Pauser: Die Alpenstellung der Römer und die Gegenwart III  
 K. S.: Japanische Agrarfragen III  
 A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt  
 K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum  
 Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik  
 H. Ofte: Geopolitik und Naturrecht  
 H. K. E. Keller: Einheit und Vielfalt im rechtlichen Weltbild  
 W. Janßen: Ein Werk über den deutschen Raum  
 K. Haushofer: Zur Statistik und Dynamik Amerikas  
 K. Haushofer: Schrifttumsproben geopolitischer Dynamik  
 H. Hummel: Währungstafel  
 E. Wunderlich: Neue geopolitische Karten und Atlanten



**RUPERT VON SCHUMACHER:****Die Schöpferkraft des Südosten**

Vom Südosten geht ein Hauch der Frische aus. Seit jeher. Seine Natürlichkeit ist bestrickend. Der Zauber seiner Lebensfreude, die vitale Kraft seiner erstaunlichen Zähigkeit schlägt alles, das mit ihm in Berührung gerät, in seinen Bann. Müdigkeit ist den Südostvölkern fremd. An den Untergang des Abendlandes hat man dort noch nicht gedacht. Und das, obwohl diese Völker bis zum Weißbluten um ihre Freiheit kämpften. Man sollte vor dieser Lebenskraft bewundernd verweilen, denn sie ist einmalig.

Europa sucht im Südosten zu sehr das eigene Spiegelbild. Rom verweist mit Selbstbewußtsein auf seinen Beitrag zur Latinität, der Deutsche erinnert mit Vorliebe an Kolonisation und Romantik, Paris betont mit großer Geste den Einfluß von 1789 und der Zarismus wollte ständig das Lob als Beschirmer von Orthodoxie und Panslawismus hören. Dient es jedoch jemand zu Nutz oder Leid, wenn der Südslawe „šunken“ im Anklang an österreichische Mundarten für Schinken, der Bulgare „kurort“ und „edelweiß“, der Türke „bira“ (Bier) oder „semendüfer“ (Eisenbahn) sagt? Zunächst kaum. Fremdwörter sucht man allenthalben auszumerzen, und wenn das nicht gelingt, umzuethymologisieren — man macht aus Ordinarius z. B. „ordinariyüs“ und annektiert damit das Wort fürs Türkische. Das gleiche Schicksal erfahren die Ideologien. Als die neue Schrift in der Türkei als durchaus autochthone türkische Schöpfung gepriesen wurde, herrschte zunächst Erstaunen, aber die Auffassung hat sich im eigenen Lande durchgesetzt. Das genügt schließlich, mehr war nicht beabsichtigt. Als die Kultur der heutigen Türkei zur Urmutter aller Weltkulturen erklärt und ihre unmittelbare Abstammung von der ausgegrabenen Kultur der Schumerer offiziell zur Lehrmeinung erhoben wurde, versuchte Europa da und dort zu lächeln. Trotzdem heißt die Bank der staatlichen Unternehmungen „Şumer Bank“ und „şumer“ ist das Schlüsselwort für den Geist geworden, mit dem sich der eingeengte Staat zu neuer Blüte erhob. In die gleiche Linie gehört es, wenn der Ungar den Raidinger Liszt oder auch Dürer als madjarische Vorkämpfer europäischer Kultur bezeichnet und den Bamberger Reiter unter die ungarischen Könige reiht; wenn die Orthodoxie sich als die eigentliche Wahrerin des ursprünglichen Christentums von Rom distanziert; oder wenn der Südosten sich als Begründer des Nationalgedankens bezeichnet; und die Stimmen aus Südosteuropa, die aus Enttäuschung über das französische Abgleiten nach Links diesen Raum zum Hort von Demokratie und Liberalismus erheben wollen, schlagen in die gleiche Kerbe. Geschichtsklitterung, Sprachpurismus, Ideenannexion? Diese Formel erscheint zu primitiv. Gewiß ist manches dabei, was zur Überspitzung neigt und manche Meinung im Überschwang zur Doktrin erhoben, die nüchterner Nachprüfung nicht standhält.



Aber der Kern dieser Dinge, für die wir absichtlich krasse Beispiele wählten, ist einfach der: Man will nicht ständig vom Angewiesensein auf Fremdes hören, man will Herr im eigenen Hause sein und man will eine Lebenskraft dokumentieren, die Fremdes so in sich einverleiben kann, als ob es als Eigenes erschiene. Die Übertreibungen dürfen den Blick für diesen Kern nicht verschleiern. Sie werden von selbst sich abschleifen, wenn die mangelhafte Beachtung der südöstlichen Eigenständigkeit und der Schöpferkraft dieser Völker einer klaren Gesamtwertung ihrer Eigenleistungen Platz macht. Die Geistesgeschichte des Südosten ist ja bis heute noch nicht geschrieben und über die Beiträge des Südosten zu den Kulturwerten der Welt sind die Akten noch nicht eröffnet.

Der Südosten ist der Raum der politischen und kulturellen Spätstile. Das hat sein Gefüge verdeckt. Die Rumänen sind die spätesten Lateiner, Byzanz ist ein spätes Rom, das Osmanische Reich der Nachklang der islamischen Staatsgründungen, die demokratischen Nationalstaaten von 1918 sind Verspätungen des Prinzips von 1789, die deutsche Donauraumkolonisation des 18. Jahrhunderts war eine Nachbildung deutscher Leistungen des Mittelalters und der panslawische Grundgedanke der periodisch wiederkehrende Ausgleichsbestreben zwischen den zwei Slawenstaaten des Balkan ist eine Reminiszenz an die Blütezeit dieser Idee. Fremde und autochthone Kräfte vermögen sich diesem Charakter des Südosten nicht zu entziehen. Er ist elementar, sein Wesen selbst. Der gesunde Sinn der Kulturen und Völker des Südosten hält am Hergebrachten fest, er läßt sich durch Neues, das noch im Werden ist, nicht aus der Fassung bringen. Aber er nimmt bereitwillig das Fertige, das Klare in sich auf und versteht es, mit denkbar größter Zähigkeit zu bewahren, ohne dabei — und das ist das Merkwürdige — durch fremde Einschlüsse irgendwie im innersten Wesen berührt oder gar verändert zu werden. Wo die eigenen überreichen Wandlungen trotz des harten Schicksals Zeit zum Ausreifen fanden, hat darum der Südosten erstaunliche Zeugnisse innerer Harmonie, und sei es auch nur im kleinsten Bereich, hervorgebracht, wo die Ruhe ihm nicht gönnt war, hat er unter der schillernden Oberfläche einer unwahrscheinlichen Vielfalt Urtümliches in zähem Beharren derart festgehalten, daß sich heute, da ihm das Eigenleben endlich gestattet ist, eine Fülle reichsten Kulturgutes entfaltet, die den unkundigen Betrachtern völlig unverständlich erscheint. Allein die Schätze des durchaus lebendigen Brauchtums, des volklichen Kulturgutes, sind so unberührt und so formkräftig, daß sie mehr als nur wissenschaftliche Beachtung verdienen. Und das um so mehr, als auf diesem Bestand an eigenen Werten heute die politischen Konzeptionen einer Selbstbestimmung über die eigenen Wege anknüpfen. Mag im Augenblick z. B. die rumänische These von der Ungefährlichkeit des Bolschewismus für dieses Land höchst bedenklich erscheinen, weil die roten Sowjetnachbarn immer begieriger über den Dnjestr blicken, so darf nicht übersehen werden, daß diese fast passiv anmutende rumänische Haltung aus einer geradezu vegetativen kulturellen Selbst-



sicherheit geboren wurde. Ein Volk, das seine Eigenart über die Stürme der Völkerwanderung und durch die Jahrhunderte der Fremdherrschaft gerettet hat, mag leicht, selbst einer Gefahr wie der bolschewistischen gegenüber, zur Rolle des Dulders neigen. Die Lebendigkeit des Kulturgutes und ihrer Voraussetzung, des ungebrochenen rassischen Instinkts, ist aber in gleicher Weise das stärkste Fundament der aktiven jugoslawischen Abwehr bolschewistischer Strömungen, es hat den schwierigen Verschmelzungsprozeß von Alt- und Neugriechentum nach dem großen Völkertausch sichergestellt und die Erneuerung der Türkei ermöglicht.

So arm an Ausstrahlung und Schöpferkraft, wie man auf Grund der politischen Überfremdungen durch lange Perioden vermuten müßte, war der Südosten selbst nicht in seinen trübsten Zeiten. Seine Dynamik lag allerdings nicht offen zutage. Sie hat sich infolge der politischen Lagen mit fremden Werten zu einem Ganzen derart verwoben, daß man den südöstlichen Anteil nur schwer herauslösen kann. Die Balkanologie in dem umfassenden Sinn, den man ihr im Südosten heute gibt, wird darum unter den benachbarten Kulturen auf die Suche nach südöstlichen Werten gehen müssen. Sie wird dann eine überraschende Spannweite geistiger, kultureller, politischer Leistungsfähigkeit offenbaren, für die der Grieche El Greco, der Serbe Pupin, der Albaner Crispi einige Beispiele sind.

Die inneren Leistungen und Ausstrahlungen sind augenfälliger. Sie setzen jedoch eine Gesamtschau voraus, eine nach Zeit und Ort aufgesplitterte Betrachtung wird ihrer nicht gerecht. Dem geistigen Bereich des Südosten entstammt Justinians Rechtsschöpfung, die den abendländischen Kulturkreis bis heute beeinflußt, wie der Südosten auf dem Gebiet der Rechtsschöpfung — Kormčaja, Dušanow Zakonik, Zakon Winodolski usw. — überhaupt sehr fruchtbar ist. Kunst und Religion von Byzanz beherrschen den russischen Raum. Das südöstliche Schisma hat über ein Jahrtausend des christlichen Schicksals entschieden. Kyrill und Method sind noch heute lebendig, sei es daß sich in ihrem Geist noch 1919 eine tschechische Nationalkirche zu bilden vermochte, sei es daß man ihre Grabstätten noch heute zu fälschen oder zu finden versucht. 925 erkämpfte sich der Bischof Grgur von Nin das Recht der slawischen Kirchensprache in der römisch-katholischen Kirche — wo findet sich im Abendland eine ähnliche Nationalisierung des Katholizismus und so früh? — und heute wird laut vertraglicher Vereinbarung in den dalmatinischen Gemeinden auf ihren Antrag der lateinische durch den slawischen Ritus Grgurs ersetzt — 1000 Jahre später! Aus dem äußersten Norden geht der revolutionäre Vorläufer Luthers — Hus — hervor, im äußersten Osten vollzog Kamāl Atatürk die nicht minder heftige Umwälzung der Säkularisierung des Islams. Die Schriftschöpfungen der aus einer nordalbanischen Schrift entstandenen Glagolica und der in Bulgarien geschaffenen Cyrillica teilen das Kulturbild des Abendlandes in eine westliche und slawische Welt. Die Sprachleistung des Vuk Stefanović-Karadžić bleibt ein Eckpfeiler südslawischer Kultur und Wissenschaft. Die genialen Grenzverwaltungs-



schöpfungen der Byzantiner und Seldschuken leben in der von südöstlichem Volkstum getragenen Militärgrenze Österreichs weiter und finden ihre bewußte Nachbildung im tschechoslowakischen Staatsverteidigungsgesetz von 1936. Die Fechtweise des Südosten findet unter Prinz Eugen ihren Eingang in die Heere Europas, als die konservierende Strategie und Taktik der Kabinettskriege an ihr scheitert. Die mit dem Gesetz von 1920 begründete bulgarische *trudowa powinnost* (Arbeitsdienstpflicht), die ihrerseits auf der türkischen Wegebaupflicht beruht, wird zum Vorbild ähnlicher Einrichtungen in aller Welt. Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch wird der Welt als Radikalmittel zur Bereinigung der Diskrepanzen zwischen Siedlungs- und Staatsgebiet vorgeführt, mit soziologischen und siedlungspolitischen Lehren, die heute überall Gegenstand eingehenden Studiums sind. Kann man dem Südosten die Neigung, einmal in der übrigen Welt sein Spiegelbild zu suchen, übelnehmen? Nein! Er kann auf epochale Leistungen verweisen und mit ihnen seinen Rang fordern.

Man hat den Südosten „ungeistig“ genannt. Sicherlich sind die Herrenvölker dieses Raumes mehr dem Handeln als der Kontemplation zugänglich. Geist im Sinne des Intellektualismus besitzt er nicht. Der gesunde Menschenverstand, der Mutterwitz, der sichere Instinkt ist sein tragendes Moment. Das Geistige ist im Gefühl verankert. Darum besitzen die Zeugnisse südöstlichen Denkens häufig den Charakter eruptiver Ausbrüche, elementarer Unmittelbarkeit, undoktrinärer Frische oder aber genießender Lebensfreude, auch tragischer Lebensbetrachtung. Niemals ist der Südosten selbstquälerisch, selbstzergliedernd, er ist immer subjektiv, selbstsicher, und das Tragische in seinen Zügen ist deshalb nicht psychoanalytisch, sondern heroisch. Selbst Ausnahmen, wie der Ungar Endre Ady, zeigen sogar noch im Pessimismus eine unheimliche Kraft, die aufrüttelnd wirkt und letzten Endes in den Willen zu Kampf und Tat münden muß. Darum berührt auch das klagende Volkslied, die traurige Weise so ungeheuer lebensnah und klingt so gar nicht nach Verzicht, nicht einmal dort, wo sie Ausdruck einer nur beharrenden Volksseele ist. Überall verrät der Südosten Wucht und Monumentalität. Sei es in den Farben — in den be rauschenden Farben der Slowaken, in den ernsten Grundtönen bulgarischer und türkischer Farbharmonien, in den wundervollen bunten Symphonien der Rumänen —, sei es in der Volkskunst oder in der höheren Kunst, sei es in der Haltung der Wissenschaft — man denke nur an das reiche Schaffen des rumänischen Historikers Jorga, des serbischen Geographen Cvijić —, sei es in der Philosophie. Ob wir die Bildwerke des Serben Meštrović in ihrer ungeheuren Kraft oder den mitreißenden Rhythmus des Piroter Evzonenreliefs von der Hand des Griechen Sochos betrachten, die strenge Dogmatik des Rumänen Blaga studieren oder den stürmenden Gedankengängen des Bulgaren Janeff folgen, es drängt immer dieselbe Stärke der Empfindung, dieselbe Gestaltungskraft zur Form.

Man hat den Südosten unberechenbar genannt. Zu plötzlich wären seine Aus-



brüche, zu wenig erkennbar seine tragenden Elemente, zu verschüttet sein Wesen unter einer fremden Decke. Das stimmt alles und doch auch wieder nicht: Seine Lebens- und Schöpferkraft wurde nur allzuoft künstlich gestaut, seine Gärungen sind nur selten beendet worden, Fremdes hat sich unassimiliert über das Eigene gewälzt und ist noch nicht entfernt, anderes noch nicht einverleibt und der Druck auf diesen Kreuzungsraum der Kulturen Europas und Asiens nach wie vor stark. Seine Verschmelzungen, Überschiebungen, Überkreuzungen sind in einen fast unlösbaren Knäuel ineinander verwickelt und manchem mag der Südosten darum chaotisch erscheinen. Aber es hat seine Berechtigung in einem ganz tiefen Sinn das Wort, daß man sich auch auf die Unberechenbarkeit des Südosten nicht verlassen darf. Denn durch alle Vielfalt, durch alle Wirrungen und Irrungen leuchtet die Seele des Südosten sich immer gleichbleibend, sich immer selbst treu durch: der faszinierende, unbändige, ungestillte, heroische Lebenswille der Südostvölker. Wer ihn versteht, hat das Wesen des Südosten verstanden.

### VICTOR C. IRK:

#### Rumäniens raumpolitische Sendung

Niemals hob sich Rumäniens Bedeutung für das gesamteuropäische Schicksal eindeutiger und überzeugender vom Hintergrunde des weltpolitischen Geschehens ab denn jetzt, wo die endgültige Einstellung dieser politischen Drehscheibe am Südostrand Europas in einem ganz unvergleichlich größeren Geltungsbereich schicksalbestimmend sein wird, als es die in früheren politischen Zeitperioden so gefürchteten binneneuropäischen Gleichgewichtsstörungen waren. Betrachten wir die Entwicklungsvorgänge und das Ringen nach politischer Formgestaltung im Südosten, so hat dies demnach bei vollem Bewußtsein der Auswirkung zu geschehen, die das Schicksal gerade dieses Grenz- und Schutzwalles im Kampfe um die Erhaltung gemeineuropäischen Erbgutes zwangsläufig haben muß. Dabei ist es aber notwendig, die sich hier abspielenden politischen Gestaltungsvorgänge und die sie fördernden und hemmenden Kräfte mit dem kritischen Maßstabe des Südostens selbst zu messen.

Den flüchtigen Blick auf den fast kreisförmigen rumänischen Staatskörper beruhigt zunächst diese nach außen geschlossene Form mit ihrem Vorteile der natürlichen Begrenzung: im Nordosten durch den Dnjestr, im Osten durch die Küste des Schwarzen Meeres und im Süden durch die Donau, während im offenen Westen, wo die Grenzziehung raumwidrig die ost- und westwärts laufenden Flußstraßen vor ihrer Mündung in die Theiß durchschneidet, das Zusammenfallen von Volks- und Staatsgrenze grenzsichernd wirkt. Erkennt man dazu die einmütig geschlossene Willenskraft der Staatsbehauptung gegenüber gebietsschmälernden Absichten rückläufiger Raumordnung, so gelangt man zur Einsicht, daß die gefahr-



drohenden Stöße raumsprengender und aufbauehemmender Kräfte, von deren Überwindung Existenz und Zukunftsgestaltung wesentlich abhängen, nicht auf den Grenzlinien, sondern auf den geschichtlich und geopolitisch bedingten Spannungsebenen im Landinnern angreifen. Die Frage der Erhaltung und Zukunftsgestaltung liegt demnach in der Kraft des Rumänen-tums, im Rahmen der Staatswerdung von oben, eine alle positiven Kraft-momente restlos umfassenden, von unten aufgebaute Volksge-meinschaft Wirklichkeit werden zu lassen.

\*

Das rumänische Volk im Rahmen der ungewöhnlich komplizierten und schwanken- den Gebilde seiner geschichtlichen Staatengründungen ausschließlich als teil- nahmloses, also passives Element anzusehen, nur deshalb, weil wir den Sinn der Geschehnisse bisher nicht anders zu deuten vermochten, wäre falsch. Wir müssen uns erinnern, daß selbst bei höchstentwickelten und geschichtsbestimmenden Völ- kern die Geschichtserkenntnis und deren Aufzeichnung vielfach den Charakter zeitgebundener Zweckbetontheit trug, und daß in der Spanne von dynastischer, den Volkswillen nicht berücksichtigender Geschichtschreibung bis zu nachträglichen volklichen Mythisierungsversuchen geschichtlicher Vorgänge ein breiter Raum liegt, in dem eine geradezu erdrückende Fülle noch ungehobenen Tatsachenmaterials be- graben liegt. Es war im allgemeinen abwegig, das Geschichtsbild eines Volkes aus- schließlich nach dem Gehalte an staatspolitischen Erscheinungen aufzufassen. Bei keinem Volke aber verdeckt uns die ausschließliche Betrachtung der über das Volk und seinen Lebensraum hinweg konstruierten Staatskombinationen mehr als beim rumänischen die Sicht auf die eigenständigen Daseinsäußerungen und Willenshand- lungen des Volkes selbst. Geschichtlich, kulturpolitisch und in seinen rassischen Grundelementen stellt Rumänien die Raumdreiheit Siebenbürgen-Mol- dau-Walachei dar, mit all den entsprechenden Neben- und Vorfeldern. Wie erstaunlich groß aber gerade in volkstumerhaltendem Sinne die raumüberwindende und raumbindende Kraft des rumänischen Volkes war und wie sich dieselbe aus einer unbewußten, fast urtümlich-vegetativen Dynamik über all die Zeiträume hin- weg gegen Fürstenzwist, fremdvölkische Unterwerfung, religiöse Spaltungsversuche, endlich gegenüber dem parlamentarischen Parteienhader als einheitliche Grundform zu erhalten vermochte, ist ein noch ungeschriebenes Kapitel der Geschichte.

Raumpolitisch ist Siebenbürgen eine Festung, Europas südöstlicher Eck- pfeiler, vom Westen her leichter zugänglich entlang dem natürlichen Flußlauf- gefälle der im Sammelkanal der Theiß abströmenden Wässer. Aber über den nach Osten abriegelnden und nur westwärts offenen Sichelbogen der Karpaten führen aus der Südostecke dieser Landschaftseinheit vier uralte und vielbegangene Über- gänge auch in den Landsack der walachischen Ebene, und die Osttäler der Karpaten waren Schutz- und Zufluchtsstätten gegen fremden Vernichtungswillen, genau



so wie am Westrand. Kulturpolitisch war Siebenbürgen der Mittler zwischen mitteleuropäischer, ja auch nordischer Kulturauffassung und Lebenshaltung und ausklingender byzantinischer Formenwelt und ihrer späteren anatolischen Überlagerung. Was sich aus der Frühgeschichte dieser Landschaft an nordischen Kulturformen einer romanisierten dakischen Urbewohnerschaft sesshafter Bauern und wandernder Hirten im Holzkirchenbau und Hausrat (Holzschnitzerei, Keramik, Stick- und Webeornament) in all dem vielfältigen Lebensbedarf erhielt, was aus Vorder- und Innerasiens Stilwelt einfloß: das ist hier in diesem westostwärts gerichteten Raume zu einer einzigartigen Harmonie zusammengeklungen, an deren Gestaltung deutschem Volkstum eine führende Sendung zufiel.

Geopolitisch gegeben war eine weitgehende Selbständigkeit siebenbürgischen Geschichtsgeschehens und ein dadurch bedingtes eigenständiges Geschichtsbewußtsein, das aus einer Art Raumfestungsgefühls zur betonten Heimatliebe, gleichgültig welcher Volkszugehörigkeit, führte und zu einem — oft allzu betonten! — Geltungsbedürfnis des Siebenbürgers. Gegen fremde Eroberungsabsichten zu einer Not- und Kampfgemeinschaft geschlossen, entwickelte sich auf dem Boden dieser Landschaft das „Siebenbürgertum“, jenseits der Karpaten „Transsylvanismus“ genannt. In dieser raumbedingten geistigen Grundhaltung liegen gewiß auch Schwächungsmomente, bezogen auf den Sinn der Ganzheit eines Staatswesens, dem Siebenbürgen eben angehört. In dieser Grundeinstellung liegt der Nährboden gewisser autonomistischer Ideen, auf denen dann landfremde Zielsetzungen unter dem Schlagwort einer „Schweiz des Ostens“ ihre Pläne und Taktiken gründen. Hieraus erklärt sich auch eine unverkennbare Labilität Siebenbürgens gegenüber äußeren Druckwirkungen und nicht zuletzt auch das jahrhundertelange Bestreben, aus dem Schwanken zwischen türken- und habsburgerfreundlicher Einstellung sich den bestmöglichen Eigenvorteil zu sichern. Naturgemäß mußte eine solche Haltung zu einem oft recht betonten politischen und wirtschaftlichen Egoismus führen, mit einer Neigung zu materialistischer Eigenwilligkeit, die dem Sinne großer Gesamtkonzeptionen feindlich im Wege steht.

Geopolitisch bedingt, weil außerhalb des Karpatenbogens liegend und durch das Flußgebiet des Sereth und Pruth an das Donaumündungsgebiet gebunden, war die politische Zuständigkeit des Buchenlandes (Bukowina) zum alten Fürstentum Moldau. Dort lagen die Herrschersitze dieser rumänischen Staatsgründung und uralte rumänische Klostersiedlungen. Putna, Suceava und Radautz haben für das rumänische Geschichtsgefühl einen höheren Klang als die spätere moldauische Hauptstadt Jassy (Jasi), die gleich Bukarest, der Nachfolgerin von Curtea de Argeş, dem alten Fürstensitz der Walachei, ihren Ursprung wehrpolitischen Erwägungen des Osmanischen Reiches verdankt, das durch Schaffung bergferner, ungeschützter Herrschersitze der rumänischen Pächterfürsten die beiden Donaufürstentümer leichter zu beherrschen vermochte. Aber die Versuche selbst kraftvoller



moldauischer Fürsten, ihre Herrschaft auf den transsylvanischen Raum auszu-dehnen, schlugen fehl, oder sie waren von kurzlebigen Erfolg begleitet. Glücklicher waren die Vorstöße, die sie als Raumschutz gegen den drohenden slawischen Osten über den Pruth bis über den Dnjestr hinaus unternahmen. Bessarabien, als rumänischer Lebensboden noch über den Dnjestr hinaus, entlang dem Nordbogen des Schwarzen Meeres bis an Odessa reichend, verdankt Gründung und Namen der moldauischen Herrscherfamilie der Basarab. Allein dadurch ward und ist auch gerade dieser Teil des rumänischen Lebensbodens zwangsläufig in noch erhöhtem Maße dem ungeheuren Raumdruck des Ostens ausgesetzt, der hier seinen Weg in den mitteleuropäischen Raum bis in unsere Zeit hinein sucht, ebenso wie er über diese Landschaft zum Mündungsgebiet der Donau vorzudringen versucht, dem alten Drang der übergroßen asiatischen Ländermasse nach einem weiteren Meeresausgang folgend. Rumänisches Land wurde dadurch zum Spannungsfeld und Kampfplatz sich kreuzender osmanischer und russischer Zielsetzungen.

Raumbedingt waren die, Jahrhunderte sich hinziehenden, engen Bindungen zwischen der Moldau und dem schicksalsähnlichen polnischen Volk, gegründet im gemeinsamen Fühlen der östlichen Raumwucht mit ihrer gleich drohenden wie — werbenden Kraft! Allein von dem stammgleichen südlichen Fürstentum Walachei trennte die Moldau nicht nur die Flußgrenze des Sereth — heute noch eine Art rumänischer „Mainlinie“. Stärker lag über der Walachei Byzanz' kulturpolitischer Einfluß, schwerer der unmittelbare vorderasiatische, osmanische Druck, dem dieses Südfürstentum darum auch früher erlag. Denken wir dagegen an das fließende Gefälle slawischen Kulturzustromes und slawischer Geisteshaltung, die sich über die Moldau ergossen, wogegen für die Walachei namhafte rumänische Gelehrte (Prof. N. Jorga) und französische Forscher (L'Heritier) ein Fortleben byzantinischer Sendung als Schlichterrolle in Balkanstreitfällen gelten lassen, denken wir, daß die rassische Grundsubstanz der Moldau einen höheren Hundertsatz an ostischen und nordischen Elementen (20% nach Lebzelter) gegenüber dem Vorwiegen mediterranen Rassengehaltes neben vorderasiatischen Einschlägen in der Walachei aufweist: so erkennen wir, daß sich hier selbst im Rahmen des rumänischen Altreiches eine Trennungslinie abzeichnet.

Bei der richtigen Beurteilung der Gegenwartspolitik und ihrer zukünftigen Gestaltungsmöglichkeit müssen wir uns stets diese Dreifältigkeit des heutigen staatlich vereinten Rumänentums vor Augen halten, um die Schwierigkeiten des volkspolitischen Vereinheitlichungsprozesses vollauf würdigen zu können. In diesen Schwierigkeiten also nur Willensmangel oder Schwäche erblicken zu wollen, wäre ungerecht.

\*

Auf das innerstaatliche Spannungsmoment der Volksminderheitenfrage hinzuweisen, die in Rumänien wie fast in ganz Nachkriegseuropa neuer Staats-



gestaltungen, einer gerechten Lösung im Sinne einer ausgleichenden Synthese zwischen völkischen Forderungen und natürlichen Bedingnissen des Staatsgedankens harrt, scheint nicht erst nötig zu sein. Mehr denn je sehen wir heute, daß eine die beiderseitigen gerechten Ansprüche — von Staat und Minderheiten — befriedigende Lösung nicht in dehnbaren, jeder willkürlichen Auslegung unterworfenen toten Gesetzesparagrafen zu suchen ist, sondern daß es sich hier um ein gemeineuropäisches Menschheitsproblem handelt, für welches das volle Verstehen in den lebendigen Triebkräften der einander achtenden Völker selbst gegründet sein muß. Die aus der schicksalhaften Gegebenheit unlösbaren Miteinanderlebens abgeleitete Achtung der Ehre und des uneingeschränkten Lebensrechtes des anderen wird hier das Fundament des Ausgleichens abgeben müssen, soll man nicht überhaupt an den sittlichen Kräften der Menschlichkeit zweifeln.

Gerade hier liegen aber für Rumänien die Lösungsmöglichkeiten nicht unschwer, fehlt es doch an einem für das Rumänentum brauchbaren unmittelbaren Beispiel. Im Altreich gab es vor dem Weltkrieg überhaupt keine völkische Minderheitenfrage. In Siebenbürgen drängt das unglückselige Beispiel Ungarns nach 1867 mit seiner verbenden oder zwingenden Gleichstellung von Nation und Staat und all den damit verbundenen Entnationalisierungsbestrebungen zum Gedanken einer Vergeltungspolitik. Man übersieht dabei freilich, daß die ungarischen Tendenzen die Zwangsfolgerungen eines geburtschwachen Staatsvolkes waren, und daß das materialistisch-liberalistische Denken einer verklingenden Zeitepoche solchen Bestrebungen ebenso günstig waren, wie sie im nationalen Bewußtsein von heute ihren selbstverständlichen Gegner finden. Auch das Buchenland, einst Österreichs völkerbunteste Provinz — und das will wahrlich viel sagen —, vermag nicht als zeitgerechtes Beispiel zu dienen. Gewiß gab es dort keine Rechtsunterschiede in dem Vielerlei der Volkselemente, aber nicht darum etwa, weil man das Nationalbewußtsein jedes einzelnen pflegte, sondern weil man versuchte, sie alle unter dem Dachgedanken eines übernationalen Österreichertums zu bergen. Nachahmungsversuche in dieser Richtung gehen schon darum fehl, weil das Österreichertum der Bukowina ein übervölkischer, staatspolitischer Behelf war, wogegen sich das Rumänentum als nationaler Begriff darstellt, in dessen Staatsgedanken jede Note einer zusammenfassenden und überdachenden Reichsidee fehlt.

Getrennt von der Frage völkischer Minderheiten stellt sich das nach Zählungen nationalrumänischer Kreise zwei Millionen starke Judentum Rumäniens als eine Angelegenheit für sich dar, deren Ernst nicht zu unterschätzen ist. Stellten die Ungarn die Assimilation der Juden in den Vordergrund der Erwägung, so steht das nationale Rumänentum auf dem unbedingten Standpunkt der Dissimilation. Rassistische Fragen spielen jedoch zur Zeit noch kaum eine Rolle. Der Rumäne sieht im Judentum einen gefährlichen Wirtschafts- und Staatsparasiten. Der rumänische Nationalismus zeigt hier seine ausgesprochene wirtschaftliche Note, die ihn mit der



Gefahr materialistischer Ideenwelt bedroht. Die allzu einseitige Abdrängung des Kampfes der rumänischen Nationalbewegung gegen das kapitalstarke Judentum auf die Ebene des rein Wirtschaftlichen ist eine Gefahr, welche das national-rumänische Führertum nicht übersehen darf!

\*

Die inneren Spannungsmomente in dem dreifältigen rumänischen Raum führen uns zur Sichtung und Wertung raumüberwindender und raumbindender Kräfte der Vergangenheit und öffnen uns den Blick für die Erkenntnis der zukunftsgestaltenden Notwendigkeiten.

Erstmalig erfaßte das römische Imperium die Sendung dieses Raumes und erhob ihn — fast genau im Umfange der heutigen Grenzziehung — zum nordöstlichen Bollwerk seines europäischen Weltreichanteiles. Tragisch war es für die kommende Entwicklung, daß diese römische Wehrpolitik mit einer Vernichtung der Führerschicht der heroisch Widerstand leistenden Urbevölkerung der nordischen Daker ausklang, ein Vorgang, der im Geschichtsmythos der Rumänen eine erstaunlich geringe Beachtung findet. Gewiß brachte Rom dafür eine Sprache, die weit über die Geltung als Verständigungsmittel hinaus sich als volksbindende und volksbildende Kraft bewährt hat. Das so entstandene dako-romanische Volkstum, von den Slawen und nach diesen auch von den germanischen Völkerschaften als Wlachen, d. h. „Volk lateinischer Sprachzugehörigkeit“ bezeichnet, hat sich in dem Sturm, der nach dem Zusammenbruch des Romreiches in dieser Völkerwirbelzone losbrach, mit einer unglaublichen Zähigkeit zu behaupten vermocht. Trotz allen Einfließens fremder, vor allem slawischer Kulturelemente, blieb im dako-romanischen Volkstum, selbst ohne zusammenfassende Eigenstaatlichkeit und daher ohne deutliche Abgrenzbarkeit, ein eigenständiges Volksbewußtsein lebendig. Zweifellos müssen wir hier die Wurzeln eines viel später geprägten Nationalbewußtseins sehen. Die Träger dieses völkischen Widerstandes waren die von heutiger Forschung noch viel zuwenig erschlossenen, natürlich gewachsenen Sippen-, Dorf-, Tal- und Gaugemeinschaften von ausgesprochen nordischer Formgestaltung. Unter volksentstammten „Richtern“ (judices) standen diese Gemeinschaften während der Zeit gotischer und gepidischer Herrschaft unabhängig neben den germanischen Königen, mit diesen vielfach in Kampfgemeinschaften vereint. Auch dann, als später die im Theiß-Donaubecken mit deutscher Hilfe sesshaft gewordenen Ungarn flußaufwärts in Siebenbürgen eindringen, stießen sie auf diese urtümlichen politischen Gemeinschaftsformen der Urbevölkerung. Auch der ungarische Versuch, diesen Raum gegen Osten abzudichten, hat einen großen Teil der rumänischen Stammführerschaft gekostet, die über den Religionswechsel zum römischen Christentum in den Stand der madjarischen Adelsoligarchie und damit in das madjarische Volkstum übergang. Gab auch der ungarische Raumschutzgedanke jenseits der Karpaten die Anregung zur Bildung des moldauischen Fürstentums, so gebrach es



ihm im diesseitigen Karpatenraume an ausreichenden Kräften, und die Berufung des Deutschen Ritterordens und der deutschen Siedler entsprang der ungarischen Erkenntnis eigener Schwäche.

Mit erstaunlichem Raumsinn und wehrgeographischem Verständnis hat die als „Sachsen“ das Land besiedelnde Vielheit deutscher Stammesangehöriger aus fast sämtlichen Teilen des Reiches die ganze Landschaft mit einem Wehrnetz von Bauern- und Kirchenburgen durchzogen. Jahrhundertlang bewährte sich hier wehrhafter deutscher Bauernwille, auf sich selbst gestellt, und eine aus Kampf und Not erwachsene Volksgemeinschaft wuchs zu ungeahnter Größe empor. Daß der deutsche Siedler nicht aus irgendeinem imperialistischen Drang hierherkam, sondern als Bringer seines geistigen Erbgutes und als Träger raumschützender Wehrhaftigkeit: das ist der tiefste Sinn deutscher Sendung für diesen Raum!

Dem Lebenswillen der rumänischen Bauern und Hirten aber entsprang die Mehrung seines Volkselementes, das mählich in breiten Strömen den Siedlerraum der Deutschen und Ungarn umfloß und so den lebensgesetzlichen Grund zur späteren Eigenstaatlichkeit des Rumänentums legte. Denn in Wirklichkeit schuf diesen Raum zum zusammenhängenden rumänischen Lebensboden und damit zum „rumänischen Land“ die naturhafte Eigenkraft des rumänischen Volkes, schon lange bevor die Friedensverträge und Bundesgenossen dazu den Segen gaben! Dies darf das rumänische Volk über augenblicksbetonter Staatspolitik niemals vergessen. Es darf niemals glauben, daß das Gewirre kunstvoller Paktsysteme die Sicherheit von Leben und Fortbestand begründet! Es darf aber auch nicht vergessen, daß es vom osmanischen Druck letzten Endes durch die Hilfe des Reiches staatspolitisch erlöst wurde.

\*

Ist ein Gang durch die Geschichte des rumänischen Lebensbodens, von Europa aus gesehen, Warnung und Mahnung zugleich und die Erkenntnis einer Raumbestimmung als Bollwerk abendländischen Erbes gegenüber asiatischer Vernichtung, so darf nicht verhehlt werden, daß diese zukunftsdeutende Erkenntnis im Rumänentum selbst noch lange nicht Allgemeingut geworden ist. Mag aber das Erbe des Geschichtsbewußtseins diesseits und jenseits der Karpaten auch noch so verschieden sein, in einem stimmt es zur Gänze überein: in der im Volksbewußtsein verankerten Überzeugung, daß das Rumänentum wie bisher, so auch in alle Zukunft den Gefahren gewachsen sein werde. Das ist nicht Unverständnis, Stumpfheit oder Gleichgültigkeit, das ist im Unterbewußtsein ruhende Kraft. Das ist aber auch — gefährlicher Fatalismus! In einem derart selbstverständlichen Sicherheitsgefühl auch eine Art politischer Immunität gegen die Drohung des unmittelbar benachbarten Bolschewismus zu erblicken, wäre der schwerste und verhängnisvollste Irrtum dieses Raumes!

Gewiß, der Kampf gegen den in vielfältiger Form von Westen her fordernden

Gebietsrevisionismus gilt als Grundgehalt jeder rumänischen Außenpolitik. Aber bindet der hierzu nötige seelische Aufwand nicht zu starke Kräfte in der Auseinandersetzung mit einer fremden Forderung, die ohnehin auch der letzte Rumäne restlos und selbstverständlich ablehnt? Denn selbst die Frage, ob man dem Rumänentum auch anders als mit der gegenwärtigen Staatsform den gerechten Anspruch auf volklichen Zusammenschluß und auf Selbständigkeit hätte bringen können, selbst Erinnerungen an den Plan des ermordeten österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand, den österreichischen Vielvölkerstaat in eine Föderation selbständiger nationaler Einzelstaaten unter habsburgischer Personalunion aufzulockern, gelten heute nur mehr als wirklichkeitsferne Theorie. Freilich geistern noch Schatten dieses Gedankens über das Trümmerfeld der zusammengestürzten Donaumonarchie, und das französische Verständnis für manche Neuauflage, namentlich wenn sie die Spitze gegen Deutschland kehrt, schafft den Rumänen gelegentlich Bitterkeit. Gedanken dieser Art nähren wohl auch revisionistische Phantasien, sie sind auch ein politisches Requisit habsburgischer Restauratoren und ein reizvolles Thema mehr oder minder geheimer Konferenzen: den gesunden Lebenssinn sich entwickelnder und selbstsicherer Völker vermögen sie nicht zu rühren.

Nicht weniger verhängnisvoll als die fatalistische Einstellung ist die Auffassung, daß sich Rumäniens Kampf um Erhaltung und Weitergestaltung seiner Existenz und Raumbestimmung ausschließlich im Spannungsfeld zwischen einem — vermuteten! — deutschen und einem — tatsächlichen! — bolschewistischen Druck bewege. Daß hierbei wesentlich französischer Einfluß mitklingt, zeigt uns — als eine unter vielen — die Warnung L'Héritiers im „L'Europe orientale“: „Heute im großen Spiel der Kräfte, wo die Sowjetunion auftritt, um Hitlerdeutschland zu erwidern, wo für Osteuropa die Gefahr besteht, in den Sturm zwischen dem Drang nach dem Osten und dem Drang nach dem Westen mit hineingerissen zu werden, heute, wo die ewige Frage des Orients zwischen dem alten England und dem faschistischen Italien offensteht, wo die Schwachen das Los trifft, zu verschwinden, haben wir in dem Glauben an uns und Rumänien unsere Stärkung zu finden...“ Zweifellos finden solche Gedankengänge in Rumänien starken Widerhall. Der Begriff von den „zwei Gefahren“ beherrscht vielfach politische Auffassungen und Entscheidungen.

Im ureigensten Lebensinteresse und aus einem wachen Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft der eigenen Nation und ihrer Bestimmung wird sich vor allem die Führerschicht des mächtig aufstrebenden nationalen Rumänentums zur Erkenntnis durchringen müssen, daß erst durch die Loslösung von solchen hemmenden und das Blickfeld verengenden Zwangsvorstellungen die Sicht für die raumgebotene Zukunftsgestaltung frei wird. Denn tatsächlich liegt Rumäniens Schicksal nicht in der Rolle eines passiven Zuschauers beim



Ausgang des Kampfes, den Deutschland um das Erbe Europas gegen den Bolschewismus führt, sondern in seiner aktiven Teilnahme an diesem schweren geistigen Ringen. Rumäniens Raumsendung aber erfüllt sich nach dem Freiwerden seiner Kräfte niemals durch Hilfe von außen her, sondern nur durch Einsatz der eigenen Gestaltungskraft im Inneren. Dies hat niemand besser verstanden als die diesem Lande eigentümliche unterirdische bolschewistische Wühlarbeit, wenn sie durch Betonung und Vertiefung der diesem Raum eigenen Spannungslinien die Gestaltungskraft zu lähmen und damit den Widerstandswillen zu brechen sucht. Darum das bolschewistische Zauberbild vom „Bauernstaat“ und „Bauernherrschaft“, weil es bis jetzt noch nicht gelang, gerade diesen breitesten Volksteil als überzeugt mithandelndes Element in das Staatsganze einzubauen. Darum die bolschewistischen „Autonomieversprechungen“ für jeden Einzelteil dieses Raumes, der auch heute noch nicht zu volltragender Ganzheit zu verschmelzen vermochte. Darum bolschewistische Lockungen mit „Freiheit und Gleichberechtigung der Nationalitäten“, weil es völkische Minderheiten gibt, die auch mit tiefer Sorge an die Ausschließlichkeitsforderungen eines autoritären nationalistischen Regimes denken. Darum das bis zu Bluttaten aufwiegende bolschewistische Verhetzen religiöser Schwärmer und Sektierer, weil es trotz einsichtsvoller Mühe nicht gelang, die Einheitskirche zu schaffen, deren Wirkungsebene zudem außerhalb des Politischen liegen muß. Und darum endlich auch das bolschewistische Werben um den „Kleinen Mann“, den schlecht bezahlten Beamten, Lehrer, Angestellten, um die ganze kaum erst im Entstehen begriffene soziale Mittelschicht Rumäniens, weil deren Schaffung einfach noch nicht gelang, obwohl dies eine der vordringlichsten sozialpolitischen Aufgaben Neurumäniens wäre. Nicht aus seinen eigenen negativen Kräften der Zerstörung schöpft hier der Bolschewismus das Requisit seiner Taktik, sondern aus den noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen und Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Ordnung. Nicht mit Pakten, Verträgen und Sicherheitsabkommen wird Rumänien den Kampf gegen Zersetzung und Auflösung durch den Bolschewismus gewinnen; allein nur durch höchste Leistungssteigerung und durch einsatzbereiten Opfersinn des nationalen Aktivismus, der alle Kräfte des Landes — auch die der völkischen Minderheiten! — zu gemeinsamer Aufbauarbeit am Staatswerk überzeugend zu gewinnen vermag, kann der Negativismus bolschewistischer Zielsetzung vernichtet werden.

Gelingt Rumänien dieser große Wurf — und er muß gelingen, weil von ihm Sein oder Nichtsein abhängt! —, dann erfüllt es damit auch die Pflicht seiner Raumsendung gegenüber Gesamteuropa!

**GEORG RUNGE:****Bessarabien — Rumäniens Grenzmark gegen den Bolschewismus**

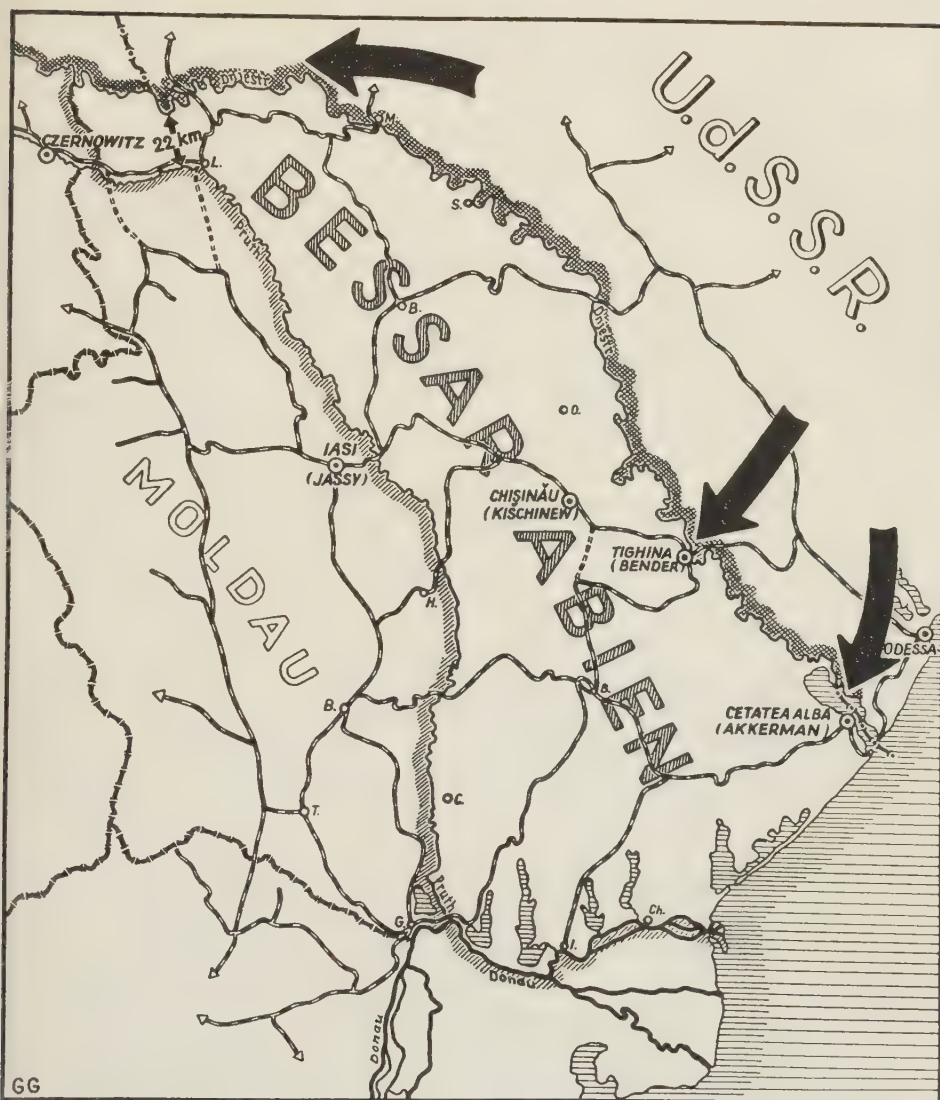
Der bekannte rumänische Staatsmann Titulescu hat einmal geäußert, der Unterschied zwischen einer Frage und einem Problem bestehe darin, daß eine Frage sich beantworten und einer Lösung zuführen lasse, ein Problem hingegen grundsätzlich unlösbar sei. In dem Sinne wäre es vielleicht richtiger, von einem bessarabischen Problem zu sprechen, denn alle Bemühungen der rumänischen Staatsmänner, vor allem aber Titulescu selbst, dies Problem zu einer Frage umzuwandeln und seitens der Sowjetunion eine befriedigende Antwort auf sie zu erhalten, sind bis jetzt gescheitert. Der Weg einer freundschaftlichen Verständigung mit dem roten Rußland hat sich jedenfalls als ungangbar erwiesen, wie das von jedem, der die Politik der Moskauer Machthaber aufmerksam verfolgt hat, vorausgesagt worden ist. Das Problem Bessarabien wird deshalb allmählich zu einer gesamteuropäischen Angelegenheit.

\*

Bessarabien, dessen Gesamtumfang 44 422 qkm beträgt, bildet einen langen, schmalen Streifen zwischen den Flüssen Dnjestr und Pruth. Im Nordwesten zur Bukowina hat die Grenze, die quer durch das Land geht, eine Länge von 55,5 km, um sich bei der nördlichen Kreisstadt Hotin auf 22 km zu verschmälern. Bei der Hauptstadt Kischinew, in der Mitte des Landes, beträgt der Abstand zwischen den beiden Flüssen 77 km, zwischen deren Mündungen 198 km. Die südliche Grenze wird durch die Donau und das Schwarze Meer gebildet. Das Land ist, mit Ausnahme des äußersten Südens, gewellt, stellenweise sogar stark hügelig. Die höchste Erhebung an der Grenze zur Bukowina beträgt 458 m. Es ließe sich wohl fragen, zumal Flüsse in der Regel schlechte Grenzen bilden, da sie die Landschaften eher verbinden als trennen, ob Bessarabien überhaupt eine Einheit, ein geschlossenes Gebiet von eigenem Charakter darstellt. Diese Frage muß schon darum aufgeworfen werden, weil einige Maßnahmen und Pläne der rumänischen Regierung auf die verwaltungsmäßige Abtrennung eines Teiles des Südens und des nördlichen Kreises (Hotin) von Bessarabien abzielten, wobei die Absicht mag mitgespielt haben, durch die Zerstörung der Einheit Bessarabiens die bessarabische Frage überhaupt zu leugnen.

Eine politische Einheit bildet Bessarabien erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit. Ihre Geburtsstunde fällt mit dem russisch-türkischen Friedensschluß von Bukarest (1812) zusammen, durch den der Landstrich zwischen Dnjestr und Pruth an Rußland fiel. Vorher war es ein dünnbesiedeltes Durchgangs- und Grenzland von unbestimmtem Charakter und ohne sonderliche Bedeutung. Zudem war der Süden — ein Durchzugsgebiet für die verschiedenen Nomadenstämme — vom nördlichen





Bessarabien

Teil auch bevölkerungsmäßig völlig verschieden. Im Laufe der letzten 100 Jahre ist die Bedeutung Bessarabiens ständig gewachsen.

Vom Standpunkt des russischen Raumes gleicht Bessarabien einer Zange, die die Moldau umfaßt. Vom äußersten Nordwesten her wäre ein Vorstoß in die Bukowina und damit in die Flanke der schon an sich nicht leichten polnischen Position in Ostgalizien leicht möglich. Dadurch erklärt es sich, daß Polen seiner-

zeit (1920) die Garantie der bessarabischen Grenze übernahm und sich durch die von Titulescu geführten Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Durchzugsrecht für die rote Armee durch Nordbessarabien so beunruhigt fühlte. Der Besitz des südlichen Teiles würde im Ernstfall zudem eine Kontrolle der Donaumündung gestatten. Als Rußland nach dem Krimkrieg im Pariser Frieden mit dem Donaudelta auch den südwestlichen Zipfel Bessarabiens an Rumänien abtreten mußte, wurde das im Text des Friedensvertrages ausdrücklich mit der Notwendigkeit der Sicherung der freien Donauschifffahrt begründet. Es kommt hinzu, daß die Nähe der bessarabischen Grenze zu Odessa, dem wichtigsten Handelshafen der Sowjetunion, von den bolschewistischen Machthabern zweifellos als unbequem empfunden wird. Vom rumänischen Standpunkt hingegen bildet Bessarabien eine unentbehrliche Verteidigungsbasis gegen Osten.

Die bessarabische Bevölkerung zählte nach der ersten, einigermaßen zuverlässigen Zählung von 1816 fast eine halbe Million; 1897 war die Bevölkerung auf 1 935 000, 1930 auf 2 863 400 Menschen angewachsen; heute ist ohne Zweifel die 3-Millionengrenze schon überschritten. Eine besondere Schwierigkeit bietet die Nationalitätenstatistik dieses Landes. Rumänien gründet nämlich seinen Anspruch auf Bessarabien nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung oder auf die ethische und politische Verpflichtung, die zerstörende rote Flut an der Dnjestrgrünze abzu-dämmen, sondern auf den rumänischen Charakter des Landes. Es ist der amtlichen rumänischen Statistik somit aufgegeben, das zahlenmäßige Übergewicht der Rumänen („Moldawaner“) Bessarabiens für die Vor- und Nachkriegszeit überzeugend nachzuweisen und die falschen Angaben der russischen Vorkriegsstatistik gebührend anzuprangern. Bei den Volkszählungen im alten Rußland wurden in der Regel diejenigen, die einen russischen Namen hatten oder die russische Sprache beherrschten, als Russen gezählt, da die russische Bürokratie mit einer allmählichen Russifizierung Bessarabiens rechnete und tatsächlich die sozial aufsteigenden Elemente größtenteils russifiziert wurden. Zuverlässige Zahlen über das Nationalitätenverhältnis in Bessarabien sind aus diesen Gründen nicht zu erhalten. Wir müssen uns daher mit gesicherten Mindestzahlen für die verschiedenen Volksgruppen begnügen.

Nach der letzten russischen Volkszählung von 1897 hatte Bessarabien 921 250, nach der rumänischen Statistik von 1919 dagegen 1 683 000 Moldawaner. Der nördliche Teil Bessarabiens ist stark von Ukrainern durchsetzt. Es handelt sich hierbei um Einwanderer aus Galizien, die das Land im Laufe des 14. Jahrhunderts besiedelten (also ungefähr gleichzeitig mit den Rumänen aus der Moldau). Die zahlenmäßig geringeren ukrainischen Gruppen im mittleren und südlichen Teil sind viel später, überwiegend wohl erst im 19. Jahrhundert, aus der russischen Ukraine eingewandert. Ihre Gesamtzahl beträgt nach der Zählung von 1930 315 000. Der mittlere Teil des Landes ist, mit Ausnahme der Hauptstadt Kischinew, überwiegend moldawanisch. Im Süden siedeln etwas über 80 000 deutsche Kolonisten, deren



Streusiedlungen (über 140 Ortschaften) sich bis in den mittleren Teil erstrecken. Ebenfalls im Süden leben etwa 165 000 Bulgaren. Die Großrussen, etwa 350 000 (fast zur Hälfte Sektierer), bewohnen größtenteils den Süden, sind aber auch in Kischinew und, in geringer Zahl, auch in den übrigen Teilen des Landes verstreut. Dazu kommen etwa 20 000 Juden, die fast nur in den Städten und Marktflecken wohnen (in Kischinew bilden sie fast die Hälfte der Bevölkerung). Die kleineren Gruppen — Gagausen, Polen, Zigeuner u. a. — machen zusammen etwa 130 000 aus. Wenn man von dem fluktuierenden Element (den aus Altrumänien Eingewanderten — größtenteils Beamte und Offiziere mit ihren Familien) absieht, dürften die Moldawaner immerhin etwas über 50% der Gesamtbevölkerung ausmachen (im ganzen 56,0%). Da die moldawanische Volksgruppe in Bessarabien unbestritten die bei weitem zahlreichste ist (die niedrigste — bolschewistische — Schätzung gibt 48% an), dürfte der Anspruch Rumäniens auf dies Land vom nationalen Gesichtspunkt völlig gerechtfertigt erscheinen.

Bedeutungsvoller als die Feststellung des mechanischen Zahlenverhältnisses ist die Frage nach der politischen Einstellung und dem kulturellen und wirtschaftlichen Gewicht der einzelnen Volksgruppen. Der rumänische Standpunkt läuft leider darauf hinaus, die Andersstämmigen unter der entwertenden Bezeichnung „nationale Minderheiten“ oder „Fremde“ zusammenzufassen, um sie dadurch womöglich als die nationale Einheit gefährdende Fremdkörper abzustempeln, ohne die Frage nach ihrer Verbundenheit mit dem Lande und ihrem Verantwortungsbewußtsein für dasselbe aufzuwerfen und danach die Bewertung vorzunehmen. Die zaristische Bürokratie hat in diesem Punkt in Bessarabien eine weit größere politische Weisheit gezeigt.

\*

Es ist unmöglich, ein deutliches Bild von den bessarabischen Verhältnissen zu geben, ohne wenigstens kurz auf das Jahrhundert der russischen Herrschaft einzugehen, in dem das Land sein Gesicht erhalten hat. Es ist zugleich ein interessantes Beispiel der alten russischen Kolonialpolitik.

Im fast menschenleeren Süden des Landes wurden deutsche Kolonisten und Bulgaren angesiedelt. Zweifellos erhielten diese Kolonisten nicht das beste Land — es waren zum Teil Gebiete, in denen die Malaria herrschte und die erst urbar gemacht werden mußten. Immerhin eröffnete sich ihnen die Möglichkeit, durch harte Arbeit vorwärtszukommen. Auch wurde ihnen eine weitgehende Selbstverwaltung, Toleranz in Kirchen- und Schulfragen und eine in manchen Zügen an die heutige deutsche Erbhofgesetzgebung erinnernde Sicherstellung des Erworbenen zugestanden. Dem wirtschaftlich Tüchtigen stand zudem noch die Möglichkeit offen, Land hinzuzuerwerben oder langfristig zu pachten. Die starke Ausdehnung und der blühende Wohlstand der deutschen und bulgarischen Kolonisten vor dem Ausbruch des Weltkrieges zeugte sowohl von ihrer Tüchtigkeit, wie auch vom Weitblick der

zaristischen Bürokratie in dieser Sache. Die Folge war eine tiefe Verwurzelung im Lande, ein ausgeprägtes Heimatgefühl und eine unbedingte Loyalität gegenüber dem Staat. Im mittleren und nördlichen Teil wurde das freie Land an um den Staat verdiente Offiziere und Beamte verliehen, tatkräftige Elemente, die zur Entwicklung des Landes das Meiste beigetragen haben. Im Verzeichnis des bessarabischen Landadels findet sich neben moldawanischen Bojaren und Großrussen ein überraschend hoher Hundertsatz von deutschen, deutschbaltischen, schottischen, schwedischen u. a. Familien, deren Vorfahren auf Grund ihrer Verdienste Güter zugewiesen erhielten.

Im Laufe der Zeit verlor Bessarabien zwar seine Sonderverwaltung, die ihm anfangs eingeräumt wurde; an Stelle derselben trat aber eine weitgehende Selbstverwaltung (Semstwo). Die russische Beamtenschaft war zahlenmäßig gering, sie dürfte kaum ein Zehntel der heute im Lande vorhandenen Beamten ausgemacht haben. Das Leben regelte sich vorwiegend nach den alten patriarchalischen Sitten und Bräuchen. Das volklich einheitliche Dorf war die Regel, wenn man von größeren Marktflecken absehen will. Die so verschieden gearteten, verschiedensprachigen Bewohner des Landes waren, da die Verschiedenheit noch keinen Gegensatz bedeutete, durch ein starkes Heimatgefühl verbunden und nannten sich mit Stolz „Bessarabier“. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in erster Linie der von der russischen Regierung ins Land gezogene fremde Landadel und im Süden die Kolonisten für die Blüte und den Wohlstand des Landes, das in der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte an der Spitze des russischen Gouvernements stand, als die aktivsten, wirtschaftlich tüchtigsten Elemente verantwortlich waren.

Durch das in Bessarabien herrschende Gewohnheitsrecht der Teilung des Landes unter den Söhnen wurde die Entstehung von Latifundien vermieden. Vor dem Kriege bestand der größere Grundbesitz (eingerechnet die großbäuerlichen Kolonistenwirtschaften) aus etwa 5500 Gütern, deren mittlere Größe 344 ha betrug — im ganzen 43% der Gesamtfläche des Landes. Die Durchschnittsgröße der Güter des Landadels betrug etwa 600 ha. Während zu Anfang des vorigen Jahrhunderts Weideland und Wald den größten Teil des Landes ausmachten, überwiegt jetzt Feld- und Gartenbau (79% der Gesamtfläche). Die Wälder sind abgeholzt worden. Sie nehmen jetzt nur noch 5% der Gesamtfläche ein. Dadurch verschärften sich die wiederkehrenden Trockenperioden mit ihren Ernteschäden. Fast 16% der Gesamtfläche gelten als nicht nutzbar, sie ließen sich aber mit Hilfe einer verbesserten landwirtschaftlichen Technik zum Teil wohl urbar machen. Bessarabien ist fast ausschließlich ein Agrarland ohne nennenswerte Industrie. Die Gesamtzahl der Stadtbewohner betrug 1930 nur 370 000 (davon Kischinew 117 000).

Die starke Bevölkerungszunahme erzeugte schließlich doch soziale Spannungen, denen gegenüber die russische Verwaltung versagte, zumal das spät begonnene große Reformwerk Stolypins nach dessen Ermordung nur mit halber Kraft fortgeführt



wurde. Die bolschewistische Revolution wirkt sich auch in Bessarabien verhängnisvoll aus. Durch geschickte Agitatoren, größtenteils Juden, die skrupellos die zerstörenden Instinkte der Masse wachriefen, und durch eine arg verhetzte, demoralisierte und verrohte Soldateska, die von der Front in die heimatlichen Dörfer zurückströmte, wurden die landarmen Bauern revolutioniert. Der Bolschewismus hat in Bessarabien nur wenige Monate geherrscht, aber um so nachhaltiger gewirkt. Mord, Brand und Plünderungen kennzeichneten seinen Weg. Die Parole war: Es ist alles erlaubt! — Fort mit jeder Obrigkeit! — Nehmt, was ihr wollt! — Die folgende Zeit des Zentralismus und der schärfsten Bedrückung des Bauerntums in der Sowjetunion hat die bessarabische Bevölkerung nicht mehr kennengelernt, denn Anfang 1918 stellte das rumänische Militär die Ordnung wieder her. Bessarabien wurde Rumänien einverleibt, ein Ereignis, das vor dem Krieg außer einigen bedeutungslosen moldawanischen Provinzintellektuellen niemand erwartet hätte. Rumänien übernahm damit die schwere Aufgabe, stabile, gesunde Verhältnisse in einem Lande zu schaffen, dessen soziale Ordnung überlebt war und in dem durch die Zügellosigkeit und Anarchie der ersten Monate der bolschewistischen Revolution überlieferte Bindungen zerstört und aufrührerische, destruktive Instinkte geweckt worden waren.

\*

Die Aufgaben, die an die rumänische Verwaltung herantraten, waren: Durchführung einer Agrarreform zur Schaffung eines lebensfähigen Mittelbauerntums ohne Ruinierung des landwirtschaftlich und in der Selbstverwaltung führenden Großgrundbesitzes; Ausbau der Selbstverwaltung und des Genossenschaftswesens zur Brechung des jüdischen Handelsmonopols; landwirtschaftliche Intensivierung und, im Zusammenhang mit ihr, eine Entwicklung der verarbeitenden Industrie; Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus der Bauernschaft durch Errichtung von Landwirtschafts-, Gartenbau- und Handwerkerschulen (das Handwerk ist noch überwiegend in jüdischen Händen) und Anpassung des Volksschulwesens an die bäuerlichen Bedürfnisse; Ausbau des zur russischen Zeit auf Odessa ausgerichteten Verkehrsnetzes und Anschluß an das rumänische Eisenbahn- und Straßennetz. Es galt das Überkommene, soweit es lebens- und entwicklungsfähig war, zu erhalten, die zügellos gewordenen, ungegliederten Massen durch feste Autorität und ein gesundes Ausleseprinzip abzustufen, zu gliedern und dadurch neue Bindungen zu schaffen. Die rumänische Politik ist mit diesen Aufgaben nicht fertig geworden, worüber man sich in Rumänien einig ist. Die rumänische Verwaltung hat die vorhandenen Selbstverwaltungsorganisationen zerstört, wodurch das Land seiner politischen und wirtschaftlichen Führung beraubt wurde. An ihre Stelle ist eine aufgeblähte, schlecht funktionierende, gering und unregelmäßig bezahlte landfremde Bürokratie getreten, die von der Bevölkerung nur als ein riesiger Saugapparat empfunden wird. Der altrumänische Beamte vermag mit dem Lande keine Bin-

dungen einzugehen, Bessarabien ist für ihn eine Strafkolonie, sein Ziel nur ein guter Posten in einer größeren Stadt.

Der Großgrundbesitz wurde, um der bolschewistischen Propaganda entgegenzuwirken, bis auf die 100 ha umfassenden Restgüter aufgeteilt, was zu einem Produktionsrückgang mit entsprechender Verarmung des gesamten Landes geführt hat. Die überstürzte, schematisch durchgeführte Zuteilung von durchschnittlich 6 ha Land an die Bauern, ohne daß diese Reform gründlich vorbereitet und die Frage der Wirtschaftseinrichtung der neuen Bauerngüter auch nur ernstlich erwogen worden wäre, hat keine dauerhafte Ordnung schaffen können. Ein großer Teil der neuen Wirtschaften erwies sich als nicht lebensfähig. Die Industrieprodukte blieben für die steuerlich zu hoch belasteten Bauern, denen zudem jeder Rückhalt an einem zweckentsprechenden Kreditwesen fehlte, unerschwinglich. Ihre Verschuldung wuchs ins Ungemessene. In kurzem stand die rumänische Verwaltung einer notleidenden, aufsässigen, ungegliederten Bauernmasse gegenüber, deren Sympathien dem roten Rußland zuneigten.

Es wird vielfach behauptet, die Besitzergreifung des Landes durch die Bauern sei spontan erfolgt und dann durch den bessarabischen Landesrat, der nach Ausbruch der russischen Revolution bis zu seiner etwas gewaltsamen Beseitigung durch die rumänischen Militärbehörden das Land repräsentierte (seine Mitglieder hatten sich zum Teil selbst dazu gewählt, weil es wegen ihrer zum Teil recht dunklen Vergangenheit wohl sonst niemand getan hätte), durch verschiedene Beschlüsse bestätigt worden. Dieser Mythos einer spontanen Agrarreform läßt sich nicht aufrecht-erhalten. In den Monaten der Revolution ist nur zerstört und nicht aufgebaut worden. Um der unheilbaren landwirtschaftlichen Verwirrung zu steuern, haben die rumänischen Behörden, ohne übrigens einem nennenswerten Widerstand zu begegnen, notgedrungen eingreifen müssen. Es wird heute nur wenige Bauern geben, die auf den Landstücken sitzen, die sie sich seinerzeit willkürlich zugesprochen hatten — abgesehen davon, daß diese gewaltsame Besetzung nicht überall erfolgt war. In einem so stark bevölkerten Lande gilt es auf Grund einer wohl durch-dachten Planung das Land zu verteilen und jeden brauchbaren Hektar zweckent-sprechend auszunutzen. Das ist durch spontane revolutionäre Akte nicht zu er-reichen.

Die Verantwortung für die Überstürzung der bessarabischen Agrarreform trägt die rumänische Regierung, die übrigens die Wälder für sich fast entschädigungslos eingezogen hat. Ein entscheidender Fehler war es schon, eine sozialistische Reform durchzuführen und dabei im Lande ein nur durch gelegentliche behördliche Eingriffe gemildertes kapitalistisches System aufrechtzuerhalten (der landes-übliche Zinsfuß betrug bis zu 60% jährlich!). Die übermäßige Verschuldung der Bauern hat schließlich zu Moratorien und Schuldenstreichungen geführt. Die zu spät und darum sehr radikal durchgeführten Maßnahmen erzeugten eine Ver-



trauenkrise in schlimmster Form. Als ebenso folgeschwer hat sich die fehlende Auslese der Landbewerber erwiesen (etwa 370 000 Familien haben erstmalig Land oder einen Zuwachs von Land erhalten; enteignet wurden 4480 Güter zu 80% — insgesamt fast 1500 000 ha). Viele erwiesen sich als gänzlich ungeeignet, eine selbständige Wirtschaft zu führen. Die allgemeine Nivellierung der Bevölkerung war sowohl wirtschaftlich wie politisch verhängnisvoll und gibt die geeignete Grundlage für die erfolgreiche bolschewistische Propaganda ab. Die rumänische Verwaltung hat sich selbst der Möglichkeit beraubt, durch eine auf einem gesunden Ausleseprinzip beruhende Gliederung und Abstufung der Bauernschaft eine aus dem Lande gewachsene und organisch mit ihm verbundene, zuverlässige Führungsschicht zu gewinnen. Bei einer zweckmäßigen Ausnutzung des vorhandenen Landes und der Schaffung einer verarbeitenden Industrie sowie einer landwirtschaftlichen Intensivierung brauchte von einem Landmangel in Bessarabien keine Rede zu sein. Die Bemühungen der maßgebenden rumänischen Politiker, einen Damm gegen die rote Flut mit Hilfe einer besonders radikal durchgeführten Agrarreform zu errichten, hat den gewünschten Erfolg bis jetzt jedenfalls noch nicht gehabt...

Zur Verschärfung der Agrarkrise hat das ungelöste Verkehrsproblem viel beigegeben. Es fehlt vor allem eine Bahn, die Bessarabien der Länge nach durchschneidet und zu einem Donauhafen führen würde. Auch ist der Anschluß an das Verkehrsnetz der Moldau mangelhaft. Hinzu kommt, daß die Leistungsfähigkeit der bessarabischen Bahnen etwa 20% des in Westeuropa Üblichen beträgt! Das gesamte Eisenbahnnetz umfaßt 1269 km (eingleisige Bahnen). Der Schiff- und Floßverkehr auf dem Dnjestr wird nach den neuesten Abmachungen mit der Sowjetunion vielleicht eine Förderung erfahren. Bisher fiel er fast völlig aus. An Kunststraßen gab es 1930 nur 717 km, größtenteils in schlechtem Zustand. So sind bei der im Frühjahr und Spätherbst eintretenden Wegelosigkeit die Ortschaften oft wochenlang voneinander abgeschnitten. Dafür ist im Sommer die Staubplage auf den Landstraßen entsetzlich. Es hat den Anschein, als ob die rumänische Verwaltung im Hinblick auf die von Osten drohende Gefahr und der Unsicherheit des Besitzes von Bessarabien größere Investitionen vermeiden möchte.

Ein anderes heikles Kapitel ist die rumänische Minderheitenpolitik in Bessarabien. Es ist jedenfalls gänzlich abwegig, wenn manche Rumänen von vornherein die Behauptung aufstellen, die Russen und Ukrainer Bessarabiens seien von Natur aus probolschewistisch. Sowohl die Ukrainer wie die streng religiösen altgläubigen Russen, ganz zu schweigen von den Bulgaren, deren Loyalität unzweifelhaft sein soll, wären bei gerechter Behandlung und etwas politischem Geschick leicht in die antibolschewistische Front einzureihen. Wenn man sie ihrer Führer beraubt oder deren Tätigkeit lahmlegt, weil diese auch für gewisse kulturelle und Selbstverwaltungsrechte eintreten, darf man sich nicht wundern, wenn die Massen dann der bolschewistischen Propaganda, die mit dem Nationalitätenprinzip geschickt operiert,

teilweise anheimfallen. Eine solche Minderheitenpolitik schwächt nur die rumänische Position. So hat es zum Beispiel dem rumänischen Ansehen sehr geschadet, daß das königliche Dekret vom 14. August 1918, in dem jeder Nationalität Bessarabiens der muttersprachliche Unterricht in eigenen Schulen zugesagt wurde, nie eine Berücksichtigung erfahren hat. Die Übertragung der für das Zarentum vorhanden gewesen Gefühle auf das rumänische Königshaus ist dadurch erschwert worden.

In der deutschen Volksgruppe Bessarabiens wird die Ausbildung eines Lehrernachwuchses verhindert und die Schulen immer mehr rumänisiert. Die Gesamtfläche des von den Deutschen genutzten Bodens betrug 1914 354 177 ha (davon 24 177 ha auf Grund langfristiger Pacht). Durch die Agrarreform verloren sie 64 177 ha. Davon erhielten landlose deutsche Bauern insgesamt nur 8200 ha zu je 6 ha zugeteilt. Schon im Hinblick auf die im Süden Bessarabiens besonders kraß auftretende periodische Dürre ist es schwer, diese Wirtschaften lebensfähig zu erhalten.

Die größten Schwierigkeiten bietet das Problem des Judentums, das sich durch seine Vormachtstellung im Handel und im Handwerk immer mehr als eine schwere Entwicklungshemmung für das Land erweist. Die Versuche der zaristischen Zeit, die Juden auf dem Lande anzusiedeln, haben sich nicht bewährt. Das nomadisch-händlerische Element in ihnen war wohl zu stark für eine solche Umstellung. Eine praktische Lösung der Judenfrage Bessarabiens ist noch von niemandem aufgezeigt worden. Heute ist der größere Teil des Judentums, zumal der jüngeren Generation, der Träger einer sehr aktiven bolschewistischen Propaganda.

Unverständlich ist die rumänische Politik gegenüber den Kirchen der nicht-rumänischen Volksgruppen Bessarabiens. Durch Vermögensenteignung, Bedrückung und allerlei kleinliche Schikanen wird ihre Bedeutung untergraben, obwohl sie das stärkste Bollwerk gegen die zersetzende bolschewistische Propaganda bilden, solange man ihnen ihre Eigenart beläßt.

\*

Als größtes Hemmnis einer Stabilisierung der bessarabischen Verhältnisse hat sich die Mentalität der älteren rumänischen Generation erwiesen. Die zentralistisch eingestellten rumänischen Politiker der alten Schule sehen ihr Vorbild in Frankreich. Ihr Hauptziel war die Schaffung einer rumänischen städtischen „Intelligenz“ und „Bourgeoisie“. „Die Eroberung der Städte“ lautete die Parole, da ja die Stadtbewohner in den neuerworbenen Gebieten größtenteils nicht Rumänen waren. Zudem wollte man die größtenteils fremdstämmige Beamtschaft in den neuerworbenen Gebieten durch Rumänen ersetzen. Das Hochschulstudium wurde durch Stipendien, vorbereitende Schnellkurse u. a. über jedes gesunde Maß gefördert. Die Entwicklung ist den bisherigen Machthabern über den Kopf gewachsen. Die Zahl der Beamten ist ungeheuerlich groß und der Staat nicht imstande, sie auch nur halbwegs ausreichend zu bezahlen. Nun bleibt ein ständig wachsender Rest von



studierten oder halbstudierten Bauernsöhnen, die den Weg zum Lande nicht mehr zurückfinden, wohl aber imstande sind, die Bauernmassen stark zu beeinflussen. Diese Förderung statt Behinderung der Vermassung des Volkes, die fortschreitende, durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mitbedingte Auflockerung aller überkommenen Bindungen und ihre Folge — die Radikalisierung der Massen, hat in Bessarabien zu den bedenklichsten Erscheinungen bolschewistischer Unterwühlung geführt. Die bolschewistische Gefahr zeigte sich bis etwa 1929 in einer sehr direkten Art. Man konnte fast von einem ständigen Kleinkrieg an der Grenze sprechen, der besonders im Sommer, wenn der Dnjestr leicht zu überschreiten war, aufflackerte. Bolschewistische Banden drangen, unterstützt und verstärkt durch die bessarabischen Bauern, ins Land und verübten Überfälle und Plünderungen. 1924 kam es bei Tatar-Bunar sogar zu einer größeren Aktion, die vom rumänischen Militär nur mit Hilfe der deutschen Kolonisten unterdrückt werden konnte. Die rumänischen Gegenmaßnahmen (Strafexpeditionen gegen ganze Dörfer usw.) zeichneten sich durch große Härte aus (der Kriegszustand über Bessarabien war von Anfang an in Permanenz erklärt worden). Kein Kenner östlicher Verhältnisse wird die Notwendigkeit primitiver, drastischer Strafmaßnahmen, wo es gilt, ein Exempel zu statuieren, bestreiten können. Sie waren besonders hier am Platze. Strafmaßnahmen stärken bekanntlich aber nur dann die Autorität, wenn sie als gerecht empfunden werden. Deshalb waren das schwankende Verhalten Rumäniens gegenüber der Sowjetunion und manche Zugeständnisse an linksgerichtete Bestrebungen im Lande selbst Fehlgriffe, weil sie als Unsicherheit und Schwäche empfunden wurden und dadurch den psychologischen Eindruck solcher Maßnahmen zerstörten. Das Ergebnis ist, daß sich im Lande vielfach eine unfruchtbare, romantische Sehnsucht nach dem „goldenen Zeitalter der Zarenherrschaft“ oder aber — bei der breiten Masse — eine Zuwendung zum Bolschewismus geltend macht, während die Abneigung gegen Rumänien bedauerlicherweise wächst. Immerhin besteht heute noch die Möglichkeit, die einhellige Zustimmung der bessarabischen Bevölkerung zum rumänischen Regime zu erlangen und damit das „Problem“ Bessarabien in eine lösbare „Frage“ zu verwandeln. Der gegen die bolschewistischen Eroberungsabsichten gerichtete geschlossene feste Wille von drei Millionen Bessarabiern wäre ein nicht zu unterschätzender Faktor im Kräftespiel des europäischen Südosten, was die rumänische Politik nicht übersehen darf.

**FRANZ VON CAUCIG:****Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens**

Seit dem Weltkrieg, besser gesagt seit dem 27. November 1919, dem Tage, an dem der Vertrag von Neuilly unterzeichnet wurde, hat sich die bulgarische Außenpolitik ganz eindeutig abgezeichnet, und wenn es auch zeitweise scheint, daß von der geraden Linie abgegangen wird, so sind dies alles nur Übergangsmomente, die alle letzten Endes wieder in die drei, durch den Vertrag festgelegten Hauptfragen einmünden: 1. die Abschnürung vom Ägäischen Meere, 2. die Lostrennung der bulgarischen Minderheiten an der Westgrenze gegenüber Jugoslawien und 3. die Abschnürung der Süddobrudscha, die an Rumänien fiel. Über diese drei Probleme wird man in Bulgarien kaum jemals hinwegkommen.

Die Lage Bulgariens ist so, daß dieses Land in gewisser Hinsicht einen Schlüssel nach dem Osten bzw. eine Eingangspforte nach dem Westen darstellt. Daher wirken sich die Strömungen nach beiden Richtungen hin so auffallend aus, nicht nur die politischen, sondern auch die kulturellen und die wirtschaftlichen. Ist die Türkei durch ihre geographische Lage an den Meerengen die Brücke von Europa nach Asien, so Bulgarien das Land, in dem sich die an der Grenze zweier Erdteile entstehenden Gegensätze, welcher Art sie auch immer sein mögen, am deutlichsten ausgleichen. Dieses Bulgarien, das, in der Mitte der Balkanhalbinsel gelegen, den Sündenbock für alle streitenden Parteien abgibt, dieses Bulgarien hat seine zwiespältige Stellung auch in den Zeiten nach dem Weltkriege nicht aufgeben können, und erst in der unmittelbaren Vergangenheit scheint sich das Verhältnis zu ändern, wenn auch von seiten der übrigen Balkanländer wohl theoretisch, aber nicht in allen Fällen auch praktisch einiges getan wurde, um die Stellung Bulgariens zu verlagern.

Bulgarien ist vorwiegend ein Gebirgsland. Die Hauptstadt, das aufstrebende Sofia, liegt am Fuße der fast 2300 m hohen Witoscha. Quer durch das Land, nach Osten zu niedriger werdend, liegt als mächtige Wasserscheide zwischen Donau und Maritza das Balkangebirge, lagert sich vor die griechische Grenze das Rhodopegebirge, jenes vulkanische Gebiet mit seinen warmen Quellen und Eruptionsmassen. Einzig der nordöstliche Teil des Landes, der von der Bahn Warna—Russe durchquerte Deli Orman ist flach, ist der Eingang zur Kornkammer der Dobrudscha. So widerspruchsvoll in vielem das Land ist, so mächtige Gegensätze die innere Einstellung der Bevölkerung zerreißen, so groß sind auch die Gegensätze in rein vertikaler Richtung. Im Westen Hochgebirge, mit ewigem Eis und Schnee an einzelnen Stellen, ein Eldorado für alle Bergsteiger, für alle jene, die die Berge in ihren zerklüfteten und zerrissenen Formen und Gestaltungen lieben, im Osten



die sanfte Küste des Schwarzen Meeres, mit dem herrlichen Strandbad von Warna, das wie eine weiße Perle aus dem grünen Uferstreifen hervorleuchtet.

Das Land der Gegensätze! Wie Gebirge und Meer sich nahezu berühren, so berührten sich hier seit der Schaffung des selbständigen Bulgarien Krieg und friedlicher Aufbau, Wohlstand und größte Armut, Zufriedenheit und Liebäugeln mit dem Aufruhr, Fruchtbarkeit und trostlose Steinwüste. Alle diese Gegensätze formten den Charakter des Volkes und der Politik. Gerade aus all diesen Gegensätzlichkeiten bildete sich aber die Einheit jenes Landes, das als Brücke zwischen Orient und Okzident einem steten Kampfe ausgesetzt ist, der das Volk jung erhält und zu immer neuem Auftrieb führt, wenn es durch Ereignisse lahm und krank wurde, die diese Gegensätze aufeinanderprallen ließen.

Die größte Ausdehnung besaß Bulgarien nach den Balkankriegen. Von rund 96 346 qkm, die das Land vor 1915 ausmachten, stieg es nach Abtretung der Süddobrudscha an Rumänien (7696 qkm) und Hinzuziehung der von der Türkei losgelösten Gebiete (25 775 qkm) auf 114 425 qkm. Nach dem Vertrage von Neuilly trat Bulgarien an Griechenland und an Jugoslawien zusammen 11 278 qkm ab, so daß ihm heute rund 103 146 qkm verbleiben. In vieler Hinsicht sind diese abgetrennten Gebiete aber der Lebensnerv des Landes gewesen. Die Süddobrudscha, jener Teil, der die für den Export so wichtigen Körnerfrüchte liefert, das Gebiet im Süden, das dem Lande bei Dedeagatsch (Alexandroupolis) den Zugang zu den Weltmeeren öffnete und das Westgebiet gegenüber Serbien, in dem eine kompakte Masse Makedo-Bulgaren lebt, die seit Jahren einen Hemmschuh für die gegenseitige Annäherung der beiden Slawenstaaten auf dem Balkan bilden.

Die bulgarische Bevölkerung ist ein Produkt zahlreicher Überlagerungen, die auf die Wanderungen zahlreicher Völker zurückgehen. Während in Europa die Zeit der großen Wanderungen zu Beginn des Mittelalters nahezu abgeschlossen war, hat sie hier noch Jahrhunderte nachgedauert. Die wichtigsten Völkerbewegungen, die dem Lande ihren Stempel aufdrückten, sind die der Thraker, Slawen und Türken. Unter diesen Wanderungen hat sich jedoch die der Slawen, die erst im 7. Jahrhundert zum Stillstand kam, als die bedeutendste erwiesen. Sie hat den ethnographischen Charakter des Landes bis heute bestimmt. Die Slawen sind das tragende Element, das nahezu die ganze Bevölkerung umfaßt. Bulgarien zählte 1926 5 478 741, heute 6 090 115 Einwohner. Das bedeutet trotz der Abwanderung der Türken, die besonders in den letzten vier Jahren stets zahlreicher nach der neuen Türkei übersiedeln, eine nicht unwesentliche Bevölkerungsvermehrung. Das türkische Element ist noch immer zahlenmäßig die größte Minderheit des Landes. Im Jahre 1926 waren es noch 574 532 (10,54%), die im Nordosten Bulgariens, im Gebiet des Deli Orman und im Tal der Arda im Rhodopegebirge, in geschlossenen Siedlungen leben. Die nächstgroße Minderheit bilden die Zigeuner (134 844), die natürlich im ganzen Lande verstreut hausen, danach stehen die Rumänen (69 080)

im Donautal und endlich die Juden (46558), die vornehmlich in den größeren Städten leben und im 15. und 16. Jahrhundert aus Saloniki — auch heute noch die größte Judenstadt Griechenlands — einwanderten. Darüber hinaus gibt es verschiedene Splitter fremder Völkerschaften, die in der Hauptsache nach dem Weltkrieg hinzugekommen sind, so die Armenier (26300), die nach dem Ende des türkischen Unabhängigkeitskrieges hierher geflüchtet sind, die russischen Flüchtlinge (19706) und endlich in den Grenzgebieten rund 10000 Griechen.

In wenigen Jahren, wenn die Auswanderung der Türken weiter so anhält wie bisher — und die Türkei unternimmt alles, um die Rückwanderung im Schwung zu erhalten —, wird Bulgarien beneidenswert wenig Minderheiten besitzen. Demgegenüber leben in den Nachbarländern, die aus den verschiedenen Kriegen mit Gebietsgewinn herausgekommen sind, große bulgarische Volksmassen: in Serbisch-Makedonien 500000, in den übrigen zu Jugoslawien gekommenen westlichen Gebieten 100000, in Griechisch-Makedonien 80000, in Bessarabien 165000, in der Dobrudscha 185000. In allen diesen Gebietsteilen wurden die zahlreichen bulgarischen Schulen und Kirchen geschlossen und durch serbische, griechische oder rumänische ersetzt. Gegen diesen Zustand hat Bulgarien zu verschiedenen Malen, auch vor dem Völkerbund, jedoch immer vergebens, seine Stimme erhoben. Die Unterdrückung der Brüder jenseits der Grenze hat stets zu Zwistigkeiten und Mißverständnissen mit den Nachbarstaaten geführt, zu Zuständen, die oft ganz nahe an einer Kriegserklärung vorbeiführten. Die Politik, die Bulgarien in den letzten 17 Jahren trieb, war nicht zum geringsten Teil von den Widerwärtigkeiten jenseits der Grenze diktiert. Wenn man Bulgarien vielerorts als den Störenfried auf dem Balkan bezeichnete, so hat dieser Ausspruch jedenfalls nur seine einseitige Richtigkeit.

Derjenige, der Bulgarien noch vor wenigen Jahren kennenlernte und es mit dem heutigen vergleicht, wird unweigerlich die Feststellung machen müssen, daß sich in kultureller, industrieller und vor allem wirtschaftlicher Hinsicht Bedeutendes geändert hat. Dies drückt sich naturgemäß auch in einer Verschiebung der Bevölkerungsschichten aus. 1900 umfaßten die Städte 19,83% und das flache Land 80,17% der Gesamtbevölkerung, heute ist das Verhältnis 21,48% zu 78,52%. Sofia ist eine Stadt im Aufblühen mit einem gewissen Wohlstand, Warna ein modernes Seebad, das langsam europäischen Ruf erlangt, und Plowdiw (Philippopol) eine aufstrebende Messestadt. Immer noch ist aber Bulgarien ein Agrarland, doch der Zug nach der Stadt macht sich bemerkbar. Viel deutlicher noch beweisen die Zahlen des Erziehungswesens, welche Änderung Bulgarien erfahren hat. 1880 konnten in Bulgarien nur 3,3% der Bevölkerung lesen und schreiben, 1900 waren es 27,9%, 1910 33,7%, 1936 bereits 47,86%! In den zehn Jahren zwischen 1923 und 1933 stieg die Zahl der Studierenden in allen Schulen Bulgariens zusammengenommen von 741422 auf 1002555. Diese sprunghafte Zunahme spricht für den kultu-



rellen Aufstieg des Landes. Wie mächtig der Wille zur Arbeit und zum Aufbau ist, bezeugt nicht allein Sofia, die Hauptstadt, sondern auch das flache Land. Am deutlichsten merkt man dies, wenn man an der Donau zwischen Widin und Russe das bulgarische mit dem rumänischen Ufer vergleicht. Die Wälder auf bulgarischer Seite sind wohlgepflegt, die Straßen in gutem Zustande, die Dörfer sauber, die Zollbeamten eines Sinnes mit dem Volke. Das andere Ufer zeigt eine rücksichtslose Abholzung, die stellenweise von den Gipfeln bis zum Fuße der Berge reicht. Allenthalben tritt schon das nackte Gestein hervor, kahle, öde Flächen zeugen davon, daß man an Aufforstung nicht denkt. Welches Gewicht Bulgarien seinem Teil an der Donau beimißt, beweist die Tatsache, daß man jetzt an die Wiederherstellung der alten Trajanstraße auf bulgarischem Gebiet geht.

Wenn die politische Lage Bulgariens nach dem Weltkriege schwierig und enttäuschungsreich war, so war die wirtschaftliche Bilanz einfach katastrophal. Das Friedensdiktat von Neuilly sah eine Reihe von finanziellen Lasten vor. Nach diesen Bestimmungen mußte Bulgarien allein an Reparationen die schier unglaubliche Summe von 2250 Millionen Goldfranken leisten. Da dieser Betrag in 37 Jahren zu 5% tilgbar war, belief sich in Wahrheit die Gesamtsumme auf rund 5 Milliarden Goldfranken, also auf eine Jahresrate von rund 134 Millionen. Der Irrsinn dieser Zahlungen erhellt daraus, daß sich vor dem Kriege die jährlichen Staatseinnahmen Bulgariens auf rund 200 Millionen Goldfranken stellten. Was blieb für das Land übrig? Womit sollte es aufgebaut, womit sollten die Beamtengehälter, womit sollte die Erhaltung des Bestehenden bestritten werden? Danach fragte man in Neuilly ebensowenig wie in Versailles. Es ist klar, daß Bulgarien vor dem vollen wirtschaftlichen Ruin stand. Man hat es einmal sogar ganz deutlich ausgesprochen, daß die Vertragsbestimmungen das Land als solches von der Landkarte wollten verschwinden lassen, es wären genug andere da, die sich in das Gebiet gerne teilten.

Bulgarien nahm die Schulden auf sich und begann auch zu zahlen. Es bezahlte den Unterhalt der Ententetruppen, der Grenzsicherungskommission, der alliierten Militärkontrollen, der Reparationskommission, es zahlte Schadenersatz für die Angehörigen der Ententestaaten, für das Schiedsgericht und für die zusätzlichen Kosten des Vertragsabschlusses, es lieferte an Jugoslawien und Griechenland Vieh und Kohlen, es lieferte aber auch sein ganzes Kriegsmaterial aus, zahlte also teils in bar, teils in Waren aller Art bis zum Jahre 1935 nicht weniger als 742,6 Millionen Goldfranken. Die Summen, die Bulgarien jährlich für seine Auslandsverschuldung bereitstellt, gefährden immer wieder den Aufbau des Staates. Kein Wunder, daß alljährlich eine bulgarische Kommission nach dem Westen fährt, um dort über die Art der Zahlungen zu verhandeln. Nach einer der letzten Berechnungen beläuft sich die Auslandsverschuldung Bulgariens auf rund 619 Millionen Schweizer Franken (vor der Abwertung dieser Valuta), was ungefähr 121 Schweizer Franken je Kopf der Bevölkerung ausmacht. Das sind, gemessen am Ausfuhr-

handel des Landes, rund 15%. Indessen hat es Bulgarien durch viel Fleiß und große Tatkraft verstanden, seinen Außenhandel immer mehr zu erweitern, und besonders in den letzten Jahren, seitdem es mit Deutschland mehr und mehr ins Geschäft kommt, hat sich die Lage wesentlich geändert. Heute macht der Außenhandel den Lebensnerv des Landes aus. Um nur die letzten zwei Jahre in diese Betrachtung einzubeziehen, sei erwähnt, daß Bulgarien im Jahre 1934 um 2247 Millionen Lewa und im Jahre 1935 um 3008 Millionen Waren aus dem Auslande bezog, hingegen im Jahre 1935 um rund 2900 Millionen Waren ausfuhrte. Von dieser Gesamtausfuhr fallen allein an Lieferungen nach Deutschland rund 1800 Millionen Lewa.

Nachdenklich muß es allerdings stimmen, wenn man den Handelsverkehr Bulgariens mit seinen Nachbarländern auf dem Balkan betrachtet. Da zeigt es sich, wie in so manchem anderen Falle, daß gerade die Nachbarn nicht immer jenes Verständnis für das Land aufbrachten, das notwendig erscheinen müßte, um an den eigenen Grenzen einen ruhigen und zufriedenen Staat zu wissen, dem die Gefahr des Kommunismus nicht droht. Sowohl die Prozentzahlen für die Ausfuhr nach den anderen Staaten wie auch der Einfuhrzahlen sind wesentlich zurückgegangen. Während es auffällt, daß just mit Jugoslawien das Wirtschaftsverhältnis gebessert wurde, hat es sich zwischen Rumänien und der Türkei überraschend verschlechtert, wie die Tabelle zeigt.

von oder nach	Bulgarien führt			
	ein		aus	
	1934	1935	1934	1935
	in Tausend Lewa			
Griechenland.....	21 344	13 793	18 337	32 331
Rumänien.....	95 223	94 048	18 675	9 726
Türkei.....	30 441	19 395	35 837	16 362
Jugoslawien.....	8 670	8 417	5 062	22 608

Man hat oft eingewandt, daß die gleichartige Wirtschaftsstruktur der Balkanstaaten einen gegenseitigen Handelsaustausch unmöglich macht. Ganz so liegen die Verhältnisse nun nicht. Gewiß besteht, was den wichtigsten Exportartikel, den Tabak, betrifft, viel Gleichheit, man darf aber nicht vergessen, daß es schließlich niemals gleichgültig ist, ob ein Tabak aus Cavalla oder aus Samsun oder aus Bulgarien stammt. Jedenfalls sieht man aus obiger Aufstellung, daß sich sowohl Griechenland als auch Jugoslawien bemühen, zu einem Ausgleich der Bilanz zu gelangen, während Rumänien, das hauptsächlich Öl liefert, und auch die Türkei abfielen.

Die Beschäftigtenzahlen für die Zeit des Übergangs von der Krise zur Konjunktur zeigt ein deutliches Zurücktreten der Landwirtschaft hinter die Industrie.

Man bemerkt vor allem das Abfallen in der Landwirtschaft, in den Holzbearbeitungsbetrieben und der Nahrungsmittel- und Getränkebranche, in der Tabak-



industrie und im Handel. Die Kohlengebiete und das Baugewerbe zeigen aber 1934 bereits einen Aufschwung. Aus der Statistik geht auch die Bedeutung der bulgarischen Textilbetriebe hervor.

Beschäftigung	1932	1933	1934
Landwirtschaft .....	12 689	15 525	11 036
Kohlengebiete .....	9 779	9 780	12 457
Textilfabriken .....	19 730	21 468	23 495
Holzbearbeitung .....	10 000	11 889	8 848
Metallwarenerzeugung .....	9 883	9 585	9 728
Nahrung und Getränke .....	13 579	17 416	13 887
Tabakgebiete .....	22 000	25 961	12 457
Handel .....	23 560	21 675	12 332
Bauten .....	10 134	11 765	18 665

Für die Erfordernisse des Landes mit seiner bäuerlichen Bevölkerung zeigte man das allergrößte Verständnis, indem man die Landwirtschaft einer vollkommenen Neuordnung unterzog und das Hauptgewicht auf die Industripflanzen zu legen begann. Bulgarien hat schon bald nach dem Kriege eingesehen, daß es aus den Schwierigkeiten nur dann wirklich herauskommen kann, wenn es seine Ausfuhr nach Möglichkeit steigert. Aber erst in der jüngsten Zeit hat man erkannt, daß nicht so sehr die landwirtschaftlichen Nahrungsmittel ins Gewicht fallen als vielmehr die landwirtschaftlichen Industrierohstoffe, die von den Industriestaaten verwendet werden. Das Maß der Umformung ist aus der Steigerung der Bebauungsfläche für Industripflanzen ersichtlich. Im Jahre 1911 waren es 41 550 ha, 1918 64 000, 1923 97 800, 1930 schon 151 900, 1934 186 900 und 1936 gar 254 000 ha. Wenn man berücksichtigt, daß unmittelbar nach dem Kriege in Bulgarien selbst eine kleine Industrie entstand, so ist die geringe Steigerung der Anbaufläche in jenen Jahren nicht bedeutsam. Erst die Erhöhung der Anbaufläche seit 1934 springt in die Augen. Der bedeutsamste Aufschwung ist bei den Tabak- und Sonnenblumenkulturen zu verzeichnen. Während Tabak im Jahre 1912 nur auf 8900 ha gebaut wurde, waren es 1923 schon 59 000 ha. In diesem Jahr trat aber die schwere Tabakkrise ein, die ein Absinken des Anbaugesbietes auf 32 000 ha im Jahre 1930 und auf 22 000 ha im Jahre 1934 zur Folge hatte. Erst seitdem Deutschland den Kompensationsweg beschritten hat, konnte man in Bulgarien an eine neuerliche Steigerung der Tabakanbaufläche denken. Sie betrug im Jahre 1936 wieder 37 300 ha. Da gerade der Tabak für den bulgarischen Außenhandel ein lebenswichtiger Faktor ist, hat der Staat Anbaubeschränkungen und Qualitätsverbesserungen durchgeführt.

Weit aufschlußreicher sind die Anbauflächen und die Erntezahlen der Sonnenblumenpflanzungen. Im Jahre 1921 waren es 4200 ha, 1925 schon 19 500 ha mit einer Ernte von 164 900 Zentnern, 1931 102 600 ha mit 1 017 600 Zentnern Ernte und 1936 156 000 ha mit einem Ertrag von 1 806 800 Zentnern. Aus dieser Erhöhung hat Bulgarien einen dreifachen Vorteil gezogen: Inlandserzeugung von Öl,

Belebung der Landwirtschaft, Sicherstellung der Ausfuhr. Ebenso wichtig ist heute bereits die Baumwollerzeugung, die vor dem Kriege eine Anbaufläche von 1000 ha erforderte und heute bereits 29 000 ha beansprucht. Die Ernte ist auf 62 000 Zentner gestiegen. Eine gegenteilige Entwicklung machte allerdings die Zuckerrübenpflanzung durch. Während und nach der Krise fiel die Zuckerausfuhr sprunghaft, besonders seitdem die Türkei eigene Zuckerfabriken besitzt und die Sowjetunion als Konkurrent mit seiner Dumpingware die früheren Bezieher Bulgariens überschwemmte. Die Anbaufläche ist seit 1931 von 12 000 ha auf 4700 ha im Jahre 1936 gefallen. Ganz neu ist die Initiative, die man im Sojabohnenbau ergriffen hat.

Durch diese verschiedenen Neuerungen ist es Bulgarien tatsächlich gelungen, im Welthandel eine gewisse Rolle zu spielen. Es kann in wirtschaftlicher Hinsicht heute auf seine Nachbarstaaten verzichten, da es gegen den Tauschhandel mit diesen Agrarländern den Tauschhandel mit den europäischen Industriestaaten, vor allem mit Deutschland, eingewechselt hat.

\*

Man hat in Bulgarien gleich am ersten Tag den Zweck des Balkanpakts verstanden. Es war jene Zeit, in der Bulgarien den Unruheherd auf dem Balkan darstellte, seine Minderheiten im Ausland von draufgängerischen Elementen verhetzt wurden, die makedonische Organisation mehr anarchistischen als nationalen Charakter trug. Immer wieder zog die Türkei Truppen an ihrer Nordgrenze zusammen, war Griechenland bereit, das Äußerste zu wagen, und auch Jugoslawien wollte den Machenschaften gewisser Elemente nicht länger zusehen. Der Balkanpakt war als ein Verteidigungs- und Hilfeleistungspakt gedacht. Man war in Bulgarien darüber verstimmt, denn man sagte, daß die Nachbarn, statt Bulgarien als Feind zu betrachten, sich eher mit ihm verständigen sollten. Eine Verständigung mit Bulgarien wäre aber nur auf dem Wege der Revision möglich. Die Minderheitenfrage und die Frage des Zuganges zum Meere sind die ersten und letzten Forderungen Bulgariens. Man hat in Bulgarien die Zusicherung des Zuganges zum Meere, die im Vertrage von Neuilly gemacht wurde, immer dahin aufgefaßt, daß eine Art Korridor geschaffen werde, der es Bulgarien ermögliche, auf seinem eigenen Grund und Boden nach Alexandroupolis (Dedeagatsch) zu gelangen. Griechenland hingegen hat wiederholt erklärt, daß an eine solche Gebietsabtrennung nicht zu denken sei, sondern die Zusicherung des Vertrages nur als das Zugeständnis eines Freihafens an Bulgarien aufzufassen wäre. Das griechische Angebot wurde in Sofia immer abgelehnt und wird wohl auch immer abgelehnt werden.

In den letzten Monaten hat sich die Lage neuerlich verändert. Durch die Wiederbefestigung der Dardanellen sind die beiden Häfen Bulgariens, Warna und Burgas, praktisch unter ausländische Kontrolle gestellt. Sie können, falls es die Türken aus strategischen Gründen einmal für nötig erachten sollten, durch Schließung der Meerengen ganz vom Weltverkehr abgeschnitten werden. Dieses Bewußtsein ist



für Bulgarien untragbar. Gerade als Exportland ist Bulgarien auf einen unabhängigen Hafen angewiesen, ja, der Besitz eines solchen stellt folgerichtig eine Lebensnotwendigkeit des Landes dar. Trotzdem stimmte, wie erinnerlich, Bulgarien als erstes Land der türkischen Forderung nach Befestigung der Dardanellen zu. Der Grund war, daß die Befestigung der Dardanellen Bulgarien die Möglichkeit zum Aufwerfen der eigenen Hafenfrage gab. Die Türkei hat sich deshalb — so sonderbar es auch im Zusammenhang mit dem antirevisionistischen Balkanpakt scheinen mag — nicht ganz unfreundlich zu dem bulgarischen Wunsche geäußert. Freilich wurde und wird auch heute noch seitens der Türkei das Wort „Revision“ stets und aufs entschiedenste vermieden, aber die freundschaftliche Geste gegenüber Bulgarien war gemacht und blieb nicht unbeachtet. Übrigens weiß man in Ankara, daß die bulgarischen Revisionswünsche nicht gegen die Türkei gerichtet sind, sondern in erster Linie Griechenland davon betroffen wäre. Die türkische Bindung zu Griechenland ist in den letzten Monaten eine wesentlich schwächere geworden, während Tewfik Rüschtü Aras es jetzt, wenn er durch Bulgarien fährt, niemals unterläßt, in Sofia einen Höflichkeitsbesuch abzustatten.

Am frühesten erkannte Belgrad, daß eine strenge Durchführung des Balkanpaktes unweigerlich zu einer für ganz Europa unheilvollen Entladung führen müßte, weshalb man dort alsbald nach Anknüpfungsmöglichkeiten Ausschau hielt, die sich in günstigster Form auf kirchlichem Gebiet boten. Schon vor Jahren hatten gelegentlich Besuche bulgarischer Bischöfe in Belgrad und jugoslawischer Bischöfe in Sofia stattgefunden, wobei die Frage des bulgarischen Schismas zur Sprache kam. Bulgarien hatte nämlich seinerzeit bei der Gründung des Staates nach dem Vorbild der andern orthodoxen Länder eine eigene Kirchenverwaltung beansprucht und sich vom Patriarchen von Istanbul — dem ersten Kirchenfürsten der Orthodoxie — losgesagt. Die Form dieser Lostrennung erregte angeblich in Istanbul Anstoß, in Wahrheit aber war das Patriarchat um seine Einkünfte besorgt. Das Patriarchat drohte sogar mit dem Kirchenbann, ohne das bulgarische Schisma verhindern zu können. Anlässlich des erwähnten Bischofsbesuches, der von den Politikern beider Staaten angeregt war, stellte man nun in Belgrad fest, daß die bulgarische Orthodoxie sich ebenso rein erhalten hat, als ob sie dem Gesamtverbande der orthodoxen Kirchen noch angehören würde, man hat auch eingestehen müssen, daß durch die Anerkennung eines bulgarischen Staates die Forderung nach einer selbständigen nationalen Kirche durchaus gerechtfertigt erschien. Das Ergebnis war, daß die serbischen Bischöfe in der bulgarischen Kirche in Sofia einen Festgottesdienst zelebrierten. Die Anerkennung der bulgarischen Kirche durch die serbische Orthodoxie war hiermit erfolgt, während das Patriarchat in Istanbul die bulgarische Kirche bis heute als im Schisma befindlich betrachtet.

Dieses Entgegenkommen Belgrads, das in Sofia einen guten Eindruck hinterließ, schuf die Grundlage zu weiteren Aussprachen, die ihren Höhepunkt im Besuch

König Alexanders von Jugoslawien in Sofia fanden. Damals wurde der Entschluß gefaßt, die beiden slawischen Balkanländer politisch gleich auszurichten, Verbindungsstraßen über die Pässe zu bauen und den beiderseitigen Minderheiten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Panslawische Extremisten in Sofia, an der Spitze Ministerpräsident Georgieff, gingen allerdings gleich so weit, die völlige politische Vereinigung beider Staaten zu fordern. Georgieff stürzte darüber, der Tod König Alexanders von Jugoslawien brachte diese Strömung zum Stillstand. Man redet heute nicht mehr davon. Die Neigung zu weiteren Fühlungen blieb aber bestehen, so daß die gefaßten Entschlüsse auch schon teilweise durchgeführt werden konnten. Der Grenzverkehr zwischen den beiden Staaten ist sichergestellt, ein freundschaftliches Zusammenstehen ist gefolgt. Immer stärker verweist man sowohl in Belgrad als auch in Sofia darauf, daß besonders die gemeinsamen Kulturgrundlagen der Kirche und der Schrift als Bindeglied zwischen den beiden Ländern nicht mehr außer acht gelassen werden dürfen.

Bulgarien hat heute bei den anderen Balkanstaaten eine verhältnismäßig gute Presse. Die zahllosen Anfechtungen von Seiten der Türkei haben mit einem Male nachgelassen. Während noch vor ungefähr einem Jahr kein Tag verging, an dem man nicht am Bosphorus offen oder versteckt vom Feind im Norden gesprochen hätte, hat dies nunmehr vollkommen aufgehört, und die Presse der Türkei befließt sich eines erstaunlich freundschaftlichen Tones Bulgarien gegenüber. Erst vor kurzem hat der türkische Gesandte in Bulgarien in einem Interview erklärt, daß man den Dienst Bulgariens bei der Konferenz von Montreux in Ankara niemals vergessen wird. Dasselbe ist in Jugoslawien der Fall. Auf die erstaunliche Belebung des Handels zwischen Bulgarien und Jugoslawien wurde schon verwiesen. Darüber hinaus befinden sich beide Staaten in einer steten Abwehrstellung gegen den Kommunismus — Jugoslawien hat Moskau bis heute nicht anerkannt, in Bulgarien hat man schon oft den Wert der seinerzeit überstürzt erfolgten Anerkennung angezweifelt —, denn in beiden Staaten ist der Kommunismus, was die immerwährenden Verhaftungen am deutlichsten bezeugen, rege an der Arbeit. Dieses gemeinsame Bestreben bildet ein Band, das man heute nicht mehr unterschätzen darf. Die beiden slawischen Nationen auf dem Balkan fühlen sich — mit Recht — als die Erben der panslawischen Idee und unterstützen sich tatkräftig im beiderseitigen Bestreben, das Slawentum vor dem Untergang durch den großen slawischen Staat im Nordosten — die Sowjetunion — zu schützen.

Weniger freundschaftlich ist die Presse mit Rumänien. Es tauchen in den bulgarischen Blättern immer wieder Meldungen über die Unterdrückung der bulgarischen Minderheiten in Rumänien auf, Meldungen, die gewiß nicht zu einer Annäherung hinüberleiten. Außerdem ist die Mentalität hüben und drüben der Donau eine so grundverschiedene, daß kaum eine Brücke geschlagen werden kann, solange Rumänien bei seinem außenpolitischen Kurs verharret. Bezeichnend ist es übrigens,



daß auch eine wirkliche Brücke über die Donau, die schon oft geplant und deren Bau schon oft beschlossen war, nicht zur Tatsache geworden ist.

Ziemlich indifferent äußert sich die Presse Griechenlands. Man hat in Athen sichtbar das Bestreben, nicht an die Frage der Revision zu rühren, nicht das Wort Dedeagatsch zu erwähnen, nicht die Wunde aufzureißen, die man Bulgarien geschlagen hat. Schon aus diesen Überlegungen heraus ist es verständlich, daß der Balkanpakt seinen alten Wert nicht mehr besitzt. Man hat schon oft davon gesprochen, daß Griechenland aus der Balkanentente auszutreten gedenke. Es sollte nicht wundernehmen, wenn das einmal tatsächlich der Fall sein sollte, und zwar dann, wenn die bulgarische Forderung durch seine übrigen Nachbarn offen unterstützt wird.

So gute Verbindungen Bulgarien nach außen anbahnt — mögen sie auch noch nicht festgefügt sein —, so unklar erscheint dagegen manches heute im Innern, seitdem die Sobranje nach Hause geschickt wurde. Die bulgarische Presse ist in den letzten Monaten immer wieder mit der Frage der Regierungsform beschäftigt. Man fragt sich, ob und wie Wahlen stattfinden sollen, ohne daß das alte Parteiensystem, das Bulgarien vor den Abgrund brachte, wieder ersteht. Eine Orientierung nach einer bestimmten Richtung besteht noch nicht. Die Aufgabe des Königs, in diese Lage wieder Ordnung zu bringen, ist außerordentlich schwierig.

So klein Bulgarien auch ist, die Wirkung, die sein Verhalten ausübt, ist keine geringe. Da es in der Mitte des Balkans liegt, ist jede politische Störung oder Umgruppierung, die dort erfolgen könnte, eine Frage, die die Nachbarn unmittelbar berührt. Deshalb wird Bulgarien, solange die offenen inneren und äußeren Fragen in der Schwebe sind, einer der wichtigsten Faktoren Südosteuropas bleiben. Seine Politik, seine Entwicklung zu verfolgen ist Pflicht aller, die die Entwicklung unseres alten Kontinents betrachten, ist Pflicht jener, die einen friedlichen Ausgleich zwischen den Nationen wünschen und erstreben.

### JOSEF MÄRZ:

#### Jugoslawien beschreitet neue Wege

Es ist jetzt wohl der Zeitpunkt gekommen, einen Querschnitt durch die politischen Ereignisse der letzten Monate zu ziehen, die sich im Südosten Europas abgespielt haben. Hervorhebung verdienen in erster Linie: Der Ausgleich Jugoslawien-Bulgarien, die Anbahnung besserer Beziehungen Jugoslawiens zu Ungarn, der Nichtangriffsvertrag zwischen Jugoslawien und Italien, vereinbart am 25. März, und der Versuch einer Auseinandersetzung mit Kroatien, drei außenpolitische und ein innerpolitisches Ereignis, das aber eng mit den Kräfteverhältnissen und Vorgängen um Jugoslawien herum zusammenhängt.

Gewarnt werden muß vor begeisterter Überschätzung! Der Ausgleich mit Bulgarien ist ein günstiger Anfang, dessen Früchte aber erst abgewartet werden müssen. Immerhin sind die Dinge so gelagert, daß Hoffnungen gerechtfertigt sind. Quergeschossen wird gegen eine Verständigung mit Ungarn, nach einer Fühlungnahme wieder versteift hat sich die Kroatenfrage. Bezeichnend war die mißtönende Begleitmusik aus Paris, die sofort einsetzte, als Nachrichten über eine Besserung des Verhältnisses Belgrad-Rom auftauchten. Frankreich will Jugoslawien eben nur als Teil der Kleinen Entente betrachten und sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß ein Staat, auch wenn er jung ist, den Wunsch haben könnte, seine eigene Politik zu treiben. Mit der Kleinen Entente erlebt Paris nicht mehr viel Freude, Rumänien läßt sich nicht in den Sowjetkurs Prags einspannen und verstärkt seine ablehnende Haltung um so mehr, je dringlicher die Versuche der Einwirkung werden; Jugoslawien lehnt überhaupt jede Beziehung mit Moskau ab, sieht aber seinen Vorteil darin, mit seinen Nachbarn in guten Beziehungen zu leben, statt ständig unter der Hochspannung des „bewaffneten Friedens“ Pariser Art zu stehen. Ein so nüchterner und zugleich entschlußkräftiger Politiker wie Dr. Stojadinowitsch hat erkannt, daß es am gewinnbringendsten für die Gesamtpolitik des Staates ist, die heikelsten Aufgaben zuerst und mit Mut anzupacken und einer vorläufigen Regelung zuzuführen, die für eine spätere endgültige dann eine beruhigte Stimmung als erfolversprechende Grundlage aufbaut. Da er in dieser Politik das Volk klar hinter sich hat, die ernsthafte Opposition seine Erfolge anerkennt, die unzufriedene aber ohne klare Ziele arbeitet, ist es schwer, zu sehen, woher die innerserbische Revolution kommen soll, die Dr. Matschek in einer Wiener Unterredung mit dem Vertreter eines holländischen Blattes als möglich erwartet. Die Radikalisierung studentischer Kreise ist nicht zu übersehen, die Volksfrontbestrebungen einiger Belgrader Kreise sind jedermann bekannt, aber es ist auch unverkennbar, wie unerbittlich dem Kommunismus zu Leibe gegangen wird. Ansatzpunkte für eine Politik, die Paris, Prag, Moskau, Volksfront und Kleine Entente in einem einzigen Topf verrühren will, sind also kaum da, und daher stammte der Ärger jener Pariser Blätter, die eine Schwächung der Kleinen Entente darin sehen, wenn Jugoslawien sich unmittelbar mit seinem Nachbarn Italien freundschaftlich auseinandersetzt, ohne sich der guten Vermittlungsdienste Frankreichs zu bedienen, die meist etwas kostspielig sind. Es kommt eben darauf an, ob man den Frieden Europas durch eine Entspannung suchen oder mit Skoda-Aktien ausdrücken will.

Um gleich bei dem jugoslawisch-italienischen Ausgleich auf 5 Jahre zu bleiben — wichtig sind Artikel 1, 3 und 4 des politischen Vertrages: Im ersten Artikel verpflichten sich die beiden Parteien, daß sie ihre gemeinsamen Grenzen, wie auch die freien Grenzen der beiden Staaten auf der Adria, respektieren werden. Im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs durch einen oder mehrere



Staaten verpflichtet sich die andere Seite, sich jeder Aktion zu enthalten, welche für den Angreifer von Nutzen sein könnte. Im dritten Artikel bestätigen die beiden Mächte, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen niemals zum Krieg als Instrument der Politik greifen und daß sie alle Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen werden.

Der vierte Artikel verpflichtet die beiden Parteien, auf ihrem Gebiet eine Tätigkeit weder zu dulden noch zu unterstützen, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder den Bestand der anderen vertragschließenden Partei gerichtet wäre oder solcher Art wäre, daß sie die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten schädigen könnte. Maßgebend für den Abschluß war die Antwort, die von England aus auf den Fühler gegeben worden ist, den Dr. Stojadinowitsch nach dem Abschluß des englisch-italienischen Mittelmeerabkommens ausgestreckt hatte: eine Garantie für den Besitzstand und die Grenzen der Mittelmeerstaaten, und also auch Jugoslawiens, durch England schließe das Abkommen nicht ein. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Anfrage und Antwort ohne vorherige Fühlungnahme stattgefunden haben. Der heikelste Punkt ist der der slawischen Minderheit in Istrien und im Görzer Land und um Triest, die nach der faschistischen Auffassung keine Minderheit ist; wieweit ihr Erleichterungen auf dem reinen Verwaltungswege erteilt werden, liegt nur in italienischer Hand. Die Angelegenheit ist in dem Abkommen nicht ausdrücklich erwähnt, man darf jedoch annehmen, daß solche schwebende Fragen im allgemeinen Rahmen des Abkommens nach Bedarf geregelt werden. Die Begnadigung zahlreicher Angehöriger der slowenischen Minderheit in Italien durch Mussolini ist jedenfalls ein erfreuliches Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um einen wahrhaften Ausgleich, der von dem Gedanken ausgeht, daß zwischen den beiden Staaten in der Adria keine wirklichen Gegensätze bestehen. Die Italiener auf jugoslawischem Staatsgebiet, die meist Reichsitaliener oder Optanten sind, nur zu geringen Teilen altangesessene Volksitaliener, genießen als Folge der Rapallo-Verträge sowieso ausreichende Minderheitenrechte und wirtschaftliche Begünstigungen.

Den zweiten Anlaß bot der Wunsch, die Handelsbeziehungen wieder auf den Stand vor den Sanktionen zu bringen, an denen sich Jugoslawien nur zögernd und betont ungern beteiligt hat. Jugoslawiens Ausfuhr ging vor den Sanktionen zu einem Viertel nach Italien, auch die zeitweiligen politischen Spannungen haben auf diesen regen Handelsverkehr nicht eingewirkt. Jugoslawien will erklärlicherweise einen so guten und regelmäßigen Abnehmer nicht verlieren. In welchem Maße die Sanktionen die beiderseitigen Handelsbeziehungen schädigten, zeigt die Tabelle:

	Jugoslawiens Ausfuhr nach Italien		Jugoslawiens Einfuhr aus Italien	
	Mill. Dinar	% der jug. Gesamtausfuhr	Mill. Dinar	% der jug. Gesamteinfuhr
1930.....	1919,3	28,41	782,8	11,25
1932.....	705,0	23,07	361,9	12,66
1934.....	797,6	20,57	555,0	15,53
1936.....	137,2	3,13	101,7	2,49

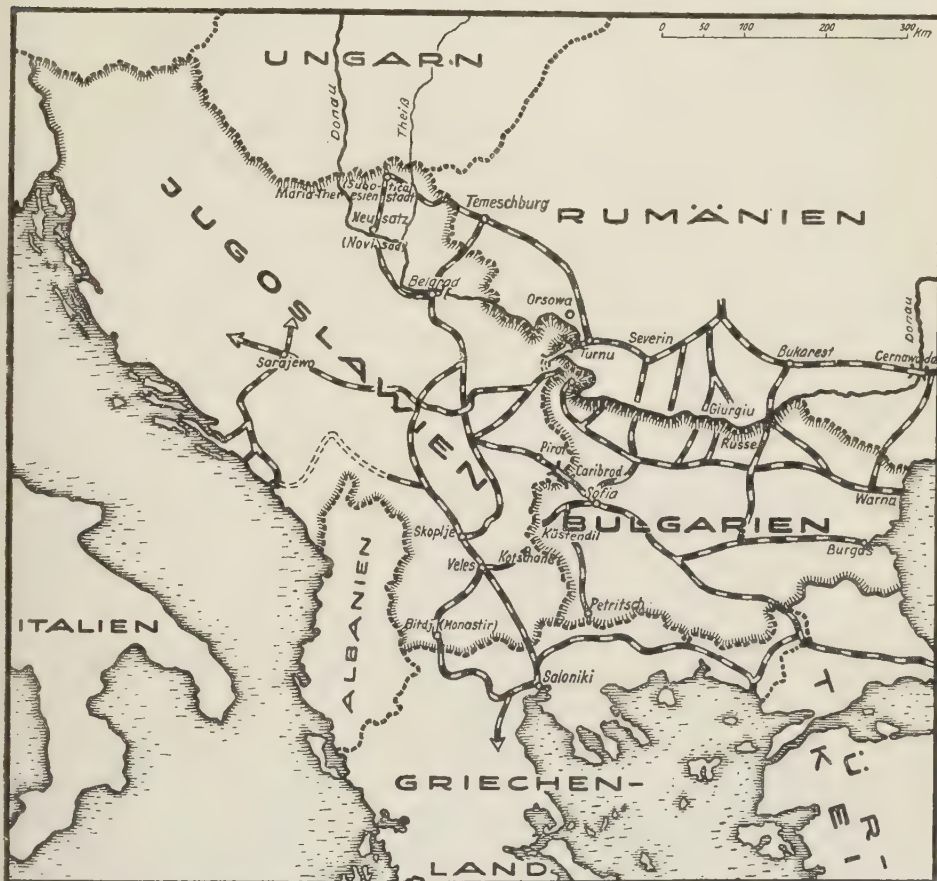
Inzwischen ist der jugoslawisch-italienische Handelsverkehr längst wieder lebhaft im Gange: im Januar 1937 ist Italien bereits wieder der drittbeste Abnehmer Jugoslawiens; freilich hat sich Italien inzwischen da und dort auf andere Bezugsquellen umgestellt. Die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die eine Ergänzung durch spätere Teilabkommen vorsehen, bestimmen in den wichtigsten Artikeln: Italien erkennt Jugoslawien außer den in den früheren Vereinbarungen vorgesehenen und festgesetzten Kontingenten Zusatzkontingente zu. Diese Zusatzkontingente werden nachträglich festgesetzt. Jugoslawien erkennt Italien für gewisse Spezialerzeugnisse, deren Wert oder Menge nachträglich festgestellt und für welche jetzt Zahlung in Devisen gefordert wird, das Recht der Clearingzahlung zu. Die beiden Vertragspartner verpflichten sich, einer dem anderen die Gleichheit des Verfahrens anzuerkennen und den ständigen jugoslawisch-italienischen Wirtschaftsausschuß, vorgesehen im Protokoll der Zusatzvereinbarung vom 25. April 1932, binnen eines Monats zu bilden. Nach Art. 5 ist diese Zusatzvereinbarung nur die Übergangsstufe für eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit, die die Form einer engeren regionalen Vereinbarung erhalten kann. Die Dauer dieser Vereinbarung ist an die Dauer der in Belgrad geschlossenen politischen Vereinbarung gebunden.

Die schwerwiegenden Punkte sind aber außenpolitischer Art, sie betreffen eine Verständigung, welche Haltung Italiens Jugoslawien zu Ungarn und Bulgarien künftig erwarten darf; hier spielen ebenso wie in der Frage Albanien innerpolitische Probleme Jugoslawiens herein, in dessen Grenzgebieten madjarische, bulgarische und albanische Minderheiten wohnen, die ihre engen Beziehungen mit ihren Volksgenossen jenseits der Staatsgrenzen haben.

Die jugoslawisch-bulgarische Verständigung ist einstweilen nur ein Rahmenvertrag ohne jede Regelung von Einzelheiten. Für eine solche soll sie erst den Boden bereiten. Seit drei Jahren sind die Beziehungen langsam immer besser geworden, zahlreiche Besuche hüben und drüben ganzer Gruppen und Stände haben stattgefunden, und man stellte fest, daß es sich eigentlich ganz gut miteinander auskommen lasse. Auf der bulgarischen Seite bleibt der Vorbehalt: *Makedonien*, aber es herrscht auch Übereinstimmung darüber, daß mit den früheren Methoden, die die bulgarische amtliche Außenpolitik nur belasteten und positiv nichts einbrachten, das Ziel nicht erreicht werden konnte und ein friedliches Gespräch vielleicht aussichtsreicher sei. Eine territoriale Neuverteilung scheint man sich nicht recht vorstellen zu können, mehr Wert wird gelegt werden auf die Zulassung kultureller Beziehungen und eines Verkehrs zwischen Bulgarien und Südserbien, wie Jugoslawien amtlich seine makedonischen Gebietsteile nennt. Um sich da ein richtiges Bild zu machen, muß man sich immer vergegenwärtigen, daß auf einer rund 400 km langen bulgarisch-jugoslawischen Grenze bisher nur ein Übergang zugelassen war, der bei Caribrod-Dragoman zwischen Nisch und Sofia, den Bahn und Straße benützen. Bulgarien hat mit Jugoslawien bis jetzt nur diese eine



Bahnverbindung (eine zweite ließe sich zwischen Küstendil und Kotschane herstellen), aber auch mit Griechenland ist es nur ganz im Osten bei Edirne (Adrianopol) verbunden und mit Rumänien nur durch eine Nebenbahn in der Dobrudscha, während eine Eisenbahnfähre bei Russe(Rustschuk)-Giurgiu die einzige



Im Zeichen des jugoslawisch-bulgarischen Abkommens. Das Bahnnetz um die bulgarischen Grenzen

Verbindung dieser Art mit Rumänien herstellt und beiderseits nur Stichbahnen an die Donau führen. Kaum anders waren bisher die Bahnverbindungen zwischen Jugoslawien und Rumänien. Bevor die Bahnbrücke zwischen Belgrad und seinem Vorort nördlich der Donau, Patschewo, in dem viele Deutsche wohnen, eröffnet wurde (gebaut wurde sie von deutschen Firmen), die jetzt wenigstens eine Bahnstrecke Belgrad—Werschetz(Vrschac)—Temeschburg(Timisoara) herstellt, war der vielstündige große Umweg über Neusatz(Novi Sad)—Maria Theresienstadt (Subo-

tica)—Temeschburg nötig, mit Überschreitung der Sawe, Donau und Theiß. Erst im April wird der Grundstein zu einer Eisenbahnbrücke über die Donau bei Turn Severin gelegt werden, die dann einen Bahnanschluß über Negotin nach Zajetschar und Nisch erhält und damit, so sonderbar es klingen mag, auch Bulgarien und Rumänien näher aneinanderrückt. Schon diese kurzen Hinweise genügen, um ein Bild davon zu geben, daß im Südosten mit ganz anderen Maßstäben gerechnet werden muß. 500 Jahre Herrschaft der alten Türkei lassen sich noch nicht in 25 Jahren vollkommen ausräumen; die Aufgaben reichen auf fast allen Gebieten noch für Geschlechter aus.

Um die Jahreswende wurde auch der Versuch gemacht, die kroatische Frage in Fluß zu bringen. Der Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch hatte in einem Landhaus an der Grenze zwischen kroatischem und slowenischem Stammesgebiet (nicht in einem Ort zwischen Serbien und Kroatien, und das ist nicht ohne Bedeutung!) eine Zusammenkunft mit dem Kroatenführer Dr. Matschek. Über eine erste Fühlungnahme ist diese Aussprache nicht hinausgekommen, aber schon die Tatsache ihres Zustandekommens wurde damals günstig beurteilt. Matschek ist für die Kroaten kein Parteiführer, sondern Volksführer, und das ist seine Stärke. Seine Stellung ist darin ungefähr mit der von Konrad Henlein zu vergleichen, mit dem Unterschied freilich, daß es sich nicht um zwei ganz verschiedene Völker, wie Tschechen und Deutsche, handelt, sondern um zwei Glieder ein und derselben Völkerfamilie. Die Anhängerschaft Matscheks umfaßt sehr verschiedenartige Bestandteile, sie greift über bis in klerikale Kreise einerseits, Linksgruppen andererseits. Sie kann wohl als fester Block zur Erreichung des jetzt gesteckten Zieles der Bereinigung mit den Serben in Rechnung gesetzt werden, wie weit sie aber später beisammenbleiben wird, ob die Neigung der Kroaten zur Politik sie nicht in ein Parteiwesen alter Art aufspalten wird, sobald sie das angestrebte Eigenleben erkämpft haben, das kann niemand voraussagen, und darin liegt nun wieder eine Schwäche in der Stellung Matscheks. Die Empfindlichkeit und Erregbarkeit der Kroaten ist heute noch sehr groß, sie glauben oft, mißverstanden zu werden, und so ist es doppelt schwer, klar zu erkennen, welchen Ausgangspunkt sie wählen wollen. Zeitungs- und Zeitschriftenstimmen, Parlamentsreden, noch so viele persönliche Gespräche können das Bild nicht lückenlos machen. Klar ist es, daß die führenden Kroaten sich eine Vorstellung machen müssen, wie ungefähr der angestrebte staatsrechtliche Zustand aussehen soll, wie ferner das Verhältnis zu einer gemeinsamen Zentrale, wie die Verwaltungseinteilung und die Handhabung der Selbstverwaltung (diese im weiteren Sinne aufgefaßt). Aber nicht sehr klar ist für den Beobachter, an welchem Punkt nun angefangen werden soll. Sollen zunächst alle Kroaten gebietlich gesammelt werden oder geht der Wunsch zuerst nach einer Wiederherstellung der alten Grenzen Kroatiens und Slawoniens, und wenn ja, mit oder ohne anfängliche Einbeziehung Dalmatiens, das die kroatischen Belange besonders entschieden wahrnimmt? Soll die gegenwärtige Staatseinteilung in Banschaften, von



denen zwei, Sawe und Küstenland, rein kroatisch bewohnt sind, praktischer Ausgangspunkt oder vorher beseitigt sein, und wenn ja, in welcher Form? Ist daran gedacht, daß keine Verwaltung bei einer Beseitigung gegenwärtiger Einrichtungen ein Vakuum eintreten lassen kann? Oder soll zu Anfang die Verhandlung „von Volk zu Volk“, also außerparlamentarisch und außerhalb der begrenzten Möglichkeiten des Verfassungslebens, stattfinden und sich ein Ausgleich anschließen und dann erst die Gebietsfrage im einzelnen geregelt werden? So viele Fragen, so viele Möglichkeiten. Selbst das bloße Referat, das jeden Schein einer Einmischung vermeidet, wird allzu leicht als Entscheidung in dem einen oder anderen Sinn gewertet.

Ein Blick auf die gewordenen Zustände erklärt die Schwierigkeiten einer Lösung. Das Volk der Kroaten bewohnt die Landschaften Kroatien, Slawonien, zum Teil noch Syrmien, Teile Nordwestbosniens, Mitteldalmatien bis etwas südlich von Dubrovnik (Ragusa) und die dalmatinischen Inseln. Dazu kommen, räumlich in Zusammenhang mit den Kroaten des jugoslawischen Staates, aber außerhalb seiner Grenzen, die Kroaten in Fiume, Istrien und der Julischen Mark auf italienischem Staatsgebiet, die mit den dortigen Slowenen zusammen mindestens 400 000 Köpfe umfassen und teilweise auf 550 000 bis 600 000 geschätzt werden. Inselartig und getrennt vom geschlossenen Stammesgebiet sind die 40 151 Kroaten im österreichischen Burgenland (Zählung 1934) und einige Kroatendörfer in Mähren, die alle während der Türkenkriege angesiedelt worden und ursprünglich Flüchtlinge waren. Der Staat der Kroaten befand sich in seinen Anfängen (ab 900) an der Meeresküste und in ihrem nächsten Hinterland, wo Biograd, Knin und andere Orte Residenzen der ersten Könige aus kroatischem Geschlecht waren, die die Gaue und Gauherrscher zusammenfaßten. Deshalb ist auch die geistige Verbindung Dalmatiens mit dem heutigen Kroatien besonders eng und das Kroatentum Dalmatiens ganz stark ausgeprägt. Der Schwerpunkt Kroatiens hat sich erst später nach innen verlegt, Agram, heute der Mittelpunkt des Kroatentums, war Anfang des 19. Jahrhunderts noch eine kleine Provinzstadt mit nicht mehr als 8000 Einwohnern, wenngleich schon Standort der politischen und militärischen Einrichtungen. Kroatien ist dann nach dem Aussterben seines Königshauses 1102 durch eigenen Beschluß in jene Verbindung mit Ungarn getreten, die bis 1918 dauerte; es war eine Union unter Wahrung der nationalen Selbständigkeit, und sie war verständlich aus dem Charakter des mittelalterlichen Völkerstaates, der Ungarn war; darin ist auch begründet, daß die Wandlung Ungarns zum madjarischen und madjarisierenden Nationalstaat im 19. Jahrhundert das 750jährige Verhältnis lockerte, ja in Gegnerschaft umwandelte, da trotz des Ausgleiches von 1868 zwischen Ungarn und Kroatien, der dem zwischen Ungarn und Österreich von 1867 folgte und zwischen Ungarn und den Königreichen Kroatien und Slawonien ein Unionsverhältnis festlegte, der Kurs Ungarns die gesetzlich vereinbarten Beziehungen immer mehr aushöhlte. Die Kroaten Dalmatiens und der Inseln gerieten seit Beginn des 15. Jahrhunderts,



- Makedo-Südslawen
- Stammesgebiet der Kroaten (geschlossenes und gemischtes)
- Albaner
- Madjaren

Die völkische Gliederung Jugoslawiens



- Historisches Dalmatien
- Republik Ragusa
- „Österr.“ (Venez.) Albanien
- Militärgrenze (innerhalb Kroatien-Slawonien) 1535 bis 1872 (Umfang wechselnd)
- Verlorene kroatische Länderteile
- Zurückeroberte kroatische Länderteile

Zur Kroatienfrage. Dreieiniges Königreich nach kroatischem Staatsrecht: (historisches) Dalmatien, Kroatien, Slawonien

als Ungarns Macht im Sinken und die Venedigs im Wachsen war, unter die Herrschaft der Republik des Heiligen Markus, sie wahrten jedoch ihr Volkstum und wurden im 19. Jahrhundert ebenso zu Kündern der nationalen Einigung wie die Kroaten im Königreich, die übrigens, seit sie 1527 den bereits zum König von Böhmen und von Ungarn gewählten Habsburger Ferdinand (Kaiser 1556—1564) auch zu ihrem König wählten, bis ins 19. Jahrhundert unter einer Zweiteilung lebten, da aus Provinzial-Kroatien die Militärgrenze herausgeschnitten war, die sich durch Zurückeroberungen aus türkisch gewordenem Gebiet, so der Lika und Krbawa ab 1687, mehrmals erweiterte und östlich in einem an der Sawa gelegenen Streifen Slawoniens bis Peterwardein und noch darüber hinaus bis vor die Mauern Belgrads (Semlin!) reichte. Erwähnt muß werden, daß Ragusa und sein Gebiet zwar niemals einem Staat Kroatien angehört haben, sondern ein Eigenleben führten, völkisch und kulturell aber rein kroatisch sind. Die Verwaltungskunst Österreichs hielt es für passend, von den Südslawen die katholischen als Kroaten zu betrachten, die griechisch-orthodoxen Serben zu nennen, eine Teilung, die ungenau, aber berechnet war und es ermöglichen sollte, beide Teile der Südslawen gegeneinander auszuspielen. Es ist auch heute sehr schwierig, genau zu sagen, wo „die Kroaten“ aufhören und „die Serben“ anfangen, es gibt auch Gegenden, wo beide durcheinander wohnen.

Das sind, von allen anderen Unterschieden abgesehen, wie getrennter Geschichte, Kulturzugehörigkeit, Schrift, schon allein die Gebietsfragen, die Kopfzerbrechen machen. Nachdem ab 1919 der jugoslawische Gesamtstaat, zu dem sich die Kroaten aus freiem Entschluß mit den Serben zusammengeschlossen haben, worauf sie stets verweisen, in 33 Bezirke, den Departements ähnlich, eingeteilt worden war, brachte die Königsdiktatur von 1929 eine Neueinteilung in Banschaften; davon umfaßt die Banschaft Sawe ungefähr das frühere Kroatien-Slawonien mit 2,7 Millionen Bevölkerung, Küstenland mit der Hauptstadt Split Mitteldalmatien mit 900 000 Einwohnern. Der staatsrechtliche Begriff des „Dreieinigten Königreiches Dalmatien, Kroatien und Slawonien“, um dessen Herstellung sich Habsburg 1868 herumdrückte, indem es Dalmatien zu Österreich schlug, ist aber so fest im Volksbewußtsein verwurzelt, daß sich viele Leute einen Ausgleich mit den Serben schwer denken können, bevor nicht die gebietliche Vereinigung aller im Königreich wohnenden Kroaten durchgeführt und damit ein Ausgangspunkt gewonnen ist. Es ist schwer zu übersehen, ob daraus eine Frage ersten oder zweiten Ranges werden kann; denn ebenso wichtig wird der Finanzausgleich werden, die Verteilung der Staatseinkünfte und -ausgaben auf die Zentrale und die Teile, und ebenso ist unklar die Form eines künftigen neugeordneten Staates, vor allem, ob er ein Bundesstaat sein soll. Matschek hat wiederholt, noch im März in Wien, erklärt: seine Anhänger erstreben den „unabhängigen kroatischen Staat“.

Bis zu einer vorläufigen Regelung der kroatischen Frage wird also noch viel Zeit vergehen. Es ist viel zu klären, mancher Gegensatz auszuräumen, die Wirkung mancher Maßnahme abzuwarten, da eine Generation nachwächst, die die Kämpfe der Väter vor 1918 nicht mehr miterlebt, aber dafür im Wehrdienst andere Teile des jugoslawischen Staates kennengelernt hat. Ist der Ausgleich aber einmal zustande gekommen, so wird zweifellos das Gewicht des Staates in der Südostpolitik noch deutlicher fühlbar werden.

Schon heute sind die Wirkungen der sich anbahnenden neuen Entwicklung zu spüren. Gegen die Verständigung Belgrad-Sofia hat sich nichts einwenden lassen, da sie sehr klug eine Festlegung auf Einzelheiten vermied und die Bezugnahme auf vorhergehende und bestehende Verträge und auf den Friedenswillen der Auslegung den Weg vorschrieb. Es wäre verfehlt, schon jetzt weitgehende Folgerungen zu ziehen, eine Lockerung des Balkanbundes vorauszusagen, einen „Südslawenblock“ von der Adria bis zum Schwarzen Meer als feste Achse Südosteuropas kommen zu sehen. Aber es kann kein Zweifel sein, daß ein Jugoslawien, das sich nach beiden Seiten hin Deckung verschafft hat und die Hände frei behält, einem befreundeten Bulgarien nötigenfalls auch Hilfestellung leisten kann. Auch damit ist noch nicht gesagt, daß in absehbarer Zeit mit einer Aufrollung der Dobrudscha-Frage und der eines Ausgangs zum Ägäischen Meer von bulgarischer Seite her zu rechnen wäre, ebenso wie der nur bedingt vorhanden gewesene Drang Jugoslawiens



den Wardar abwärts mit der Einräumung der Freizone in Saloniki 1925 befriedigt wurde und dieser Teil der Bewegungen auf dem Balkan damit als erledigt gelten kann. Die Wirkung des Abkommens Belgrad-Sofia besteht vielmehr darin, daß für friedliche Verhandlungen auch über heikle Fragen künftig ein Vorbild gegeben ist und daß bei einem Fortbestehen des guten Verhältnisses die benachbarten Staaten vor Entscheidungen über ihre Stellungnahme gestellt werden könnten.

Rumänien kann in diese Lage kommen. Es beobachtet jetzt die günstige Aufnahme der Belgrader Verständigung in Budapest und sieht, daß sich die Beziehungen auch zwischen Ungarn und Jugoslawien zu bessern scheinen. Die Kleine Entente wird vor allem durch den Gegensatz zu Ungarn zusammengehalten und hat aus diesem Grund auch die Ablehnung jedes Habsburger Experiments mit allen Mitteln zum wichtigsten gemeinsamen Programmpunkt gemacht. Aber von ihren drei Staaten hat Jugoslawien noch am ehesten die Möglichkeit, sich mit Ungarn auseinanderzusetzen. Es hat im Vertrag von Trianon außer einem Randstreifen im Südwesten Ungarns, dem Drau-Mur-Winkel, den Südtail des Drau-Donau-Winkels, der Baranya, dann den Hauptteil der Batschka zwischen Donau und Theiß und einen Teil des Banats erhalten, wovon die Batschka viel madjarische Bevölkerung, etwa 400 000 bis 500 000, das Banat aber starke serbische und deutsche Besiedelung enthielt. Das Banat war durch die deutschen Siege Prinz Eugens zurückgewonnen, mit Deutschen aus dem Reich und mit geflüchteten Serben, zu den ansässig gewesenem hinzu, besiedelt und erst 1778 an Ungarn überlassen, bis dahin aber getrennt von diesem verwaltet worden. Neusatz (Novi Sad) wurde nicht nur deutscher Kulturmittelpunkt, sondern auch serbischer und spielt in der serbischen Geistes- und Kulturgeschichte eine große Rolle. Insofern liegen hier also die Verhältnisse für Ungarn etwas anders als gegenüber Rumänien und der Tschechoslowakei und wenngleich die Abtrennung in allen Fällen schmerzlich empfunden wurde, so sind doch die Möglichkeiten einer annehmbaren Verständigung, zu denen die Verwaltungspraxis manches beitragen kann und in letzter Zeit auch beigetragen haben soll, um eine Kleinigkeit besser. Eine Milderung der Gegensätze scheint sich schon im gedämpfteren Ton der Auseinandersetzungen auszudrücken, und der Abstand zu der Erregung von Ende 1934, nach dem Königsmord von Marseille, ist beachtenswert groß. Das bleibt in Rumänien nicht unbemerkt.

Rumänien kann nicht daran vorbegehen, daß sich in seinem Süden und Westen Vorgänge abspielen, die eine Beruhigung mit sich bringen können. Es bemerkt auch, daß dem Bolschewismus durch solche Verständigungsarbeit der Boden entzogen wird, so daß seine Aussichten, sich über Rumänien her nach Südost- und vielleicht Mitteleuropa einzuschleichen, verschlechtert werden. Die Handlungen der rumänischen Politik in den letzten Monaten deuten darauf hin, daß es keineswegs der Wunsch Rumäniens ist, sich in die Zange nehmen zu lassen, sondern daß seine Entscheidung für den Anschluß an die Ausgleichspolitik bevorsteht.

**ALBRECHT HAUSHOFER:****Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Während sich in London die Straßen mit Gerüsten füllen, um für die vielen Tausende von Schaulustigen der „Coronation“ Raum zu schaffen, richtet sich in Whitehall das Büro der Nichteinmischungs-Konferenz für lange Dauer ein. Der Versuch, die Einschließung Madrids von Nordosten her zu erzwingen, ist nach ersten Erfolgen nicht nur steckengeblieben, sondern zurückgeschlagen worden. Die Linien laufen wie vor einem Monat näher an Sigüenza als an Guadalajara; und von dem Geländegewinn der ersten Märztag ist nicht viel geblieben. Ein solcher Rückschlag braucht militärisch nicht allzuviel zu bedeuten; die politischen Fernwirkungen sind sowohl innerhalb wie außerhalb Spaniens bedeutender. Franco stand bisher in dem Ruf, keine Quadratmeile gewonnenen Bodens wieder aufzugeben zu haben; und es ist ein zweifelhafter Trost, wenn im nationalen Spanien darauf hingewiesen werden kann, daß der negative Erfolg von Guadalajara in erster Linie nicht auf spanische Einheiten, sondern auf italienische Freiwillige zurückzuführen sei. Außerhalb Spaniens — vor allem in Frankreich und England — begegnet man entsprechenden Betrachtungen: Es habe sich doch nun erwiesen, daß zwischen der Anwendung einer riesigen technischen Übermacht gegen schlechtbewaffnete Afrikaner und dem Kampf gegen Europäer — selbst wenn es nur marxistische Emigranten seien — gewisse Unterschiede bestünden; es sei — von Agnadello über Custoza bis Karfreit — noch immer die Aufgabe der italienischen Politik gewesen, aus militärischen Mißerfolgen einen Sieg zu machen. Die scharfe Wendung der italienischen Politik in der offiziellen Behandlung der Freiwilligenfrage (durch die Äußerungen Grandis in London klargeworden), wird in London und Paris in solchen Zusammenhängen gesehen und gewertet.

Eines muß jedenfalls festgehalten werden: Die ganze Politik der „Nichteinmischung“ ruht auf einer sehr fragwürdigen Unterlage. Jede starke Veränderung der Kampfplage in Spanien selbst kann dazu führen, daß sie offen oder versteckt wieder aufgegeben werden muß. Vor allem jede plötzliche Veränderung! Die Zahl der Freiwilligen oder „Freiwilligen“ in Spanien ist auf beiden Seiten so groß, daß nicht nur spanisches Prestige auf dem Spiel steht, wenn an irgendeiner Stelle aus dem Rückzug eine Flucht wird. So ist weiterhin mit einer langen Dauer des spanischen Bürgerkriegs (und internationalen Großmanövers) in Spanien zu rechnen. Dabei tritt die Verschiedenartigkeit der kämpfenden Einheiten immer mehr zutage. Die Spanier wollen ihren Bürgerkrieg auf spanisch führen — d. h. so, wie man im 18. Jahrhundert, z. T. noch früher, in Europa Krieg führte. Die Helfer auf beiden Seiten haben andere Vorstellungen; das Ergebnis könnte sein, daß vielleicht das

einziges Gefühl, in dem sich die spanische Nation am Ende des Konflikts einig sein dürfte, ein gesteigerter Fremdenhaß sein wird. Und Spanien ist denn doch zu groß (und zu europäisch), um unter den heutigen labilen Verhältnissen Europas von außen her in Ruhe verspeist oder gar verdaut zu werden. Barcelona ist nicht Tiflis und Valencia nicht Addis Abeba!

Wir haben schon in früheren Berichten auf die Rückwirkungen der spanischen Ereignisse in Nordafrika hingewiesen. Wir haben Anlaß, daran zu erinnern. Die Übertragung von Volksfront-Methoden auf die „gleichberechtigten farbigen Franzosen“ Nordafrikas (mit Fabrikbesetzungen durch die Eingeborenen in Tunis) stellt die Grundlagen der bisherigen Kolonialverwaltung in Frage. Und Afrika hat ein langes Gedächtnis. Es erinnert sich daran, daß „das Schwert des Islam“ von mehr als einer christlichen Macht geschwungen wurde — mit wechselndem Erfolg. Die Welt des Islam hat gelernt, daß ihr zuweilen eine Auswahl von Schwertern geboten wird. Das sind die Zeiten, in denen auch der Waffenlose Bedeutung gewinnt. Und wenn sich die öffentliche Meinung Englands über die Vorgänge in Addis Abeba nach dem Attentat auf Graziani erregt, dann vergißt sie dabei den Vorteil, den die englische Stellung in Afrika und Asien aus diesen Vorgängen zieht. Jeder schuldlos totesgeschlagene Abessinier — und es waren etliche Tausend — führt Millionen von „Natives“ von Kapstadt bis Kairo und von Kairo bis Kalkutta vor, wie sehr die englische Herrschaft jeder anderen Fremdherrschaft vorzuziehen sei. Nicht einmal Palästina ist von dieser beruhigenden Einwirkung ausgenommen.

Der Bericht der Palästina-Kommission ist noch immer nicht fertig (die Kommission hatte Weisung, sich nicht zu beeilen); aber es läßt sich wohl schon sagen, daß keine einheitliche Gesamtlösung für das ganze Land gefunden werden wird. Es sieht so aus, als ob unter der Bezeichnung einer „Dreiteilung“ eine völlige territoriale Zersplitterung empfohlen werden würde, die — mit erheblichen Selbstverwaltungsrechten — gewisse Gebiete für alle jüdische Einwanderung sperrt (arabische Reserven), andere Gebiete völlig in die Hand der Juden gibt und das kleinste (militärisch und politisch aber wichtigste) Drittel der unmittelbaren britischen Verwaltung vorbehält. Das wäre eine Lösung nach den besten Vorschriften des alten „Divide et impera“; zugleich die des geringsten Widerstandes. „Dauerlösungen gibt es nicht“, spricht die Erfahrung eines Weltreichs aus einem ihrer klügsten Träger...

Das gilt besonders, wo es sich um das unvermeidbare Zusammen- und Nebeneinanderleben verschiedener Völker, Religionen und Rassen in einem Raum handelt. Bei der Behandlung von Kolonialproblemen wird oft nach einer „endgültigen“ Stellungnahme zu kolonialen Rassenfragen geforscht. Da ist es gut, zu wissen, wie verschieden die Eingeborenenpolitik allein im britischen Reichsgebiet gehandhabt wird. Die Gegensätze darin zwischen West-, Ost- und Südafrika, innerhalb Ostafrikas zwischen Kenya und Uganda, innerhalb Südafrikas zwischen den Protektorat und der Union, innerhalb der Union zwischen Briten und Buren, sind be-



kannt. Jetzt droht sogar innerhalb der Regierung Hertzog ein Auseinanderbrechen wegen eines Rassengesetzes, dessentwegen die beiden fähigsten und tatkräftigsten der jüngeren Minister, Pirow und Hofmeyr, in einen scharfen Konflikt geraten sind. Solange rassische und soziale Schichtung übereinstimmen, sind die Probleme noch einfach. Wenn es erst einmal in einem Land weißer Kolonialherrschaft schwarze Millionäre und weiße Tagelöhner gibt, dann begreift man, daß Ministerien darüber auseinanderbrechen. An dieser Frage scheiden sich die Geister; alle christlichen und humanitären Formeln werden hier auf ihren Ehrlichkeitsgehalt geprüft...

Das größte aller Experimentierfelder aber bleibt Indien!

Fragen der Reichsverteidigung stehen — vor und hinter der Krönung — im Mittelpunkt der britischen Erwägungen. Die Reihenfolge derer, die man für gefährlich hält, hat in der Vergangenheit mehrfach gewechselt. Hat man England im Frühjahr 1937 besucht, so kommt man nicht um die Feststellung herum, daß weder Italien noch Japan (noch gar die Sowjetunion!) für „public enemy Nr. 1“ gehalten werden. Man starrt wieder über die Nordsee und bemüht sich, den König von Belgien, der für sein Land die völlige Unabhängigkeit zu erreichen sucht, wenigstens dahin zu verpflichten, daß ein überraschender Flugüberfall auf England schon von der belgischen Ostgrenze gemeldet werden müsse. Doch man beschränkt sich nicht auf die politische Defensive. Wirtschaftspolitische Ereignisse in Skandinavien, seltsame Vorgänge im Dreieck Wien—Budapest—Prag beweisen, daß die britische Politik des Mißtrauens allmählich Wege geht, die stark an die Wege Barthous erinnern. Der wesentliche Unterschied ist nur der, daß man in England das Mittel der Wirtschaftsdiplomatie besser beherrscht als in Frankreich. Frankreich hat mit Rüstungsanleihen gearbeitet — England schließt Monopolverträge für Lieferungen von Erz und bemüht sich darum, die Erzversorgung anderer schon im Frieden zu drosseln.

Frankreich ist mit den finanziellen Folgen seiner Innenpolitik (und mit Spanien) voll beschäftigt; so hat es nicht versucht, den Ausgleich zwischen Rom und Belgrad so zu hemmen, wie man es — in ironischer Umkehrung der Barthouschen Politik — gerne versucht hätte. Südslawien hat sich — ebenso wie Polen — im Lauf einiger Jahre zu immer größerer außenpolitischer Selbständigkeit und Aktivität entwickelt. In beiden Ländern sind es lediglich gewisse Zweifel an der inneren Stabilität (in Südslawien mehr regional, in Polen mehr sozial begründet), die den Glauben an ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege vielleicht etwas einschränken. Die außenpolitische Stellung der Tschechoslowakei hat sich seit einigen Jahren dauernd verschlechtert; es ist kaum zu erwarten, daß sie sich bessern wird, solange man in Prag der Meinung ist, daß man das innenpolitische System von 1918/19 — mit einigen Verbesserungen der Fassade — zugleich mit dem Russenpakt werde festhalten können. Aus Wien und Budapest verzeichnen wir seltsame Schwankungen: Wenn Herr v. Wiesner schon kein Verständnis dafür hat, daß habsburgische Erb-

folgekriege kein Segen für Europa sind, dann sollte man solches Verständnis an anderen Stellen erwarten!

Sieht man von außen auf Europa, dann verläßt einen der Vergleich mit der griechischen Staatenwelt des römisch-parthischen Zeitalters nicht: Ererbter Streit auf zu klein gewordenem Raum — eine böse Zukunftsaussicht!

Wie anders sieht es in den überseeischen Gebieten aus! Gewiß: trotz schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs der großen Rohstoffländer fehlt es nicht an sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, an manchen Stellen auch nicht an rasischen Gegensätzen. Aber in ganz Amerika fehlt das unversöhnliche Mißtrauen allzu naher Nachbarn, fehlt der Wettlauf militärischer Drohung und militärischer Angst. So entfernt sich die Neue Welt immer weiter von der Alten. Handelt es sich hier um den Versuch, auf kleinem Raum, mit den ganzen Mitteln und den ganzen Belastungen des technischen Zeitalters die Hoheit von zwanzig Souveränitäten politisch, militärisch und wirtschaftlich aufrechtzuerhalten, so handelt es sich westlich des Atlantik um den — gewiß nicht krisenlosen! — Aufbau neuer Ordnungen in einer jungen kolonialen Welt. Es ist begreiflich, daß Amerika unter der Führung von USA. — trotz gegenteiliger Wünsche eines weitschauenden Mannes im Weißen Haus — immer tiefer in die Isolierung gleitet. Man wird rüsten — gewiß! Man wird die Flottenparität mit England (nicht aus Rivalität, sondern zum Zweck gemeinsamer Überlegenheit über alles andere!) nicht wieder aufgeben; aber man wird das kontinentale Europa jedem von ihm heraufbeschworenen Schicksal überlassen.

### KARL HAUSHOFER:

#### Bericht über den indopazifischen Raum

Gewiß wird es niemand weltüber als bestellte mitteleuropäische Arbeit anprangern dürfen, wenn „La Union“, Valparaiso, das Wesen des Ertrags des letzten Jahres so zusammenfaßt: „Mit dem Sieg Italiens erhielt der Völkerbund einen Schlag, von dem er sich heute noch nicht erholt hat und vielleicht niemals erholen wird, und Großbritannien mußte die neue Machtstellung Italiens im Mittelmeer anerkennen, während sich für Deutschland, Italien und die übrigen revisionistischen Nationen eine neue Periode ihrer Geschichte eröffnete.“

In dieser Form brandet das Jahresergebnis in Äthiopien vom äußersten Westende des Indopazifischen Raums an seine chilenischen Ostufer und findet seinen Widerhall nach Mitteleuropa durch unsern Zeitschriften-Kameraden in Santiago: den „Westküstenbeobachter“ (14. 1. 1937, S. 45 ff.), der seinem Namen Ehre macht durch gelegentliche umsichtige Auswahl kennzeichnender chilenischer und anderer pazifisch-südamerikanischer Pressestimmen und damit eine auslanddeutsche Wächterpflicht erfüllt.

Übrigens hat sich Chile mit einer scharfen Gesetzgebung zugunsten der Erweiterung der Staatsmacht gegen den Kommunismus mit Betonung in die Reihe der Hüter der Ordnung gestellt, unter denen es einst als „Südamerikas Preußen“ eine hervorragende Stellung einnahm.

Sein diagonalen pazifischer Gegenspieler Japan hat im Spätwinter seine mini-steriellen Bekleidungsstücke gewechselt und wesentlich schärfere und schrillere Saiten auf sein Spiel gezogen. Japanische Freunde sprechen von 1937 als einem Jahr, das „höchste Anstrengungen“ von ihrem Reich fordere; mindestens der Wehretat sieht allerdings danach aus, als ob man sich dieser Anstrengungen bewußt wäre. Auf China lastet noch die Nachwirkung des tückischen Streichs („crime“) von Sianfu und der ihm folgenden kommunistischen Wirren im Nordwesten, die den ganzen Achtungserfolg der Wiedergewinnung des Südens für die Gleichgewichtslage des Reiches fast aufgezehrt und ausgewogen haben.

Recht zeitgemäß brachte das „China Journal“ (abgekürzt auch „North China Herald“, 1937, S. 89) eine Beleuchtung der Rolle von Sianfu in der chinesischen Geschichte. Darin war es als Chingan schon Hauptstadt von 206—194 v. Chr. unter dem Han-Kaiser Kao-Ti, dann wieder von 620 bis 627 n. Chr. unter dem Tang-Kaiser Kao-Tsu und birgt das Grab des Gewaltherrschers Shih Huang-ti- der die

Große Mauer baute und den größten Teil der chinesischen Literaten und Philologen, als ein Hauptübel seines Reiches, töten und ihre Bücher verbrennen ließ (255 bis 206 v. Chr.).

Sianfu war die letzte Zuflucht der Kaiserin-Regentin 1900; und in der alten Tempelrast des Hua-Ching-Ssu, die so vielen Kaisern gedient hatte, mußte auch Chiang Kai-shek seine schweren Entschlüsse wägen. Heute ist, wie die Spottzeichnung kundgibt, die alte mauerumwehrte und turmgekrönte Stadt wieder zu einem Rätsel für die Nankingregierung geworden. Taiyuan, Lanchau — die Hauptstädte von Schensi und Kansu, das wichtige Pingliang, 250 Kilometer nordwestlich von Sianfu, sind von den angeblich in fünf A.K. gegliederten Roten bedroht. Der geopolitische Eindruck ist, daß die beiden großen Nordwestländer mit 632 100 Quadratkilometer und 16—18 Millionen Einwohnern in vollem Aufruhr und Durcheinander sind, daß sie aus dem Sowjethinterland an Kriegsmaterial erhalten, was sich auf Karawanenwegen durch Lastkraftwagen zuführen läßt, und das Spiel der Kommunistenbekämpfung von vorn beginnen muß.

Bei Tungkwan an der Hwangho-Ostbiegung beginnen die berühmten „Pässe“, die





einst, als das Schwergewicht im Norden lag, eine Schicksalslandschaft Chinas waren.

Ein Glück, daß die Vereinigten Staaten zuviel mit sich selbst zu tun haben, um störend im Fernen Osten einzugreifen. Das beweist am besten Bruno Laskers Auszug aus der January Booklist (American Library Association, Chicago 1937), die deutlich erhöhtes Einsichtstreben, aber auch Scheu vor Einmischung in fernöstliche Wirren, eine Ernüchterung gegenüber der Alarmliteratur von 1935 zu verraten scheint. Geschichte, Diplomatisches, Wirtschaft tritt in den Vordergrund; Headline-Bücher fallen zurück.

Aus den Indopazifischen Randgebieten sind handelsfriedliche Vorgänge von geopolitischer Tragweite zu melden: Beilegung des Handelskrieges zwischen Australien und Japan — wo überflüssige Spannungen jeder Art möglichst vermieden bleiben sollten, da die unvermeidlichen schon groß genug sind und eingehende Versuche über Verlagerung des japanischen Wollbezugsgebietes nach Nordasien veranlaßt haben; Steigerung des deutschen Verkehrs mit Südafrika — Tonnensprünge 1933: 206 000; 1934: 263 000; 1935: 427 000 nach Minister Havenga, beim festlichen Empfang des neuen deutschen Frachtdampfers „Pretoria“ in Kapstadt; Südafrikanische Ausfuhr nach Deutschland in £: 1933: 2,050 Mill.; 1934: 2,017; 1935: 3,795 Mill. £ — (Deutsch-Afrikaner, Pretoria; 27. 1. 1937).

Als Schattenseite wird dort die starke, städtische ostjüdische Einwanderung empfunden — (konjunkturwechselnd zwischen rund 1900 und 676 im letzten Jahrzehnt). Auch Südafrika mit zwei Dritteln der weißen Einwohnerzahl in Städten brachte ländlichen weißen, rassenverwandten Zustrom aus den Nord- und Ostseerändern, die aber selbst größtenteils an Geburtenfreudigkeit zurückfallen, so daß England bereits der Zeitpunkt vorgerechnet wird, wo es nur noch fünf Millionen Engländer geben wird.

In Südafrika werfen Wahlen scharfe Schatten voraus, so daß eine Reihe von Fragen, die sonst vertuscht werden, durch diese Schatten erkennbar sind.

Auch für Indien sind — neben J. Nehrus persönlichem Führer-Erfolg — manche geopolitische Grundspalten durch die grellen Schlagzeilenlichter und die tiefen Anschwärmungsschatten des Wahlkampfes um die vordringende Kongreßpartei, die Haltung der Islamanhänger, die Ländergegensätze („Communalism“) deutlicher zu erkennen als sonst. So wirkte z. B. der Redekampf zwischen Jinnah und Bhai Parmanand, dem vorgeworfen worden war, er strebe unter dem Deckmäntelchen wahrer Demokratie nur „Hindu-Raj“ an: einseitige Hinduherrschaft bei Erdrücken von Persönlichkeitswert durch Wählermasse (Amrita Basar Patrika; 27. 1. 1937, S. 10). Das ist natürlich im Grunde wahr; und die 80 Millionen Islamanhänger wissen es genau, ebenso wie die andern Minderheiten, Sikhs z. B. Die

Wiederkehr des Unabhängigkeitstags an der Jahreswende bot Gelegenheit zur Flaggenentfaltung, mit Überbrückung der Gegensätze.

Ungleich zeitgemäßer, als Wang Ching-wei — („Chinas unshaken faith in democratic ideals“, The Peoples Tribune, 1. 2. 1937, Nr. 2) beschäftigt sich Sun-Yat-sens Sohn Sun Fo mit „China's Problem of National Survival“.

Es ist immer schlimm, wenn ein durch vier Jahrtausende sich im wesentlichen selbst bestimmendes Volk fragen muß, wie es als Volkheit weiterleben kann.

„Seit dem Zwischenfall in Mukden von 1931 hat unser östlicher Nachbar, verzehrt von einem Verlangen nach territorialer Vergrößerung, mit Kraft und List versucht, Hopei, Shantung, Shansi, Chahar und Suiyüan dem bereits Gewonnenen — (Mandschurei mit Jehol) — hinzuzufügen, und das Schicksal dieser fünf unabtrennbaren Länder Chinas ist nun mit drängendem Unheil bedroht.“ — Hier ist vergessen, zu erwähnen, daß sich ja Shensi und Kansu augenblicklich den Roten in die Arme geworfen haben; und abschreckend erscheint vor dem uralten Sianfu im chinesischen Spottbild das Gespenst von Madrid und warnt die fern-östliche Schwester, die an sich eine um mehr als zweitausend Jahre ältere Hauptstadtpraxis hat, und öfter erfuhr, was Plünderung und Vernichtung für Stadtschicksale bedeutet.



"DON'T DO IT, SISTER!"

By SAPAÏOU

Sun Fo faßt seine Tröstungen in fünf Punkte, die höchst lesenswert im einzelnen sind. Der erste beginnt: „Wir müssen die Zuversicht in unsre Fähigkeit des Überlebens als Rasse wiedergewinnen.“ — (Sie war also nach dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers verloren!) — Zweitens „müsse das Gesamtvolk, nicht nur der Einzelne, sich zu einem gemeinsamen Glauben an nationale, völkische Erlösung und Rettung durchringen“. Dazu müßte man freilich ehrlich einem großen Führer folgen, statt ihm immer auf den Wegen der Demokratie Prügel zwischen die Beine zu werfen, statt die Schuld „bei fremder imperialistischer Unterdrückung und interner feudalistischer Autokratie“ zu suchen, was deutlich aus der marxistischen Phraseologie übernommen ist.

Drittens „müsse Feindseligkeit gegen die Regierung aufhören“. Aber was geschieht, wenn sie untereinander feindselig ist?

Viertens fordert Sun Fo einen klaren und starken Entschluß einer letzten Opferbereitschaft der ganzen Volkheit und begründet ihn mit dem alten chinesischen Volksspruch: „Kein Ei im Nest ist sicher, wenn über das Nest selber Unheil kommt“, und mit der Weisheit Yo Feis aus der Sung-Dynastie: „Wenn alle

Zivilbeamten ihre Geldgier ablegen und alle Heerführer keine Todesfurcht haben, wird Friede und Ordnung sicher vorherrschen.“

Befolgen wir den alten Angelsachsenspruch: „To face facts“, dann ist das China Sun Fo's allerdings noch weit von diesem Glückszustand entfernt!

Der fünfte Punkt ist in der „Tribune“ in der Feder geblieben. Wir haben redlich den Wesenszug der Ausführungen des Präsidenten des Gesetzgebenden Rats wiedergegeben, weil er die wunden Punkte sicher besser kennt als wir.

General Wu Te-chen, ein Mann von Einsicht und Wille, versucht etwas von den Schleiern zu lüften, die immer noch das merkwürdige Kompromiß von Sianfu umgeben, und stellt den Gangsterstreich als „Gedankenlosigkeit einiger durch die Propaganda radikaler Agitatoren verführter Leute“ hin. Sie hätten „die allgemeine Demoralisation der Nordwest-Truppen zur Bildung einer japanfeindlichen ‚Volksfront‘ und einem Abkommen mit den kommunistischen Banditen“ benutzt, damit nicht länger „Chinesen gegen Chinesen fechten“ sollten, sondern „Hand in Hand als Verbündete gegen die japanische Bedrängnis“.

„Aber beide, Radikale und Insurgenten verrechneten sich im Eindruck auf die öffentliche Meinung; und statt der erwarteten Erhebung überall im Lande, erlebten sie eine scharfe Abfuhr. Die Volkheit als Ganzes unterstützte kraftvoll ihre Regierung, und die öffentliche Meinung war einig in der Verurteilung der sinnlosen Sian-Revolve.“

„Das Schlagwort Volksfront ist nur politische Strategie der Dritten Internationale.“ Auch hier stützen wir uns auf den Wortlaut eines klugen und wohlunterrichteten Chinesen von Geltung und Rang, der seine Folgerung und Schlüsse zu ziehen weiß.

Es ist immer bedauerlich, wenn bei so labilem Gleichgewicht der Zustände, wie im Fernen Osten, eine bislang in ausgleichenden Grundzügen gehaltene Quelle, wie die „Pacific Affairs“, sichtlich unter Sowjeteinfluß gerät und infolgedessen mit Vorsicht gelesen werden muß.

Das tritt um so mehr hervor, als in der auch sonst gehaltvollen ersten Nummer der „Far Eastern Review“ (Shanghai) der gut beobachtende amerikanische Journalist Roy W. Howard dem Glauben ausdrücken konnte, „daß eine neue gesündere Ära japanisch-amerikanischer Beziehungen im Heraufdämmern sei“, und diese Ansicht mit treffenden Zeugnissen belegte. N. Pfeffer konstatiert mehr das kühle Zurückziehen der USA. auf sich selbst.

Wünscht Owen Lattimore dieses Heraufdämmern zu hemmen oder zu stören? Als die „Pacific Affairs“ ihren Sitz von Honolulu nach der Hudsonmündung verlegten, da fürchteten wir, daß ihnen dieser Wandel für den pazifischen Rundblick nicht gut bekommen würde. Ein Blick in die Märznummer (1, Bd. 10) zeigt leider, daß die Befürchtung nicht ganz grundlos ist, wenn auch Aufsätze, wie Freda Utley's „Population and Conquest“, oder „Soviet Submarines in the



Far East“ von Albert Parry und Alexander Kiralfy großen geopolitischen Wert haben. Freda Utleys's „Japans feet of Clay“ wird selbst in einem Heft, wo sie das große Wort führt, mit Recht „eine Quelle unglücklicher Fehlaffassungen“ genannt. Auch in ihren Anfängen waren — mitten im Pacific — die „Pacific Affairs“ eine Bühne mit sehr freiem Kräftespiel; aber ihre Grundrichtung ging auf Ausgleich; jetzt scheint die „Union of Democratic Control“, die Ressentimentpolitik der Emigranten größere Zügelfreiheit zu haben, als für den Ausgleich gut ist, so reizvoll wieder Wirklichkeit und Kritik von Willard Prices „Pacific Adventure“ dazwischensteht.

Für die latente prochinesische Stimmung der USA. im Zweifelsfall macht N. Pfeffer vor allem die Missionäre verantwortlich. Augenblicklich aber blase es kühl aus den USA. und sie würden praktisch im Fernen Osten lieber nichts tun und ihrerseits einen Strich unter „die vielen völkerpsychologischen Fehlurteile der Diplomaten, Staatsmänner und Presseleute“ auf beiden Seiten machen (Roy W. Howard).

An Professor Meckings gediegenes Werk über die „Japanischen Häfen“ oder die Arbeiten von Schepers oder Rosinski darf man nicht denken, wenn man in der „Far Eastern Review 1937, S. 11—21, Professor C. A. Middleton Smiths „Far Eastern Ports: Their future developments“ zur Hand nimmt. Aber einen großen geopolitischen Zug hat die Betrachtung. Sie weckt allerdings das Verlangen nach einer Arbeit im Stil Meckings, die sich auf die großen, dynamischen Hafenpforten des ganzen Fernen Ostens zu erstrecken hätte, mit Hinterlandskizzen, wie die chinesische auf S. 20, dem Haupteisenbahnnetz, wie es dort auf S. 21 gegenübersteht, und den ganzen größeren Fernostbereich von der Amurmündung bis Malakka- und Sundastraße umfassend.

Viel kommt dabei auf Anordnung der statistischen Zahlen an. Es ist z. B. bei einem Vergleich der Haupthafendynamik der Welt kaum angängig, Osaka und Kobe jedes einzeln den Themse- oder Elbehäfen gegenüberzustellen (S. 13). Nimmt man beide, den Schauplatz einer einzigen Flottenparade von 1936, zusammen, so hatten sie 1932 einen Gesamt-Tonnen-Anlauf von fast 37 Millionen Tonnen gegen 26 von New York und 25 von London, 19½ von Shanghai, Hongkong und Los Angeles, 18½ von S. Francisco und Hamburg, je 14½ von Singapore, Osaka allein und Yokohama. Die Osakabucht war also damals im Anlauf der tonnenreichste Welthafen überhaupt!

Richtig wird als kennzeichnender dynamischer Unterschied des britischen und japanischen Hafenproblems die billigere Arbeit und die furchtbare Gewaltwirkung an Windgeschwindigkeit und Wogen der Drehstürme hervorgehoben, die das Zufluchtmotiv chinesischer und japanischer Häfen so sehr in den Vordergrund stellen. Das gilt freilich auch in übertragenem Sinn für Hongkong (als Rettungshort südchinesischer Vermögen!), für Shanghai schon nicht mehr im gleichen Grade, ob-

wohl beide, Shanghai dank dem weiten Hinterland der Yangtse-Provinzen, gleiche Tonnenlaufzahlen haben, hinter denen die Hauptpforte Frankreichs, Marseille (15 $\frac{3}{4}$  Millionen Tonnen), und Englands Nebenpforten weit zurückbleiben.

Die vergleichende Hafengeopolitik des Fernen Ostens gehört, wie auch die deutsche Eisenbahnbautätigkeit in China [z. B. an den rund 1000 km der Chuchow-Kweiyang-Linie mit ihrer Befriedungswirkung in Hunan und Kweichau], zu den Arbeitsgegenständen, die nicht aus dem Auge verloren werden dürfen.

Eine ähnliche, mehr ethnopolitische Beobachtungsaufgabe ist für Indien gestellt für die Zeitspanne von dem Wahlredensturm des indischen Winters bis zum Inslebentreten der indischen Verfassung am 1. April 1937; mit dem Ziel, aus der Phraseologie das Bleibende, die geopolitisch verwertbaren Leitzüge herauszufinden. Dabei tritt hervor, daß für die Kongreßpartei das Ziel der Unabhängigkeit hinter dem von ihr verschmähten des Dominiumzustandes so scharf herausgehoben ist, daß kaum mehr eine Umkehr oder ein Abwenden möglich scheint. Ein weiteres kulturpolitisches Ziel zeigte, namentlich mit der indischen Studententagung in London, der Wunsch nach einer allindischen Verkehrssprache, die offenbar einige Elemente von Urdu zum Hindi aufnehmen soll und für die der Werbenamen „Hindustani“ proklamiert wurde (London, 13. 1. 37).

Leider ist Jawaharlal Nehru und sein engerer Kreis, von Moskau stark beeinflusst, in eine solche Gegenstellung zu Fascismus wie Nationalsozialismus geraten, daß man, um diese Feindstellung zu behaupten, vor groben Unwahrheiten nicht zurückschreckt. Solche werden z. B. über den Fall von Malaga unter angeblicher Beteiligung von 10000 Italienern unter „furchtbarem Gemetzel“ (Massacre), über Beteiligung von 20000 Italienern (Amrita Bazar Patrika vom 10. 2. 37, S. 9!), vielen Tausenden Deutschen verbreitet, „von denen allerdings noch kein einziger gefangengenommen worden sei“. Herrn Victor Gollancz telegraphiert Jawaharlal Nehru: „Die Völker Indiens stehen ganzen Herzens für den Weltfrieden und gegen den Fascismus. Für sie kann es keinen Weltfrieden geben, solange Imperialismus und Fascismus ihr Zepter halten.“ — Wie man weltfriedlich das Britenreich aus Indien, die imperialistischen Russen wieder aus Mongolei und Turkestan — von Spanien ganz abgesehen — hinausbringt, das müßte freilich erst Jawaharlal Nehru ausfindig machen.

Hier drohen böse Abwege vom Pfade der Selbstbestimmung — von viel geopolitischem Unverstand und von Leidenschaft überschattet.

## Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

„Le crépuscule des traités“ nennt sich ein vor einigen Monaten erschienenes Buch des französischen Geographen Y. M. Goblet; es ist unter dem Titel „The twilight of treaties“ ins Englische übertragen worden. Das Zwielfelt der Verträge sieht der Verfasser in der Tatsache, daß die bisherige nahezu ausschließlich juristische Auffassung der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern, daß die rein juristische und damit notwendigerweise starre<sup>1)</sup> Auslegung von Begriffen wie Souveränität, Gebietshoheit usw., und von internationalen Verträgen ihren absoluten Wert als Maßstab und Richtschnur eingebüßt hätten, daß vielmehr internationale Territorialansprüche in einem realistischen, evolutionären Geist zu betrachten seien, wozu eben eine andere als die Methode des Juristen gehöre.

Was ist nun aber der realistische Geist, der Tatsachensinn, der an die Stelle der juristischen Konzeption und Auslegung zu treten hat? Abgesehen von einer Entwicklung der Nationalökonomie aus einem angeblichen Anhängsel der Rechtswissenschaft zu einer nach der Methode der Beobachtung arbeitenden Erfahrungswissenschaft ist es vor allem die Anwendung der politischen Geographie; ihr Studium sei gröblich vernachlässigt und müsse daher vorzugsweise gepflegt und gefördert werden.

Bis hierhin kann man mit dem Verfasser mitgehen: Ein Franzose, der den Versuch machen will, der lebendigen Entwicklung gerecht zu werden, ist eine seltene und darum doppelt erfreuliche Erscheinung. Leider ist diese Freude verfrüht und unberechtigt. Man

1) Mangel an Elastizität ist den juristischen Denkformen und ihrer Anwendung auf das Leben nicht notwendigerweise eigentümlich; wenn gerade das internationale Recht nur zu häufig auf das Prokrustesbett starrer, lebensferner Begriffe gespannt wird, liegt das zum Teil an der sachlichen und technischen Schwierigkeit, nicht durch ein einheitliches Gemeinschaftsgefühl verbundene Interessen von Staaten und Völkern im Streit oder auch in der Zusammenarbeit ad hoc auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: die abstrakte Formulierung und das Arbeiten mit möglichst abgezogenen Begriffen erleichtert hier die Aufgabe. Zum anderen handelt es sich um ein rein politisches Kampfmittel, in dessen Handhabung z. B. gerade die Franzosen Meister sind.

ist zunächst über die Feststellung befremdet, daß der Völkerbund, wenn er auch die kritische analytische Methode politischer Geographie nicht benutze, dieser Wissenschaft doch einen ungeheuren Dienst dadurch erwiesen habe, daß er sie in die Lage der Experimentalwissenschaften versetzte, während der Verzicht auf das Experiment im Bereich der politischen Wissenschaften bisher als bedauerlich, aber unvermeidlich angesehen worden sei. Der Wissenschaftswert solcher Experimente, wie z. B. der Saarregelung, des Freistaats Danzig, der Mandate usw. sei selbst dann unbestreitbar, wenn alle diese Experimente fehlschlügen. Die Bedeutung dieser Möglichkeit zum Studium am experimentalen Objekt sei überhaupt nicht zu überschätzen: nicht nur die Sache der Wissenschaft, sondern auch die Sache des Friedens habe alles hierdurch zu gewinnen! Zum mindesten ist diese Auffassung originell: Noch niemand hat wohl bisher erklärt, die zahlreichen „Experimente“ der Pariser Vorortverträge seien ein überaus wertvoller Beitrag zur Sache des Friedens gewesen.

Unter politischer Geographie versteht der Verfasser folgendes: Die Analyse geographischer Einheiten, wie sie sich in der Bildung und Entwicklung politischer, einen geographischen Bestandteil enthaltender Gruppen zeige, d. h. der Nationen und Staaten. Im gegenwärtigen — unentwickelten — Zustand der Wissenschaft bedeutet dies, die Objekte der Zergliederung, Beobachtung und Analyse zu vervielfältigen, da nur so eine künftige Klassifizierung und Ausarbeitung induktiver Gesetze vorbereitet werden könne. Bis man so weit sei, wären die Ergebnisse politisch geographischer Beobachtung für Staatsmänner und Diplomaten wertvolles und notwendiges Material.

Die derart abstrakt herausdestillierte Begriffsbestimmung erscheint in ihrer logischen Kühle blutleer und nichtssagend, um so mehr, als durch die Abgrenzung gegenüber „Verwaltungs- und diplomatischer Geographie“ diese politische Geographie fast jeden Inhalts entleert wird oder sich von physischer Geographie kaum noch unterscheiden läßt: Nicht nur die innere Staatsgliederung, sondern auch die äußeren Staatsgrenzen sind dem Verfasser nicht Gegenstand der politischen Geographie, da sie willkürliche Manifestationen des mensch-



lichen Willens und künstliche Konstruktionen seien.

Diese Methode der Zergliederung, Beobachtung und Analyse wendet nun der Verfasser auf eine Reihe geographischer Phänomene an. Auch die Experimente des Völkerbundes werden betrachtet; allerdings bleiben die österreichischen Nachfolgestaaten (außer Österreich und Ungarn) unberücksichtigt; im übrigen ist auch Rußland nicht behandelt; es fehlt auch Frankreich und sein Kolonialreich, — Frankreich, sein Bündnissystem und seine Einflußsphäre sind also nicht Gegenstand der Betrachtung gewesen.

Es war unvermeidbar, daß der Verfasser als kenntnisreicher Mann auch zahlreiche richtige Feststellungen macht, die jedoch als solche weder neu noch aufsehenerregend sind; z. B. hat er der nicht unbekannten Tatsache, daß es Grenzmarken in der Welt gibt, im Verhältnis zur Bedeutung dieser Feststellung übermäßig viel Raum gewidmet. Wenn hierbei Westindien als Grenzmark von ganz Nordamerika betrachtet wird, so erscheint dies reichlich gezwungen; bei Japan wird der Begriff der Grenzmark auf seine kontinentalen Besitzungen und Einflußsphären richtig angewendet. Schleswig — und dieses Beispiel ist nun sehr bezeichnend — ist dem Verfasser nicht etwa die Nordmark Deutschlands, sondern die Südmark Skandinaviens: Vom anthropogeographischen Standpunkt aus reiche die skandinavische Welt bis zur Eider.

Neu ist der Begriff des „synthetischen Staats“. Es sind dies Staaten, bei denen der bewußte Wille eines Experimentators Gebiet, Nationalitäten und wirtschaftliche Einheiten in eine politische Einheit zusammengefaßt habe. Dazu zählen z. B. Irak und Mandschukuo, aber auch die neuen Staaten Europas, wie z. B. die Tschechoslowakei, die der Verfasser aber andererseits am Rande erwähnt als Beispiel für die „Rekonstitution eines Staates, dessen Gebiet gänzlich von einem Reich aufgesogen war“, was mit seiner Begriffsbestimmung des synthetischen Staates nicht gut im Einklang steht. Das Epitheton *synthetisch* umfaßt also so verschiedene Gebiete wie die Tschechoslowakei und den Irak; die abstrakte Formel verwischt — nicht unabsichtlich — die realen Unterschiede, wobei die Methode des Verfassers doch gerade die einer realistischen Betrachtungsweise sein soll. Gewiß ist sie realistisch, wenn auch anders

als der Verfasser vorgibt; der sehr reale Zweck dieser Methode tritt anderwärts noch sehr viel deutlicher hervor.

Danzig ist dem Verfasser eine Hansestadt des 20. Jahrhunderts. Es wird stets, da „geographische Tatsachen immer die gleichen bleiben“<sup>(1)</sup>, der natürliche Hafen der Weichsel sein. Unter Preußen war es zur Flottenbasis, zur Garnisonstadt und zum Regierungssitz herabgedrückt; der Versailler Vertrag gab ihm die Möglichkeit, Hafen und Umschlagplatz eines großen Hinterlandes zu sein. Diese Möglichkeit sei nun zwar durch „politische Faktoren“, nämlich Gdingen, empfindlich gestört worden; jetzt sei aber Danzig durch ein Abkommen einigermaßen geschützt. In der Stadt selbst kämpfe der alte, von nationalen Vorurteilen freie Hanseatengeist gegen die aus dem Reich bezogene Beamtenschaft und die vielen in Danzig verbliebenen alten Offiziere und Beamten. Danzigs Zukunft läge bei Polen.

Ausführlich behandelt der Verfasser das „Saarexperiment“. Ungewöhnliche Prosperität der Saarbewohner während der fünfzehnjährigen Dauer des Experiments beweist ihm den Wert „freier“ wirtschaftspolitischer Einheiten, wenn auch die so begünstigte Gruppe es aus „sentimentalen Gründen“ vorzog, sich einer nationalen Reichseinheit anzuschließen.

Die zahlreichen mit dem Zweck von geographischer Analyse und Beobachtung kaum zusammenhängenden Randbemerkungen illustrieren den eigentlichen Zweck dieses Buches beinahe besser als die sachlichen Ausführungen des Verfassers. Zwei Beispiele genügen: „In diesem Gebiet“ (der Saar), „einst französisch in Rasse, Kultur und Zugehörigkeit, hat ein Jahrhundert der Verpreußung fast jede Spur seines Ursprunges zerstört“. Die nur geringe Opposition bei der Saarabstimmung gab dem Sieg den Charakter eines „Nazimarne“. „Am Morgen danach zögerte das Dritte Reich nicht lange, den Versailler Vertrag offiziell als einen Fetzen Papier zu behandeln.“

Vor allem aber befaßt sich der Verfasser im zweiten Kapitel seines Buches mit der deutschen Geopolitik. Auf 21½ Seiten fertigt er sie ab, so glänzend, daß die „Londoner Times“ in ihrer Besprechung auf diese Ausführungen mit besonderem Nachdruck hinweist.

Die politische Geographie habe sich, weil

1) Was natürlich falsch ist, vgl. z. B. die Erosion in USA.

man ihrer bedurfte, weit vor den anderen geographischen Disziplinen entwickelt, während sie doch von Rechts wegen aus diesen abzuleiten sei; als Ergebnis dieses gänzlich unwissenschaftlichen Verfahrens sei sie dann auf eine Art Philosophie begründet und zu politischen Zwecken benutzt worden. Über William Petty, der 1672 in seiner „Anatomy of Ireland“ als angeblich Erster die Politik eines Landes auf geographische Tatsachen gestützt habe, über das 18. Jahrhundert der Vernunft und der Apriorismen, über die Romantik, die zwar nicht ganz ohne Verdienst gewesen sei, jedoch durch die Lancierung der Idee der Rasse die Nation mit einer Art Mystik begabt habe, geht die Reise auf 1 $\frac{1}{2}$  (!) Seiten zu der „spagyrischen Geographie“, die alle in drei Jahrhunderten gewonnenen Errungenschaften der mathematischen, politischen, Geographie, der Anthropographie nur als Vorwände gebraucht, um auf der Grundlage eines pseudowissenschaftlichen Determinismus und mißverständener Rasseideen ein Gebäude zu errichten, in dem Staat und Volk eine metaphysische Einheit bilden. Schnell wird noch der „Leviathan“ zitiert, denn Hobbes, obwohl er Engländer ist, darf hier nicht fehlen, um zu zeigen, daß ein solcher Nationalismus zu der Hypertrophie des Imperialismus führen müsse; zu dessen Rechtfertigung könne man natürlich stets gelehrte Pedanten finden, wie auch Friedrich II. von Preußen stets einen doktrinen Juristen zur Rechtfertigung seiner Eroberungen und Einfälle gefunden habe.

Alles dies nimmt eine weitere Dreiviertelseite in Anspruch! Etwas atemlos hält man inne, erinnert sich, daß der Verfasser Franzose ist, und sucht im Inhaltsverzeichnis nach Namen wie Mazarin oder Richelieu oder Ludwig XIV. Man sucht vergeblich und wird das ganze Buch nach solchen Namen vergeblich durchsuchen. Eine historische Reminiszenz aus der französischen Geschichte taucht nur bei Behandlung der Saarfrage auf, wenn der Verfasser feststellt, Saarlouis sei nach einem Plan von Vauban begründet worden zu der gleichen Zeit, als Ludwig XIV. Nordlothringen „organisierte“. Die Réunionskammern, die doch wohl ein Rechtsverfahren zur Rechtfertigung der Raubzüge Ludwigs XIV. darstellen sollten, und die ein so ausgezeichnetes Beispiel für die These des Verfassers abgegeben hätten, sind ihm unbegreiflicherweise entgangen, wie so viele andere einleuchtende Beispiele und

„Experimente“, die er der Geschichte und dem Leben des eigenen Landes hätte entnehmen können.

Nachdem der Verfasser in dieser anschaulichen Weise gezeigt hat, was er unter einer objektiven „geographischen“ Zergliederung, Beobachtung und Analyse versteht, wendet er sich nun im Ernst der Geopolitik zu. Sie ist eine im Dienst des Staates stehende Halbwissenschaft. Sie ist geboren in Deutschland; auf der nächsten Seite heißt es allerdings, daß es auch Skandinavier unter den Geopolitikern gebe: Es ist also kein bloßer Irrtum, wenn der Verfasser Deutschland als das Geburtsland der Geopolitik bezeichnet. Aber ebenso wie Kjelléns Name unterschlagen wird, werden fast alle Namen der führenden deutschen Geopolitiker verschwiegen — Haushofer, Maull, Obst, um von den jüngeren zu schweigen; die Zeitschrift für Geopolitik wird nicht erwähnt. Nur Dix und Hennig werden erwähnt und mit je 4 bzw. 5 Worten zitiert — das sind die Belege. Ritter und Ratzel werden beklagt, weil die Geopolitik mit ihren Namen Mißbrauch treibe. Denn diese „Erfindung“ der Deutschen dient nur dem einen Zweck, die Allgewalt des Staates zu beweisen, wobei der Staat als wirklicher Organismus mit eigenem Willen und eigenen Leidenschaften betrachtet werde. Er sei Selbstzweck, auf seinem geheiligten Boden assimiliere<sup>1)</sup> er alles, außerhalb seines Gebiets annektiere er alles, was für die Expansion des auserwählten Volkes notwendig sei, und da die Geopolitik alles dies beweist, ist sie eine der vornehmsten Grundlagen, auf denen der Hitlersche Nationalsozialismus erbaut wurde.

Überflüssig zu sagen, daß jedes hier über die deutsche Geopolitik gesagte Wort leichtfertig, böswillig und unwahr ist. Nur ein Punkt sei herausgegriffen:

Es ist bekannt, daß das Volk und nicht der Staat dem Nationalsozialismus der höchste Wert ist. Der Staat ist nur ein Mittel und nur eins der Mittel, um die Lebensrechte des Volkes zu wahren. Ein junger nationalsozialistischer Staatsrechtslehrer (Höhn) hat sogar den bislang kühnsten Vorstoß gegen den Staat unternommen, indem er den Souveränitätsbegriff aufhebt und dem Staat die Persönlichkeitseigenschaft aberkennt.

1) Wie steht es dann aber mit den Juden und mit den deutschen Rassegesetzen, die der Verfasser ja wohl kennt?

Die deutsche Geopolitik ist nicht Wissenschaft vom Staat, sondern vom deutschen Volk und seinem Boden und ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander, von den räumlichen Beziehungen dieses Volkes und seines Bodens zu anderen Völkern und Räumen in Wirkung und Wechselwirkung, wobei der Aufgabeninhalt wechselt, wie es sich einer lebendigen Wissenschaft geziemt. Auch der Staat und selbstverständlich auch seine Grenzen spielen in diesem Rahmen eine Rolle, als Organisationsform einerseits, als sichtbarer Ausdruck von Raumnot und Bevölkerungsdruck andererseits.

Diese, gegenüber z. B. der preußischen grundsätzlich veränderten Auffassung vom Wesen des Staates ist z. B. auch in Reden englischer Staatsmänner häufig verkannt worden: Da nun einmal Preußen in den letzten Jahrhunderten die virile nationale Vormacht war, fällt es vielen, häufig auch wohlmeinenden Ausländern schwer, sich eine nationale Wiedergeburt Deutschlands unter anderen

Sternen vollziehen zu sehen als unter dem Gestirn des absoluten Staates.

Im übrigen ist die deutsche Geopolitik eine deutsche Wissenschaft, ebenso wie z. B. Männer wie Bowman, Mahan und Mackinder als Angelsachsen gedacht und geschrieben haben. Getarnte Propaganda ist aber etwas anderes. Die Verbeugung vor der Unruhe der Völker, die sich nicht mehr in die Starre einer Begriffsjurisprudenz einsperren läßt, ist eine leere Geste; denn die liebevolle Betonung räumlicher Wirklichkeiten ist dem Verfasser nicht Mittel, um über die Wirklichkeiten des Lebens gerecht zu urteilen und ihnen so auch gerecht zu werden. Diese politisch-geographische Methode soll die bisherige Methode nicht deswegen ersetzen, weil diese nichts Neues zu schaffen vermag, sondern deswegen, weil sie nicht mehr ausreicht, um den Status quo zu rechtfertigen und zu bewahren. Ein alter Wein wurde in einen neuen Schlauch gefüllt; wohlschmeckender ist er dadurch nicht geworden.

Heinrich Richter

## Neue geopolitische Karten und Atlanten

Zusammengestellt und besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich,  
Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

Die Zusammenstellung, die an dieser Stelle regelmäßig, möglichst alle zwei Monate, gegeben werden soll, verfolgt den Zweck, die Leser der „Geopolitik“ rasch mit den entsprechenden Neuerscheinungen bekannt zu machen. Von eingehenden Besprechungen muß an dieser Stelle jedoch abgesehen werden; beabsichtigt ist, nur die allgemeine Bedeutung der Veröffentlichung zu charakterisieren.

Die einzelnen Karten werden jeweils in der Reihenfolge: Weltkarten und Allgemeines, einzelne fremde Erdteile, Gesamteuropa, Mitteleuropa und Deutsches Reich, Grenz- und Auslandsdeutschum, deutsche Einzelgebiete nacheinander besprochen. Dabei sind die Gegenwartsdarstellungen von den historischen getrennt. Nähere Auskünfte jederzeit gern durch den „Volksdeutschen Kartendienst“, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

**Springenschmid, Karl; Die Staaten als Lebewesen.** Geopolitisches Skizzenbuch. 6. bis 7. verb. Aufl. 1936. Leipzig: Wunderlich. 64 Tafeln m. 244 Abb., Format 19×29 cm, geb. RM. 5,40, br. 4,40.

Weitere Neuauflage dieser Einführung in raumpolitisches Denken, die in vorzüglicher Weise dazu dienen kann, namentlich bei Anfängern und in weiteren Kreisen Verständnis für politisch-geographische Zusammenhänge und geopolitische Fragestellungen zu wecken. Mit Recht steht Deutschland und seine Entwicklung im Vordergrund der ganzen Darstellung. Bei einer weiteren Auflage sollten

einige Karten der neuesten Entwicklung angepaßt werden.

**Lebensraum und Reiche der Germanen,** 1000 v. Chr. bis 800 n. Chr. 1:4 500 000, von Dr. W. Czaika, II. Auflage, 1936. Breslau; Verlag Priebatsche Buchhandlung, roh RM. 5.—, schulf. RM. 6,20, Lw. m. Stb. 9,80, Textheft RM. 0,30.

Verbesserte und erweiterte Neuauflage. Die Lebensräume sind nunmehr durch Flächenkolorit deutlicher hervorgehoben und gegliedert. Dadurch treten auch die farbigen Linien für die Wanderungen besser heraus. Hinzugekommen ist weiter eine kleine zusammen-



fassende Nebenkarte über die allmähliche Ausweitung des germanischen Lebensraumes. Im ganzen hat die Karte an Anschaulichkeit sehr gewonnen. Für Unterrichts- und Schulungszwecke, auch in weiteren Kreisen.

**Halász, Albert: Les États d'Europe centrale.** The States of Central Europe. Die mitteleuropäischen Staaten. Stati dell'Europa centrale (7 Bde.) Bd. 1. — Budapest: Selbstverl.; f. Deutschland: Berlin: Verl. f. Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik (1936). 29. 1. Europe. Europa. 47 S. mit Kt. u. Fig. RM. 12.

Erste Teilveröffentlichung eines großen viersprachigen Atlaswerkes, das die geographischen Gegebenheiten, besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen Mitteleuropas zum Gegenstand haben wird. — Der vorliegende erste Band bringt vor allem eine Zusammenstellung farbiger Kärtchen über die Entwicklung der europäischen Staatsgrenzen seit der Völkerwanderung, anschließend ein Kartogramm über den politischen und besonders wirtschaftlichen Einfluß Europas in den einzelnen Erdteilen sowie eine größere Zahl von kleinen Übersichtskarten über die Bedeutung Europas für die Rohstoff-Weltproduktion, jeweils getrennt für die wichtigsten Einzelprodukte, sowie über die Entwicklung des Außenhandels. Die Karten werden ergänzt durch ausführliche statistische Angaben. Beachtliches geopolitisches Studienmaterial.

**Leers, Johann von, Dr., u. Dr. Konrad Frenzel: Atlas zur deutschen Geschichte der Jahre 1914 bis zur Gegenwart.** 3. verb. Aufl. Mit 108 Kt., 28 Skizzen u. 25 Tab. — Bielefeld u. Leipzig: Velhagen & Klasing 1936. 44 S. 49. Kart. RM. 2,80.

Verbesserte und erweiterte Neuauflage des besonders für die zeitgenössische Entwicklung unseres Reiches und Volkes seit dem Weltkrieg sehr inhalts- und aufschlußreichen Atlases, der eine gewisse Ergänzung zu älteren historisch-geographischen Atlanten bietet. Auch für Übungen in geopolitischen Arbeitsgemeinschaften usw.

**Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten** von **Waldmann u. a.** Veröffentlichung der Forschungsinstitute für Kultur- u. Universalgeschichte und für neuere Philologie, sowie des Instituts für Heimatforschung an der Universität Leipzig. Kartenband (97 Karten) und Textband. 80. Halle: Verlag Max Niemeyer. RM. 5,40.

Ergänzender Kartenband zu dem gleichnamigen Text, mit einer Zusammenstellung von rund 100 Schwarz-Weiß-Übersichten, zum Teil noch mit verschiedenen Nebenkärtchen, auf denen hauptsächlich für den Raum Sachsen-Thüringen, teilweise aber auch ergänzend für ganz Mitteldeutschland und darüber hinaus die für die Entwicklung der Kultur wichtigsten geographischen und historischen Grundlagen zusammengestellt sind. Der Hauptteil der Karten entfällt dabei auf vergleichende sprachgeographische Darstellungen. Im ganzen wertvolles, zugleich auch methodisch lehrreiches Studienmaterial für den Zusammenhang zwischen staatlicher und kultureller Entwicklung der Gebiete.

**Österreich** (1:600 000). Ausg. mit Terrain. (Mit 1 Nebenktt.) — Wien: Freytag & Berndt (1936). 94,6 × 67,5 cm gr. 80. (Farbendruck) (Kopf- u. Fußt.) — Freytag & Berndt, Handkarten. RM. 1,90.

Politisch-geographische Übersicht des Gesamtgebietes, mit Flächenkolorit für die einzelnen Bundesländer, unter Einschluß der angrenzenden Nachbargebiete. Eine Nebenkarte zeigt die Hauptverkehrswege nach Österreich. Übersicht für weitere Kreise.

**Werdegang und Aufstieg Österreichs im Bild der territorialen Entwicklung.** Karte 1:7500 000 aus R. Suchenwirth; Das tausendjährige Österreich. Druck Freitag & Berndt. Verlag F. Bruckmann, A.-G., München 1936. Format 29,5 × 20 cm. (Die Karte ist nur zusammen mit dem Buch lieferbar.)

Übersicht der territorialen Entwicklung Österreichs von den Babenbergern bis zur Gegenwart, mit Flächenkolorit für die Neuerwerbungen der einzelnen Perioden bzw. Randkolorit für vorübergehende Besitzungen. Hauptsächlich für Studienzwecke.

**Mayr, Anna, Lehrerin, Max Exner, Fachlehrer: Die Bundesländer Österreichs.** Kt.-Skizzen mit Text. Zur Zusammenfassg. und Wiederholung f. einf. Schulverhältnisse dargest. 7. verb. Aufl. Graz: Alpenland-Buchh. Südmark 1936. 24 S., gr. 80, ö. S. —, 74.

Weitere Neuauflage dieser für Zwecke der Volksschule zusammengestellten Sammlung einfacher physisch- und politisch-geographischer Skizzen der einzelnen Bundesländer, mit entsprechendem kurzen Begleittext.

**Atlas Republiky Československé** (Atlas de la République Tchécoslovaque): Publié par l'Académie Tchéque sous les Auspices du Mini-

stère des Affaires Etrangères de la République Tchèqueoslovaque; Edition Orbis S. A., Prague XII, RM. 126.—

Grundlegende Veröffentlichung, die einen erschöpfenden kartographischen Überblick über alle Gegebenheiten des tschechoslowakischen Staatsgebietes zu geben versucht. Bezeichnend aber ist, daß der Atlas, der in seiner technischen Ausführung auch hohen Anforderungen genügen kann, zwar tschechische und französische, aber keinerlei deutsche Beschriftung, auch keine deutschen Ortsnamen enthält, obwohl doch der starke Anteil der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei mindestens die Berücksichtigung der deutschen Ortsnamen nahegelegt hätte. Der Atlas bietet für den Geopolitiker eines der wichtigsten Orientierungsmittel über die heutige Tschechoslowakei. Besonders hervorgehoben seien die historischen Übersichten und namentlich die Darstellung über die Verbreitung der Nationalitäten, die freilich wieder ausgesprochen vom tschechischen Gesichtspunkt behandelt sind. So sind z. B. die Slowaken ohne weiteres zu den Tschechen gerechnet; auch sind durch die gewählten Farbesignaturen die Verhältnisse stets in pro-tschechischem Sinn zur Anschauung gebracht.

**Die Notstandsgebiete der Sudetenländer von Dr. K. Sedelmeyer.** Sonderdruck aus „Petermanns Geograph. Mitteilungen“, 82. Jg. 1936, Tf. 31. Maßstab 1:750 000. Format 84×46 cm. Verlag Justus Perthes, Gotha.

Beachtliche Übersicht der Notstandsgebiete der Sudetenländer, mit Eintragung der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Brotgetreidemenge. Die große Notlage der sudeten-deutschen Randgebiete hätte bei einer anderen Signaturwahl noch wirkungsvoller zur Darstellung gebracht werden können.

**Grothe, Hugo: Wandkarte des Grenz- und Auslandsdeutschtums.** Zweite verbesserte Auflage, mit Erläuterungsheft. 20 Einzel-Bild-Karten und 1 Reparationstabelle 86×125 cm. Halle: Buchh. d. Waisenhauses, G. m. b. H., 1936. Ausg. A mit Stahlschienen RM. 7,50. Ausg. B mit Holzstäben, auf Leinen aufgez. RM. 12,50.

Neuaufgabe, aber unveränderter Abdruck der Erstausgabe; nur der beigegebene Text zeigt einige Erweiterungen. Bei einer nochmaligen Neuausgabe wären noch verschiedene Verbesserungen der Karte erwünscht, sowohl hinsichtlich einzelner Gesamtcharakteristiken, wie auch mancher Einzelangaben. Im ganzen

hat sich die Karte als Ergänzung der bisher vorhandenen Deutschumskarten trotz ihrer für große Räume nicht ganz ausreichenden Fernwirkung vielfach gut eingeführt. Für Schulen, Arbeitsgemeinschaften usw. auch weiterer Kreise.

**Volksdeutsche Kartenskizzen von Dr. Cr. Friedrich Lange.** 2. Aufl., 11.—16. Tausend. Berlin, Verlag Volksbund für das Deutschtum im Ausland, Wirtschaftsunternehmen G. m. b. H. RM. 0,50.

Neuaufgabe der auch für geopolitische Schulungszwecke recht brauchbaren kleinen Sammlung von Schwarz-Weiß-Kärtchen, die jetzt um sechs neue Blätter vermehrt ist. Sehr wichtig für die Verwendung der Sammlung ist die Beschriftung jeder einzelnen Karte, die das Wesentlichste knapp und klar herausstellt.

**Deutscher Kolonial-Atlas.** Hrsg. im Einvernehmen mit der Deutschen Kolonialgesellschaft nach den v. Paul Brigade und Max Moisel entworfenen Kt. Bearb. von Fritz Lange. Mit e. Geleitwort von Gouv. a. D. Dr. Schnee. 20. Jahrg. Berlin 1936, Verlag Dietrich Reimer. RM. 2,50.

Das Wiedererscheinen des bekannten, 1918 zum letztenmal herausgegebenen, vor dem Krieg überall gut eingeführten Atlases ist wärmstens zu begrüßen. Die jetzt auf sechs farbige Karten beschränkte Wiedergabe der uns entrissenen Kolonialgebiete wird durch einen knappen, aber das Wichtigste klar hervorhebenden Text über Land, Bevölkerung und Wirtschaft ergänzt. Hierbei ist namentlich der Wert der Kolonialgebiete als Rohstofflieferanten hervorgehoben.

**Harms.** Der Lebensraum der Obersachsen, ein volksdeutscher Heimatatlas, 25×33 cm, 19 S. Hrsg. von Moritz Durach, Ernst Neef und Richard Vogel. Verlagsanstalt List & von Bressendorf, Leipzig 1936. Preis geb. RM. 2,15, mit Textheft RM. 2,40.

Setzt die Reihe der kleinen, unterrichtsmäßig gut aufgebauten, reichhaltigen Heimatatlanten des Verlages fort. Gerade der vorliegende Atlas, dem begrüßenswerterweise ein kleiner Erläuterungstextband beigegeben ist, behandelt neben den topographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten insbesondere auch infolge der Grenzlage Sachsens die völkischen Verhältnisse und damit zugleich die geopolitischen Probleme hinsichtlich der Tschechoslowakei.

## KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik“ erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland“ als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch \*, Aufsätze usw. durch „In:“ gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in ( ), wenn sie dem Objekt selbst, in [ ], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

### 1. Allgemeine Fragen

- Behrens, H.: Nationalsozialistische und faschistische koloniale Siedlungspolitik In: Dt. Lebensraum Jg. 5, 1937, 1. S. 2—12.
- Böheim, F.: Politik ist Schicksal. In: Volk u. Führung Jg. 3, 1937, 1. S. 2—7.
- Fehrle, E.: Volkstum und Staat. In: Oberdt. Zs. f. Volkskunde Jg. 10, 1936, 1. S. 1—10.
- Einheitliche Führung in der Geopolitik sichergestellt! In: Kurhess. Erzieher Jg. 81, 1937, 5. S. 70.
- Geramb, V. v.: Zu den volkswissenschaftlichen Grundfragen. In: Niederdt. Zs. f. Volkskunde Jg. 14, 1936, 3/4. S. 155—164.
- \*Haushofer, K.: Weltpolitik von heute. Mit 114 Abb. u. 59 Kt. (64.—70. Tsd.) Berlin: „Zeitgeschichte“ Verl. [1937]. 271 S. Gr. 80. 5,50 RM.; Lw. 6,50 RM. — 1. Rohstoff u. Werkzeug d. Weltpolitik; 2. Arbeitsbegriffe d. Weltpolitik von heute; 3. Aussichten der Weltpolitik.
- \*Heberle, R.: Auslandvolkstum. Leipzig: Hirzel 1936. 33 S. Gr. 80 = Archiv f. Bevölkerungswissenschaft u. Bevölkerungspolitik. Bd. 6, Beih. 2. 2.— RM. — Soziologische Betrachtungen zum Studium d. Deutschtums im Ausland.
- Heinz, L.: Geopolitische Tatsachen im Geschichtsunterricht der Volksschule. In: Der Dt. Volkserzieher Jg. 2, 1937, 2. S. 72—79.
- \*Helbok, A.: Biologische Volkstumsgeschichte. Leipzig, Berlin: Teubner 1936. 19 S. Gr. 80 = Stoffe u. Gestalten d. dt. Geschichte. Bd. 2, H. 3. — 70 RM.
- Hoffmann, R.: Aktive Verkehrs- und Raumpolitik. In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 148—156.
- \*Kelter, Fr.: Das Volk als Grundbegriff der Staatslehre. Lünen i. W. 1936: Fricke. 91 S. 80. — Bemühung um e. Beitrag zur nationalsozialistischen Staatswissenschaft. Diss. Münster.
- \*Klemmt, A.: Volk und Staat. Berlin: Junker & Dünhaupt 1936. 23 S. Gr. 80 = Schriften der Dt. Hochschule f. Politik. 1, H. 20. — 80 RM.
- Koenigs, G.: Raumordnung — Raumforschung — Verkehrspolitik! In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 142—144.
- Lang, H.: Volk ohne Raum — Kampf um den Lebensraum. In: Die Dorfgemeinschaft Jg. 4, 1936, 12. S. 459—469; Jg. 5, 1937, 1. S. 23—31. — Eine Unterrichtseinheit aus Geschichte und Erdkunde.
- Markwart, M.: Was sind „Völker ohne Staaten“? In: Volk u. Reich Jg. 13, 1937, 1. S. 30—47.
- Mitarbeit der Schule bei der Aufhellung bevölkerungspolitischer Fragen. In: Zs. f. Erdkunde Jg. 5, 1937, 1. S. 21—25.
- Raschhofer, H.: Volk und Staat in der italienischen Rechtstheorie des 19. Jahrhunderts. In: Zs. f. ausl. öff. Recht Bd. 6, 1936, 3. S. 538—550.
- \*Rossbacher, H.: Programm eines Archivs für das politisch-wissenschaftliche Schrifttum. Halberstadt: Doelle & Sohn 1936. 9 S. 80. — 30 RM.
- Ruprecht, P.: Politik, Geopolitik und Technik. In: Wehrtechn. Mhe. Jg. 41, 1937, 2. S. 65—68.
- Rusch, M.: Die Siedlung im Zusammenhang der Raumordnung. In: Jahrbuch der deutschen Siedlung 1935. S. 45—55.
- Schäfer, O.: Anwendung und Herstellung der geopolitischen Skizze im Geschichtsunterricht. In: Der Dt. Volkserzieher Jg. 2, 1937, 2. S. 80—84.
- \*Scheibe, W.: Formkräfte der Landschaft. Heidelberg, Berlin: Vowinkel 1936. 39 S. Gr. 80 = Schriften zur Geopolitik. H. 13. 1.— RM.
- Schmidt, W.: Rohstoffwirtschaft, geopolitisch gesehen. In: Die Zivilversorgung Jg. 42, 1937, 2. S. 25—26; 3. S. 62—64.
- Schultze, E.: Raumschicksal oder Völkerwille? In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 1. S. 4—13. — Volksbiologische Betrachtungen zur Weltgeschichte der Seevölker.



Schulz-Kiesow, P.: Ballungstendenzen der Verkehrsnetze. (Güterpolitik und Raumordnung, Teil II.) In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 157—164. — Vgl. den Aufsatz „Gütertarifpolitik u. Raumordnung“ in Nr. 3 ders. Zs.

Schwarz, H.: Volkstumsphilosophie. In: Blätter f. Dt. Philosophie Bd 10, 1936, 3. S. 303—311.

Spamer, A.: Aufgaben und Arbeiten der „Abteilung Volkskunde“ in der „Reichsgemeinschaft der deutschen Volksforschung“. In: Niederdt. Zs. f. Volkskunde Jg. 14, 1936, 3/4. S. 145—154.

\*Stavenhagen, K.: Kritische Gänge in die Volkstheorie. Riga: Plates 1936. 119 S. Gr. 8° = Abh. d. Herder-Ges. u. d. Herder-Inst. zu Riga Bd 5, Nr. 7. 4.—RM.

Stecher, Th.: Sprachforschung und Landeskulturd. In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 165—169.

Troebs, K.: Raumgestaltung als Gemeinschaftswerk. In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 170—173. — Ergebnisse d. Landes- u. Bezirksplanerntagung.

Vossler, K.: Sprache und Nation. In: Mitteilungen d. Akademie z. wiss. Erforschung u. z. Pflege d. Deutschtums Jg. 11, 1936, 3. S. 355—362.

Weser, M. G.: Volk ohne Raum — Raum ohne Volk? In: Afrika-Nachrichten Jg. 18, 1937, 2. S. 30—31.

Winkler, E.: Raumbegriff in der Geographie. In: Peterm. Mittn. Jg. 83, 1937, 2. S. 51—52.

Die Wirkung der Bergflucht auf die Volksgrenzen von F. P. In: Volk u. Reich Jg. 12, 1936, 12. S. 961—964.

Zeck, H. F.: Der Raum als Waffe in Angriff wie Abwehr. In: Geogr. Anz. Jg. 38, 1937, 3. S. 57—59. — Eine wehrgeopolit. Betrachtung.

Zeck, H. F.: Was ist Geopolitik? In: Geogr. Anz. Jg. 38, 1937, 4. S. 78—80. — Wesen u. Wandel d. Begriffes. Vgl. auch ders. in: Praxis d. Volksschule Jg. 46, 1937, 2. S. 55 bis 59.

## 2. Regionale Arbeiten

### Mehrere Erdteile

\*Boveri, M.: Das Weltgeschehen am Mittelmeer. Zürich, Leipzig, Berlin: Atlantis-Verl. [1937]. 479 S. mit Ktn.-Skizzen, 1 Kt. Gr. 8°. Lw. 7,50 RM.

Estermann, W.: Das Meer mit den vielen Küsten. In: Länder u. Völker N. F. Jg. 67, 1937, 1. S. 5—8. — Betr. Mittelmeer.

Fischer, O.: Sozialbiologische Fragen überseeischer deutscher Volksgruppen. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. Jg. 6, 1936, 6. S. 400 bis 414.

Halbfass, W.: Etwas über die räumliche Größe und die Bevölkerungsdichte der Insein der Erde. In: Geogr. Anz. Jg. 38, 1937, 5. S. 111—113.

Kutschera, K.: Friedloser „Stiller Ozean“. In: Länder u. Völker N. F. Jg. 67, 1937, 1. S. 1—4.

Paschek, E.: Wehrpolitische Übersicht. In: Militärwiss. Mittn. Jg. 68, 1937, Jan. S. 40 bis 63; Febr. S. 110—132.

Reichelt, E.: Portugals Kolonialbesitz in den Wandlungen der Weltpolitik. In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 1. S. 14—23.

Scheuner, U.: Die heutige Lage im Mittelmeer und das englisch-italienische Mittelmeerabkommen. In: Zs. f. Politik Bd 27, 1937, 1/2. S. 60—71.

Schnoeckel, P.: Die deutsche Südsee. In: Dt. Kolonial-Dienst Jg. 1, 1936, 5. S. 9—11.

Viator: Europa und Ostasien. In: Europ. Revue Jg. 13, 1937, 1. S. 1—8.

Vogel, W.: Zur Geopolitik des Mittelmeeres. In: Volk u. Reich Jg. 12, 1936, 12. S. 905 bis 914. — Umfassende geopolit. Betrachtung d. Mittelmeerraumes u. der Auseinandersetzungen, die in diesem Raum von d. Frühzeit bis zur Gegenwart stattgefunden haben.

Welchert, H.-H.: Englands Stellung im Mittelmeerraum. In: Volk u. Reich Jg. 12, 1936, 12. S. 915—924. — Analyse d. engl. Mittelmeerinteressen.

## Deutschland

### (deutsches Sprachgebiet)

\*Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung. Hrsg.: A(lbert) Brackmann, H(ugo) Hassinger, Fr. Metz. Schriftl.: [E]mil Meynen. Jg. 1. 1937 (4 Hefte), H. 1. Jan. Leipzig: Hirzel 1937. 256 S., 4 Bbl. Abb., 4 Kt. 4°. Jährl. 20,—; Einzelh. 6,— RM.

Aubin, H.: Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 37—70.

\*Bach, A.: Deutsche Volkskunde. Leipzig: Hirzel 1937. XX, 530 S. 4°. 17,80 RM.; Lw. 19,60 RM. — Ihre Wege, Ergebnisse u. Aufgaben. Eine Einführung. Mit 18 Ktn.-Beigaben.

- Böhler, J.: Die Bevölkerungsverhältnisse in der Pfalz und Rheinhessen mit Randgebieten. In: Festschrift z. Hundertjahrfeier d. Ver. f. Geogr. u. Statistik Frankfurt a. M. Frankfurt 1936. S. 231—238.
- \*Burgdörfer, Fr.: Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich. Tatsachen u. Kritik. Heidelberg: Vowinkel 1937. 84 S. mit Abb., 2 Taf. 8<sup>o</sup>. 2,40 RM.
- \*Dreyhaus, H., E. L. Schmidt, A. H. Ziegfeld: Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß. Mit 59 Kt. im Text, 6 Stammtaf., 1 Zeittaf. u. 31 Abb. im Anh. Braunschweig, Berlin, Hamburg: Westermann [1937]. 239 S., 8 Bl. Abb. Gr. 8<sup>o</sup>=Volk u. Boden. Ein Wegweiser durch d. dt. Volksgeschichte auf geopolit. Grundlage. 2. Lw. 4,80 RM.
- \*Grapentin, O.: Das Reich Adolf Hitlers in seinem geschichtlich-politischen Werden und Ausbau. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1937. 153 S. Gr. 8<sup>o</sup>=Der nationalpolit. Unterricht. Bd 1. 3,40 RM. — Teil 1: Vom 1. zum 2. Reich; Teil 2: Das 3. Reich.
- Hamel, W.: Danzig. In: Jugend u. Recht Jg. 11, 1937, 1. S. 2—4; 2. S. 41—46.
- \*Hampe, K.: Der Zug nach dem Osten. 4. Aufl. Leipzig u. Berlin: Teubner 1937. 108 S. Kl. 8<sup>o</sup>=Aus Natur u. Geisteswelt. Bd 731. Hlw. 1,80 RM. — Die kolonisator. Großtat d. dt. Volkes im Mittelalter.
- Hassinger, H.: Das Burgenland und der Stand seiner wissenschaftlichen Erforschung im Spiegel des „Burgenlandatlases“. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 147—173. — Mit 1 Bildtafel.
- Haushofer, K.: Die geopolitische Lage und Bedeutung der Oberen Donau. In: Süddt. Wasserstraßen Jg. 13, 1937, Febr. S. 5—10.
- \*Hofmann, K.: Die germanische Besiedlung Nordbadens. Heidelberg: Winter 1937. 66 S. 8<sup>o</sup>. 1,85 RM.
- Jannoch, H.: Die deutsch-tschechische Sprachgrenze am Fuße des Hohen Böhmerwaldes. Leipzig: Jordan & Gramberg 1936 99 S., 2 Taf. 8<sup>o</sup>. 3,— RM. — Zugleich Leipzig, Phil. Diss.
- Kamradt, Fr.: Das Magdeburger Land in der Siedlungs- und Bevölkerungspolitik des preußischen Staates. In: Mitteldt. Kulturwart Jg. 76, 1937, Febr. S. 47—52.
- \*Kötzschke, R., u. W. Ebert: Geschichte der ostdeutschen Kolonisation. Leipzig: Bibliogr. Inst. (1937). 251 S. Gr. 8<sup>o</sup>. Lw. 5,80 RM.
- \*Krampe, R.: Pommersches Volkstum. Halle: Schroedel (1936). 43 S. mit Abb. Gr. 8<sup>o</sup>. —, 60 RM.
- Kunnert, H.: Bibliographie zur Landes- und Volkskunde des Burgenlandes. In: Südostdt. Forschungen, hrsg. von F. Valjavec. 1, 1936. S. 295—300.
- \*(Lindner, H.): Sachsen — Land und Volk. Dresden: Nat.-soz. Verlag f. d. Gau Sachsen (1936). 127 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>. — Querschnitt durch Werden u. Schaffen eines Grenzlandgaues. Hrsg. mit Unterstützung amtl. Stellen.
- \*Loesch, K. C. von: Die Gliederung der deutschen Volksgrenze. Mit 1 Tab. u. 1 Übersichtskt. Berlin: Volk u. Reich Verl. 1937. 24 S. Gr. 8<sup>o</sup>=Mitteleurop. Schriftenreihe. Bd 4. 1,50 RM.
- \*Mecking, L.: Der niederdeutsche Raum. Sein Landschaftscharakter u. Siedlungsbild. — F. Keiter: Die rassischen Verhältnisse Niederdeutschlands. Hamburg: Boysen 1936. 36 S. mit Abb. Gr. 8<sup>o</sup>=Das niederdt. Hamburg. 4/5. 1,65 RM.
- Metz, Fr.: Landschaft und Siedlung am Hochrhein. In: Zs. f. Binnenschifffahrt Jg. 69, 1937, 1. S. 17—19.
- Metz, Fr.: Wilhelm Heinrich Riehl und die Erforschung der deutschen Grenzlande. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 1—24.
- \*Natau, O.: Mundart und Siedlung im nordöstlichen Ostpreußen. Königsberg: Ost-Europa-Verl. 1937. VII, 308 S. mit Kt. 8<sup>o</sup>=Schriften d. Albertus-Universität, Geisteswiss. Reihe. Bd. 4. 10,50 RM. — Zugleich Königsberg, Phil. Diss.
- Neumann, O.: Schicksalslinien im deutschen Ostraume. In: Der Dt. Volkserzieher Jg. 2, 1937, 2. S. 64—72.
- \*Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum. Hrsg. v. Univ.-Prof. Dr. J. Nadler u. Univ.-Prof. Dr. H. v. Srbik. 4. Aufl. Salzburg-Leipzig: Pustet 1937. 404 S. Gr. 8<sup>o</sup>. 5,70 RM.; Lw. 6,90 RM.
- Ost, H. G.: Die Besiedlung der nördlichen Grenzmark und des südöstlichen Hinterpommerns im 16. Jahrhundert. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 180—193. — Nach e. Vortrag in d. Ges. f. pomm. Gesch. u. Altertumskunde in Stettin im März 1936; vgl. Monatsblätter d. Ges.

f. pomm. Gesch. u. Altertumskunde Jg. 50. S. 96ff.

\*Paul, G.: Grundzüge der Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes. Mit 82 Abb. u. Kt. 2. unveränd. Auflage. München: J. F. Lehmann 1936. 478 S. Gr. 8<sup>o</sup>. 10,— RM.; Lw. 12,— RM.

Röhr, E.: Der Atlas der deutschen Volkskunde. In: Niederdt. Zs. f. Volkskunde Jg. 14, 1936, 3/4. S. 165—184.

Rogmann, H.: Die Bevölkerungslage in Schlesien und im schlesischen Vorfeld. In: Schles. Jb. f. dt. Kulturarbeit Jg. 9, 1937. S. 93—111.

Schleinitz, H.: Die Umgestaltung des Landschaftsbildes durch die mittelalterliche ostdeutsche Kolonisation. In: Grenzmark. Heimatblätter Jg. 13, 1937, 1. S. 29—41.

Schlenger, H.: Wald und Siedlungsflächen im gesamtschlesischen Raum um 1200. In: Schles. Jb. f. dt. Kulturarbeit Jg. 9, 1937. S. 9—20.

\*Schultze, J. H.: Deutsche Siedlung. Raumordnung und Siedlungswesen im Reich und in den Kolonien. Stuttgart: Enke 1937. 158 S. Gr. 8<sup>o</sup>. 6,20 RM.; Lw. 7,80 RM.

Schwarz, E.: Fortschritte und Aufgaben der sprachwissenschaftlichen Volksforschung in den Sudetenländern. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 216 bis 223.

Springenschmid, K.: Deutschland kämpft für Europa. In: Der Schulungsbrief Jg. 4, 1937, 1. S. 39—40; 2. S. 75—76. — Geopolit. Tatsachen in Einzeldarstellungen.

Springenschmid, K.: Deutschlands Kampf für Europa. In: Der getreue Eckart Jg. 14, 1937, 6. S. 423—428. — Die führende Stellung d. deutschen Volkes in Europa u. ihre geopolit. Voraussetzungen.

Steinbach, F.: Die westdeutsche Volksgrenze als Frage und Forschungsaufgabe der politischen Geschichte. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 25 bis 36.

\*Stroh, F.: Der Atlas der deutschen Volkskunde. Gießen 1936: von Münchow. 8 S., 1 Taf. Gr. 8<sup>o</sup>.

\*Stuhlfath, W.: Deutsches Schicksal. Ein raum- und volkspolit. Erziehungsbuch. 7. Aufl. Langensalza: Beltz (1937). 6 S., 64 Kt.-Bl. Kl. 8<sup>o</sup> = Volk an d. Arbeit, H. 6/7. 1,40 RM.

\*Sudetendeutschtum. Ein Land, e. Volk u. s. Arbeit. (Zsstellg u. Bildausw. bes. F.

Heger.) Böhmisches-Leipa: Kaiser (1936). 256 S. 4<sup>o</sup>. Hldr. 30,— RM.

Teubert, W.: Verkehrspolitik in der Neuordnung des deutschen Raumes. In: Raumforschung u. Raumordnung Jg. 1, 1937, 4. S. 145—148.

Theiss, J. G.: Die Entstehung des nachmittelalterlichen Deutschtums in Ostmitteleuropa. In: Volk u. Reich Jg. 13, 1937, 1. S. 10—15. — Diesem Aufsatz ging eine im Dezemberheft 1935 veröff. Arbeit des gleichen Verfassers voraus.

Thiess, J.: Bremen, das geopolitische Bild einer Welthafenstadt. In: Praxis d. Volksschule Jg. 46, 1937, 3. S. 75—83.

Voggenreiter, F.: Die Rhein-Main-Donau-Verbindungen in ihrer geschichtlichen, geopolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung. In: Zs. f. Erdkunde Jg. 5, 1937, 3. S. 118 bis 131.

Widenbauer, G.: Deutschland und Böhmen. In: Deutschlands Erneuerung Jg. 21, 1937, 2. S. 70—80. — Wie Böhmen durch deutsche Schuld „vertschecht“ wurde.

#### Übriges Europa

\*Blaschke, H. A.: Die politische und wirtschaftliche Konstellation im Ostseeraum. Kiel 1936: KZ-Druckerei. 63 S. mit Ktn.-Skizzen. 8<sup>o</sup>. — Beitrag zur Strukturanalyse des Ostseeraumes. Diss. Rostock.

\*Christiansen, Fr.: Das spanische Volk. Sein wahres Gesicht. (Mit 261 Abb. d. Verf., 1 Notenbl. und 1 Spanien-Landkarte.) Leipzig: Bibl. Inst. (1937). 521 S. Gr. 8<sup>o</sup>. Lw. 5,80 RM. — Volks- und Landeskunde.

\*Donauraum. Beiträge zur Frage d. wirtschaftl. Annäherung u. Zusammenarbeit d. Donaustaaten. Hrsg. v. Roman Frh. v. Procházka. [6 Lfgn. 1.] Wien [I, Rosengasse 2]: Juristisch-volkswirtsch. Verl. 1937. 4<sup>o</sup>. — Für vollst., Subskr. Pr. 8,— S. — [1] Der gegenwärt. Stand d. Donauraumpläne. Eine Sammlung grundsätzl. Abhandlungen u. Pressestimmen. 24 S.

Ernst, W.: Raum und Recht. In: Volk u. Reich Jg. 13, 1937, 1. S. 1—7. — Ein Beitrag zum Fragenkreis Südosteuropa.

Eyke, T.: Ukraine-Tragödie. In: Wille u. Macht Jg. 5, 1937, 4. S. 9—17.

Fischer, R.: Wo ist Europa? In: Volk u. Reich Jg. 13, 1937, 2. S. 122—127. — Untersuchung der geistigen Grundlagen für d. Herstellung einer polit. Einheit in Europa.



- \*Südostdeutsche Forschungen. Hrsg. im Auftr. d. Inst. zur Erforschung d. deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München von Fritz Valjavec. 1. (1936). München: Schick 1936. VI, 311 S. 4°. 7,— RM.
- (Giere, W.): Bestandsaufnahme des estländischen Deutschtums. In: Dt. Arbeit Jg. 37, 1937, 1. S. 17—23.
- Giere, W.: Bevölkerungsverschiebungen im ostbaltischen Raum. In: Volk u. Reich Jg. 13, 1937, 1. S. 15—30. — Die Entwicklung der baltischen Randstaaten ist besonders aufschlußreich für d. Veränderungen in d. Bevölkerungsentwicklung in Osteuropa.
- Grothe, H.: Die Wanderungsbewegung der Kulturvölker im Lichte geopolitischer Betrachtung (Fortsetzung). In: Archiv f. Wanderungswesen Jg. 8, 1936, 3. S. 83—88. — Behandelt wird Frankreich, Holland, d. britische Insel und Irland. Vgl. hierzu d. früheren Aufsätze dess. Verf. in: Arch. f. Wanderungswesen Jg. 5, 1932, 3/4. S. 95—98; Jg. 7, 1934, 1. S. 5—11.
- (Hofmann, S. F.): Bevölkerungspolitiches aus der Gottschee. In: Südostdt. Forschungen, hrsg. von F. Valjavec. 1, 1936. S. 308—311.
- Keuchenius, E.: Siedlungspläne in den Niederlanden. In: Die Sonne Jg. 13, 1936, 12. S. 547—560. — Übers. aus d. Holländischen von M. R. Gerstenhauer.
- Loesch, K. C. von: Italien und der Donauraum. In: Volk u. Reich Jg. 12, 1936, 12. S. 929—935. — Die Zusammenhänge zwischen Italien u. d. Donauraum sind für d. europ. Politik besonders wichtig, weil sie d. Donauproblem mit dem Mittelmeerproblem verknüpfen.
- Maull, O.: Die Lage in Europa. Geopolitische Berichterstattung. In: Zs. f. Erdkunde Jg. 5, 1937, 1. S. 25—29.
- Um den Ostseeraum. In: Niederdt. Welt Jg. 12, 1937, 1. S. 1—3.
- \*Petri, F.: Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich. Mit 6 Taf., 47 Text- und 2 Übersichtskt. [2 Halbbde]. Halbband 1. 2. Bonn: Röhrscheid 1937. XLIII, 768 S. S. 769—1041. Gr. 8°. — Veröffentlichung d. Inst. f. geschichtl. Landeskunde d. Rheinlande an d. Univ. Bonn. 25,— RM. — Die fränkische Landnahme in Frankreich und den Niederlanden u. d. Bildung der westlichen Sprachgrenze.
- Püllmann, A.: Mare balticum — Europas Schicksalsmeer. In: Länder u. Völker N. F. Jg. 67, 1937, 1. S. 15—19.
- (Sachse, H.): Die Verluste des ungarländischen Deutschtums. In: Dt. Arbeit Jg. 37, 1937, 2. S. 57—63. — Nach d. amtl. ungarischen Volkszählungen von 1920 u. 1930.
- Schaal, R.: Eine Fahrt zu den Donauschwaben in der Batschka. In: Zs. f. Erdkunde Jg. 5, 1937, 2. S. 59—72.
- Schramm, E.: Die geistigen und politischen Voraussetzungen des spanischen Bürgerkrieges. In: Zs. f. Politik. Bd. 27, 1937, 1/2. S. 41—59.
- \*Schuon, G.: Die nordöstliche Schwäbische Türkei. Schramberg (Schwarzwald) 1936: Gatzert & Hahn. 93 S. mit Pl.-Skizzen, 5 Bl. Abb., 9 Ktn. 8°. — Ein Beitrag zur Geographie d. deutschen Bauerntums im heutigen Südungarn. Diss. Tübingen. — Im Buchh. bei Ausland u. Heimat, Stuttgart, als: Schriften d. Dt. Auslands-Inst. Stuttgart. Neue Reihe, Bd. 3. 2,— RM.
- \*Seraphim, P.-H.: Die Ostseehäfen und der Ostseeverkehr. Berlin: Volk u. Reich Verl. 1937. 314 S. mit Fig., 15 S. Ktn.-Skizzen u. Pl. Gr. 8° = Schriften des Inst. f. osteurop. Wirtschaft am Staatswiss. Inst. d. Univ. Königsberg. 15,— RM. — Ein bes. Abschnitt beh. d. Wirtschafts- und Verkehrsstruktur d. Ostseeraumes, insbes. den ostbaltischen und russischen, d. ostdeutschen u. d. skandinavischen Wirtschaftsraum.
- Seraphim, H.-J.: Das Schrifttum über Agrarverfassung und Agrarpolitik der deutschen Volksgruppen in Nordost- und Südosteuropa. In: Dt. Archiv f. Landes- und Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 194—204. — I. Einige Arbeiten über d. baltischen Länder. (In zwangloser Folge sollen in den nächsten Heften weitere Gebiete behandelt werden.)
- Severus: Italiens Mittelmeerstellung. In: Volk u. Reich Jg. 12, 1936, 12. S. 924—929. (Stewner, E.): Vom Deutschtum Wolhyniens. In: Dt. Arbeit Jg. 37, 1937, 1. S. 11—17.
- Triarius: Die Aaland-Inseln. In: Wehrfront Jg. 4, 1937, 4. S. 98—100.
- Die Volkstumsarbeit der Tschechen und Slowaken im Ausland. In: Volk u. Führung Jg. 3, 1937, 1. S. 14—16.
- Weidlein, J.: Die volklichen Verhältnisse in der Schwäbischen Türkei im 18. Jahrhundert. In: Südostdt. Forschungen. I, 1936. S. 60—78.

Zatschek, H.: Die Witigonen und die Besiedlung Südböhmens. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung Jg. 1, 1937, 1. S. 110 bis 130. — Die Abhandlung gibt mit einigen Zusätzen u. unwesentl. Veränderungen e. Vortrag wieder, den Verf. am 27. Sept. 1936 in Linz gehalten hat. — Mit 1 Bildtaf. u. 1 Kt.

#### Asien

Atay, F. R.: Die Türkei von Montreux. In: Europ. Revue Jg. 13, 1937, 2. S. 97—105. — Die Meerengenfrage u. d. Mittelmeer; die Sandschak-Frage.

Aust, O.: Die bevölkerungspolitische Lage in Ostasien. In: Die Dt. Kämpferin Jg. 4, 1937, 11. S. 415—419.

Borch, H. v.: Die Schicksalsfrage des Fernen Ostens — Japans historische Politik. In: Dt. Adelsblatt Jg. 55, 1937, 8. S. 226—227.

Borcke, K. von: Die strategische Lage der Türkei. In: Militär-Wochenblatt Jg. 121, 1937, 29. S. 1650—1652.

Duda, H. W.: Die neue Türkei. In: Die bad. Schule Jg. 3, 1936, 12. S. 279—282.

Eckert, G.: Die Zahl der Asiaten in der Südsee. In: Arch. f. Wanderungswesen Jg. 8, 1936, 3. S. 94—99.

Fenzel, G.: Über die Notwendigkeit der chinesischen Innenkolonisation. In: Ostasiat. Rdsch. Jg. 18, 1937, 1. S. 18—24.

Fochler-Hauke, G.: Wirtschaftsgeographische und wirtschaftspolitische Betrachtungen über die Mandschurei. In: Mittn. d. Geogr. Ges. München. Bd 29, 1936. S. 39—62.

\*Fochler-Hauke, G.: Der Ferne Osten. Mit 6 Ktn. Leipzig u. Berlin: Teubner 1936. VIII, 70 S. 8<sup>o</sup>. — Macht und Erde, H. 3. 1,40 RM. — Macht- u. Wirtschaftskampf in Ostasien.

Otte, Fr.: China: Land und Volk. In: Sinica Jg. 11: 1936, 5/6. S. 158—171. — Ein staatswissenschaftlicher Überblick, wobei vor allem die Geopolitik und das, was Staat und Volk betrifft, behandelt wird.

(Rahman, H.): Strukturwandel der islamischen Welt. In: Europ. Revue Jg. 13, 1937, 2. S. 154—157; S. 160—161.

Rohrbach, P.: Staats- und Volksgedanke in China. In: Die Hilfe Jg. 43, 1937, 1. S. 1 bis 4.

Sigismund, Fr.: Nepal, ein arisch beherrscher Staat in Vorderindien. In: Rasse Jg. 4, 1937, 1. S. 22—26.

Stoye, J.: Japan — Volk und Raum. In: Der Naturforscher Jg. 13, 1937, 11. S. 377 bis 382.

#### Afrika

Heyer, B.: Probleme Südafrikas. In: Dt. Lebensraum Jg. 5, 1937, 1. S. 17—22.

\*Waibel, L.: Die Rohstoffgebiete des tropischen Afrika. Mit 20 Ktn. im Text u. 2 farb. Ktn.-Beil. Leipzig: Bibliogr. Inst. (1937). 224 S. Gr. 8<sup>o</sup>. Lw. 18,— RM.

\*Winkler, H.: Ägyptische Volkskunde. Mit 110 Taf. Stuttgart: Kohlhammer 1936. XX, 509 S., 1 Kt. Gr. 8<sup>o</sup>. 39,— RM.

#### Amerika

Blesch, J.: Panamerikanische Politik und Völkerbund. In: Europ. Revue Jg. 13, 1937, 2. S. 105—115.

(Gerlach, H.): Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten. In: Dt. Lebensraum Jg. 5, 1937, 1. S. 28—32.

Rheinbaben, Frh. von: Die Panamerikanische Konferenz in Buenos Aires. In: Zs. f. Politik Bd 27, 1937, 1/2. S. 1—21.

\*Schott, C.: Landnahme und Kolonisation in Canada am Beispiel Südontarios. Mit 59 Fig. im Text u. 55 Abb. auf Kunstdrucktaf. Kiel: (Geogr. Inst. d. Univ.) 1936. XV, 330 S. Gr. 8<sup>o</sup> = Schriften d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel. Bd. 6. 12,— RM.

Ullmann, H.: Sao Paulo. In: Europ. Revue Jg. 13, 1937, 2. S. 136—143. — Brasilianische Probleme.

*Diesem Hefte sind drei Werbeblätter beigelegt, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen:*

*Buchhandlung des Waisenhauses Berlin für das Werk „Imperium — Faschismus“; Kohlhammer-Verlag, Stuttgart; Heilquelle Karlssprudel, Euskirchen, für ihren Sprudel.*

# Welt-Rundfunk

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Kurt Wagenführ, Berlin

1937

April

Nr. 2

**Reichspostminister Dr.-Ing. e. h. OHNESORGE:**

## Das Fernsehen — Möglichkeiten und Erreichtes

In einer nun glücklich überwundenen Zeit, die in der Wirtschaft das Schicksal der Menschheit zu sehen wähnte, mußte auch der Nachrichtenaustausch von den Fesseln materialistischer Einstellung sich beengt fühlen. Erst der Nationalsozialismus erhob das Nachrichtenwesen aus der unbefriedigenden Rolle einer auf Rentabilität eingestellten Dienerin der Wirtschaft und setzte ihr das Ziel, der Volksgemeinschaft ein möglichst vollkommenes Werkzeug zur Festigung der inneren Verbundenheit zur Verfügung zu stellen.

Nachdem als dritte Stufe des Nachrichtenverkehrs, als bislang letzte Vervollkommnung der Nachrichtentechnik das Fernsehen entwickelt wurde, stand die Deutsche Reichspost als Treuhänderin des gesamten Deutschen Nachrichtenwesens damit vor der Aufgabe, auch diesen jüngsten Zweig mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf den gegenwärtigen wirtschaftlichen Nutzen zu fördern.

Es lagen zwei Anwendungsarten nahe:

1. Die Ausstrahlung von „Tonbildern“ an beliebige Empfänger (Fernsehrundfunk).
2. Der Austausch des eigenen Bildes und der eigenen Sprache zwischen bestimmten in beliebiger räumlicher Entfernung voneinander befindlichen Partnern (Fernsehsprechverkehr).

Beide Betriebsarten stehen in einer fruchtbaren Wechselwirkung: Während der Fernsehrundfunk die Sende- und Empfangseinrichtungen dem jüngeren Fernsehsehsprechverkehr in betriebsreifem Zustand überließ, kamen die für letzteren entwickelten Kabelwege (sog. Breitbandkabel) sehr bald wiederum dem Fernsehrundfunk zugute; halfen sie ihm doch, die engen Grenzen zu überwinden, die der drahtlosen Ausbreitung der Fernsehdarbietungen nun einmal durch die Charakteristik der dafür geeigneten Wellenart gesetzt sind. Die Breite des hierbei zu übertragenden Frequenzbandes (über 1 Million Hertz) bedingt nämlich die Verwendung ultrakurzer Wellen; und diese haben die Eigenschaft, sich vorwiegend gradlinig bis etwa auf optische Sichtweite von der Höhenlage der Sendeantenne auszubreiten, so daß ihre Reichweite im Gegensatz zu den Rundfunkwellen durch die Erdkrümmung begrenzt wird.



Hiermit wird ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Fernsehrundfunk und dem gewöhnlichen akustischen Rundfunk berührt. Die Darbietungen des letzteren breiten sich ohne Rücksicht auf Grenzpfähle über Länder und Meere aus, gleichviel ob sie als willkommene Gäste oder verhaßte Eindringlinge empfunden werden. Die Grenzen seiner Wirksamkeit liegen also nicht im Räumlichen, sondern vielmehr in der Mannigfaltigkeit der Sprachen, ist doch die Mehrzahl der Menschen nur einer Sprache mächtig.

Ganz anders beim Fernsehrundfunk! Das Bild kennt keine Sprachschranken. Es redet zu jedem in derselben Sprache, wird überall verstanden und wirkt irgendwie auf alle ohne Unterschied der Rasse oder Bildung. Es übertrifft in einer Beziehung selbst die Muttersprache: das Bild wirkt glaubwürdiger als das Wort; sind wir doch gewohnt, unseren Augen mehr zu trauen als unseren Ohren.

Diese überragende propagandistische Bedeutung kann sich allerdings nach dem jetzigen Entwicklungsstande — anders als beim akustischen Rundfunk — außerhalb schmalen Grenzstreifen nur im Einvernehmen der beteiligten Länder auswirken, weil die Überbrückung größerer Entfernungen nur auf dem Kabelwege möglich ist. Wenn verkehrstechnische Fortschritte die Völker einander näherbrachten, so nahmen infolge ihrer Verwendung in der Politik häufig auch die Reibungsmöglichkeiten zu.

Beim Fernsehen werden dagegen gerade die eigenartigen Ausbreitungsbedingungen sicherstellen, daß es eher Wegbereiter gegenseitigen Verständnisses sein wird.

Wie der Fernsehsprechverkehr den Kontakt zwischen beiden Gesprächspartnern zum absolut sicheren und unverfälschten gestaltet, so kann der Fernsehrundfunk nicht nur die innigste gefühlsmäßige und politische Brücke zwischen Führer und Volk werden, sondern schließlich auch eine Brücke zwischen den Völkern abgeben, die sich seiner zu bedienen wissen.

Die Einführungsbedingungen für den Fernsehrundfunk liegen in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Die hohen Kosten der Breitbandkabel könnten zunächst die drahtlose Versorgung größerer Flächen erwünscht erscheinen lassen. Wegen der Beschränkung der Reichweite auf die optische Sicht ist dies aber nur möglich, wenn geeignete Bergkuppen usw. für die Aufstellung der Sender verfügbar sind, die eine weitere Umgebung beherrschen. Die Strahlungswirkung ist indessen auch dann keineswegs nach allen Richtungen gleichmäßig, weil die geologische Beschaffenheit des Bodens (Grundwasserverhältnisse, Waldbestand, Erz- und Kohlelager) bei der Fortpflanzung der Strahlung eine bedeutende Rolle spielen, wie unsere Versuche mit fahrbaren Fernsehsendern auf den Kuppen des Brockens und des Feldbergs (Taunus) gezeigt haben. Die Versorgung größerer Flächen auf dem Drahtwege, der von allen solchen Beeinflussungen frei ist, wird aber der Kosten wegen zunächst doch nur Gebiete größerer Bevölkerungsdichte bevorzugen müssen; sie ist in den weiten dünnbesiedelten Flächen Nordamerikas schwieriger als in unserer Heimat.

So steht heute die praktische Anwendung des Fernsehens überall noch in den Anfängen. Deutschland hat den Vorzug, daß es als erstes Land der Welt den Fern-

sehrundfunk und das Fernsehsprechen betriebsmäßig, wenn auch zunächst nur in beschränktem Umfang, eingeführt hat. In der Reichshauptstadt läuft seit zwei Jahren ein Fernsehrundfunkbetrieb. Zwei Sender unterhalb des Funkturms in Berlin versorgen das Stadtgebiet mit Bild und Ton. In 15 Fernsehstuben, die der Öffentlichkeit zur unentgeltlichen Benutzung freigegeben sind, können Vorträge, kleine Bühnenszenen und Filmdarbietungen auf drahtlosem Wege gesehen und gehört werden. Der Fernsehsprechverkehr ist am 1. März 1936 auf der Strecke Berlin—Leipzig zum erstenmal eingeführt worden. Diese in der Welt einzigartige technische Einrichtung gibt den am Telephon miteinander Sprechenden die Möglichkeit, sich gleichzeitig gegenseitig zu sehen, das Gespräch durch Mienenspiel zu beleben und daneben sich der Sicherheit zu erfreuen, daß jede Verwechslung oder Täuschung des Gesprächspartners ausgeschlossen ist.

Noch in diesem Sommer werden zu den beiden Großstädten Berlin und Leipzig für den Fernsehsprechverkehr die Hauptstadt der Bewegung, München, und die Stadt der Reichsparteitage, Nürnberg, hinzutreten. Bald darauf werden sich nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Kabelstrecken noch Hamburg, Frankfurt (Main) und Köln mit ihren Umgebungen hinzugesellen, so daß in absehbarer Zeit schon eine recht bedeutungsvolle Verkehrsgrundlage für das Fernsehsprechen zur Verfügung stehen wird.

Wie ernst es dem Reichspostministerium mit dem Vortreiben der Fernsehentwicklung ist, von der wir vieles für den kulturellen Fortschritt und den Zusammenhalt des deutschen Volkes erhoffen, beweist die Tatsache, daß die tatkräftige Förderung der Fernsehentwicklung eine der aktuellsten Aufgaben für die Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost ist, die am 1. Januar 1937 in Berlin ins Leben gerufen wurde. Physiker und Techniker dieses gewaltigen Instituts werden restlos wirken, damit das Fernsehen zum Kulturgut des ganzen deutschen Volkes werde.

### JULIUS SOMOGYVÁRY: Ungarns Rundfunknachrichtendienst

*Der Verfasser des Artikels ist Reichstagsabgeordneter und Direktor der Nachrichten- und Propaganda-Abteilung des Ungarischen Rundfunks, der auf die älteste „gesprochene Zeitung“ der Welt zurückblicken kann.*

Der ungarische Rundfunk hat — durch ein glückliches Schicksal begünstigt — nicht mit umständlichen und zeitraubenden Experimenten beginnen müssen, da seit 1892 in Budapest der Telephonrundspruch in Betrieb war, dessen Nachrichtendienst schon damals ein festgelegtes Programm hatte. So konnte der ungarische Rundfunk bei seiner Gründung im Jahre 1925 auf eine Erfahrung von 30 Jahren zurückblicken.

Der Telephonrundspruch ist eine Erfindung des genialen ungarischen Ingenieurs Tivadar Puskás, der lange Jahre unter Edison arbeitete. Seinem Wesen nach ist der Telephonrundspruch ein Rundfunkbetrieb, der jedoch — und hier liegt der

Unterschied — mit einem Kabelleitungsnetz arbeitet, über das er von seinem eigenen Senderraum Vorlesungen, Konzerte und Nachrichten vermittelte. Er übertrug aber auch Stücke aus dem Opernhause und den verschiedenen Theatern der Hauptstadt. Es ist besonders zu bemerken, daß schon im Jahre 1894 auch Übertragungen von Vorstellungen der Budapester Oper auf eine Entfernung von 300 km in die Städte Szeged und Miskolcz durchgeführt wurden.

Als nun 1925 der Telephonrundspruchgesellschaft auch die Rundfunkkonzession erteilt wurde — „Magyar Telefon Hirmondó és Rádió R. T.“ heißt die Gesellschaft —, wurden die zwei Programme in ihrem Wesen verschmolzen, d. h. der Rundfunk übernahm vom Telephonrundspruch seine im Laufe von drei Jahrzehnten ausgebildete Programmorganisation und vervollständigte es bis zu seiner heutigen Entwicklungsstufe. (Es sei bemerkt, daß der Telephonrundspruch noch heute besteht, und zwar als Nebenbetrieb des Rundfunks, da die alten Abonnenten an diesem „Ur-Rundspruch“ teilweise aus Gewohnheit, teilweise wegen des störungsfreien Empfangs festhielten, abgesehen davon, daß dieser Empfang heutzutage mit Lautsprechern ebenso bequem ist wie der des Rundfunks und die beiden Programme fast immer identisch sind.)

Die Form der Nachrichtensendung hat sich schon eindeutig in den Entwicklungsjahren des Telephonrundspruchs herausgebildet: immer frische, objektive, ganz kurz gefaßte Nachrichten, die frei von jeder Tages- und Parteipolitik sind. Das „Journal parlé“ kann nicht Stellung nehmen, unmöglich Leitartikel enthalten, aber auch keine Kriminalchronik oder gerichtliche Rundschau sein; hinsichtlich der letzten Rubrik kann es nur solche Tatsachen aufnehmen, die von allgemeinem Interesse sind und die auch heranwachsende Kinder anhören können. In der Form kann sich die Nachrichtensendung in ihrer Aufmachung der anderer Rundfunkstationen unterscheiden, im Grunde genommen beruht aber jede auf den gleichen Prinzipien.

Wenn der Rundfunk diese Grenze nicht überschreitet, kann er nie ein ernster Konkurrent der Presse werden, sondern im Gegenteil, er ist ihr treuer Verbündeter. Indem er aus den Tagesereignissen das Wichtigste heraushebt, das Auserwählte in kurzer und groß angelegter Form vermittelt, lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Presse.

Wie erwähnt, können wir, wenn wir die Rundfunkstationen der Welt beobachten, von den verschiedenen Sendern eine abwechslungsreiche Form hören. Es gibt Sender, die nur den Ausgangspunkt der Nachricht benennen und nur den kurzen Text der Nachricht verlesen. Andere geben die Nachricht mit einem kleinen Erklärungstext durch, während wieder andere eigene Telegrammtexte funken. Es gibt Sender, die die Nachrichten ohne Unterbrechungen verlesen, andere schalten wieder zwischen den einzelnen Nachrichten Pausen ein, schlagen an eine Glocke oder unterscheiden die einzelnen Nachrichten mit einem Trennwort. Dies gehört selbstverständlich nicht zum Wesen des Nachrichtendienstes, da ja bekanntlich alle Sender dasselbe Ziel ver-



folgen: den Rundfunkhörern die Nachrichten in der angenehmsten und besten Form zu vermitteln. Nachdem der Rundfunktext weder Ausrufungszeichen noch Klammern oder Anführungszeichen gebrauchen und zum Ausdruck bringen kann, muß die Pointierung durch andere Mittel ersetzt werden.

Da wir von der Form sprechen, können wir auch über den Zeitpunkt und die Zeitdauer der einzelnen Nachrichtensendungen nicht hinweggehen. Die einzelnen Zeitpunkte sowie ihre Zeitdauer haben gleichfalls die Erfahrung bestimmt. In Ungarn geschah dies noch während der ersten Jahre des Telephonrundspruchs, so daß der ungarische Rundfunk diese Programmeinteilung von seinem Vorgänger übernahm. Es wurde seither insgesamt nur eine Nachrichtenperiode eingeschaltet, und zwar um 16.45 Uhr. Diese machte der Tagesablauf der Provinz und des Dorfes nötig. Wenn ein Rundfunkhörer alle fünf Nachrichtensendungen des ungarischen Rundfunks anhören kann, so ist er über alle wichtigen Ereignisse und Geschehnisse des Tages vollkommen im Bilde. Dies bedeutet, daß sogar die Gegenden, in die Zeitungen erst sehr verspätet hingelangen, gut informiert sind. Die Erfahrung hat bewiesen, daß der Gesamtzeitraum einer Sendung 10 bis 15 Minuten nicht überschreiten soll. Ausnahme bildet selbstverständlich die Sendung, die außer Nachrichten auch Börsenkurse oder sonstige Verlautbarungen vermittelt.

Das ständige Problem ist der Zeitpunkt der Nachrichtensendung am Abend. Ideal wäre selbstverständlich, wenn dieser Zeitpunkt auch für alle Tage zur gleichen Stunde angesetzt werden könnte. Leider ist dies aber unmöglich, da die Abendkonzerte und Theatervorstellungen nicht immer zum gleichen Zeitpunkte anfangen oder enden, und so ist der Rundfunk gezwungen, sich mit den Abendnachrichten an die Konzertstunden anzupassen. Es kommt also oft vor, daß die Nachrichtenperiode erst zu einer späten Abendstunde angesetzt werden kann. Für die Hörer der mitteleuropäischen Zeitzone wäre dies kein großer Nachteil, aber für die Bewohner des abgetrennten Siebenbürgens, das schon zur osteuropäischen Zeitzone zählt und sich an die Zeiteinteilung der rumänischen Hauptstadt anpassen muß, ist die letzte Nachrichtensendung schon sehr spät.

Diese Millionenmasse kann ihre Nachrichten nicht von dem rumänischen Sender abhören und ist infolge Unkenntnis der rumänischen Sprache auf den Budapester angewiesen. Die ungarischen Bewohner Siebenbürgens haben sich schon des öfteren an Radio Budapest mit der Bitte gewendet, die Nachrichten in die frühen Abendstunden zu verlegen. Es ist dies ein ständiges und vorläufig unlösbares Problem des ungarischen Rundfunks.

#### *Anmerkung der Schriftleitung:*

*Über die Entwicklung des Ungarischen Rundfunks in seinem ersten Jahrzehnt (1925—1935) ist ein geschmackvolles, reich bebildertes Werkchen erschienen, das über Organisation, Programmaufbau und technische Einrichtungen eine klare und übersichtliche Darstellung gibt. Das Buch „Radio Budapest“ ist eine sehr empfehlenswerte Veröffentlichung, die auf 64 Seiten in Wort und Bild alle wesentlichen Fragen berührt.*

**KURT WAGENFÜHR:****Amerikas Rundfunkaustausch mit der Welt**

Das europäische Büro der NBC. veröffentlicht eine Aufstellung ihrer seit 1924 vorgenommenen Übertragungen von Europa nach USA. und umgekehrt. Die Gesamtzahl zeigt bis auf 1933 eine ständige Steigerung, die seit 1934 in den Übernahmen, seit 1935 auch in den Aussendungen eine erhebliche Zunahme zeigt. An der Spitze der Länder, die von USA. übernehmen, steht Deutschland, an erster Stelle der Staaten, von denen Amerika Programme übernimmt, ist England. (Hierbei spielt naturgemäß die gemeinsame Sprache eine Rolle.) Es fällt bei den Gesamtzahlen von Deutschland, England und der Schweiz auf, daß die Zahlen im Vergleich zu denen der anderen Länder sehr hoch sind. Das mag einen Grund darin haben, daß einmal Deutschland und England einen ständigen Rundfunkvertreter (für Deutschland ist es Kurt G. Sell, für England Felix Greene) in Nordamerika haben, ferner daß die NBC. einen Vertreter in London, Fred Bate, und einen Vertreter in der Schweiz, Dr. M. Jordan, hat; diese unmittelbare Fühlungnahme wirkt sich recht günstig auf den Programmaustausch aus.

Ganz deutlich zeichnen sich besonders markante Ereignisse in der Tabelle ab: so 1936 die Olympischen Spiele (Deutschland), die Abdankung des König Edward VIII. (England), der Bürgerkrieg in Spanien; 1935 (Afrika) der italienisch-abessinische Feldzug; 1935 und 1936 die Salzburger Festspiele (Österreich); 1936 die Pan-Amerika-Konferenz (Südamerika); 1931 und 1932 (Schweiz) die Abrüstungskonferenz (Berichte von Genua aus); 1935 (Frankreich) die Fahrt der „Normandie“ nach New York usw. Man erkennt, wie der Rundfunk am Weltgeschehen teilnimmt, an das Ereignis herangeht und die Mikrophone in höchster Beweglichkeit einsetzt.

Zu der ersten Rubrik 1924—1929 ist zu bemerken, daß 1924 nur 2 Übertragungen (aus London und Kuba) stattfanden, dann erst wieder 1928 aus Kuba, alle anderen Übertragungen fallen in das Jahr 1929.

Bei den Sendungen nach Deutschland treten im Jahre 1932 die regelmäßigen Darbietungen in Erscheinung, die Kurt G. Sell unter dem Titel „Worüber man in Amerika spricht“ bestreitet. Ganz eindeutig gehen aus den Angaben die Bestrebungen der NBC. hervor, mit Südamerika in einen engeren (bisher etwas vernachlässigten) Programmaustausch zu kommen.

Die NBC.-Statistik verzeichnet ferner auf 100 Seiten alle Austauschprogramme, die seit 1924 von oder nach USA. übertragen worden sind. Eine Auswertung nach aktuellen, politischen und künstlerischen Sendungen muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Die Übersicht ist außerordentlich wertvoll und birgt wichtiges Quellenmaterial, sie ist ein Spiegel der internationalen Programmentwicklung und der Beziehungen von Rundfunk und Zeitgeschehen.

	1924 bis 1929		1930		1931		1932		1933		1934		1935		1936		Zusammen	
	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach	von	nach
Österreich .....	—	—	—	—	2	—	2	—	1	1	11	—	14	1	24	3	54	5
Belgien .....	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	—	3	—	4	—	11	—
Bulgarien .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
Tschechoslowakai .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	3	1	6	3	11	4
Dänemark .....	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	4	3	2	4	10	9
England .....	8	—	72	1	59	—	20	—	66	5	106	10	85	43	133	27	549	86
Estland .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Finnland .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5	2	2	1	8	3
Frankreich .....	—	—	—	—	12	1	13	—	10	1	11	—	25	2	28	4	99	8
Deutschland .....	3	—	7	1	17	21	40	43	26	26	30	33	24	64	112	38	259	226
Holland .....	2	—	3	—	1	—	—	—	2	1	2	—	5	—	1	2	16	3
Ungarn .....	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	3	—	8	1	6	1	18	3
Island .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	2	—
Irland .....	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	1	—	1	—	4	1
Italien .....	—	—	2	—	4	1	7	—	4	—	11	—	21	1	25	4	74	6
Lettland .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	2	1
Litauen .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Norwegen .....	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	3	4	2	2	2	8	8
Polen .....	—	—	—	—	1	—	1	—	1	1	5	—	4	—	1	1	13	2
Portugal .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
Rumänien .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Rußland .....	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	11	4	10	2	8	4	32	11
Spanien .....	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	2	—	4	—	8	1
Schweden .....	—	—	—	1	—	—	2	—	1	1	4	2	6	2	4	2	18	7
Schweiz .....	—	—	—	—	20	—	41	—	5	1	8	—	16	—	13	4	103	5
Vatikan .....	—	—	—	—	3	2	1	—	2	—	2	—	4	—	7	1	19	3
Jugoslawien .....	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	2
Südamerika .....	2	1	3	1	10	2	6	—	8	1	26	1	14	9	61	78	130	98
Afrika .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	2	—	13	—
Asien .....	—	—	—	1	6	3	7	—	—	—	20	1	34	3	15	4	93	12
Australien .....	—	—	—	4	3	2	1	—	—	—	2	1	8	—	2	2	20	9
Schiffe und Flugzeuge ...	1	—	3	4	3	2	1	—	—	—	2	—	3	—	2	—	38	—
Weltsendung .....	—	—	—	—	2	—	3	—	1	—	14	—	3	—	18	—	—	—
Zusammen	16	1	95	8	142	38	149	43	143	43	278	56	319	136	487	191	1629	511
	17	—	103	—	175	—	192	—	186	—	334	—	455	—	678	—	2140	—

1924 bis 1936: 2140 Internationale Austauschsendungen.



**KURT G. SELL:****Auslands-Vertreter des Rundfunks**

*Dr. Kurt G. Sell, Washington, früher in diplomatischen Diensten in Japan und Amerika, ist seit 1927 DNB.-Vertreter in USA. und seit 1930 auch Vertreter des deutschen Rundfunks in Nordamerika.*

Soeben hat in Berlin die halbjährliche Tagung des Weltrundfunk-Vereins stattgefunden. Zu ihr erschienen aus den einzelnen Ländern die Vertreter des Rundfunks ihrer Heimatstaaten. Man hat sich an diese regelmäßigen und außerordentlich nützlichen Zusammenkünfte gewöhnt und auch das große Publikum kennt jetzt diese internationale Einrichtung. Wenig bekannt ist hingegen die Einrichtung ständiger Rundfunkvertretungen in fremden Ländern, und doch gibt es so etwas bereits seit vielen Jahren. Man hat diese Männer in Kreisen der Fachleute scherzhaft „Rundfunkbotschafter“ oder „Rundfunkdiplomaten“ genannt; in Wirklichkeit sind wir Verbindungsleute zwischen dem Rundfunk der Heimat und dem des Gaststaates.

Die frühzeitige Entwicklung und gewaltige Ausdehnung des amerikanischen Rundfunks, insbesondere der National Broadcasting Company, hat es mit sich gebracht, daß gerade im Zusammenhang mit ihr diese Einrichtung zuerst notwendig wurde und sich allmählich zu einem Bestand von vier Verbindungsleuten entwickelte. Ein Vertreter des Reichsrundfunks sitzt in Washington, ein Vertreter der British Broadcasting Company in New York, ein Vertreter der NBC. in London (für England, Empire und Frankreich) und ein weiterer Vertreter der NBC. in Basel (für ganz Continental-Europa).

Die Aufgabe dieser Vertreter ist mannigfaltig und wirklich am besten der eines „Botschafters“ zu vergleichen. Da gibt es zunächst die Herstellung guter, vertrauensvoller Beziehungen zu den Leitern der Rundfunkgesellschaften; dann der Ausbau des Verkehrs zwischen den beiden Ländern durch Austausch von Programmen; dann vielleicht der Abschluß von Verträgen über Programmaustausch oder den Austausch von funktechnischen Erfahrungen. Dann kommt, wie bei einer Botschaft, die Abfassung von Berichten über den Rundfunk des Gastlandes, über die hier üblichen Methoden in Technik und in Programmgestaltung, über die Tendenzen in den Programmen und insbesondere über die Aufnahmefähigkeit für Programme, die aus dem Heimatland kommen. Dazu gehört auch die Versorgung des Heimatfunks mit Funkzeitschriften, mit Anschauungsmaterial usw., so daß man sich zu Hause ein möglichst gutes Bild über den hiesigen Rundfunk machen kann. Man lernt voneinander und man kommt sich näher, wenn man behutsam vorgeht, als „guter Nachbar“ sich selbst und daher auch den anderen Rundfunk respektiert, und wenn man nie vergißt, daß die Souveränität des eigenen Landes an den Landesgrenzen aufhört.

Gewiß gibt es Möglichkeiten — sie bieten sich sogar oft —, Mißverständnisse zu beseitigen, Schwierigkeiten zu überwinden, für den eigenen Rundfunk zu werben und auf „diplomatische“ Unschönheiten im fremden Rundfunk diplomatisch hinzuweisen, aber selbstverständlich wird NBC. nie den deutschen Rundfunk kritisieren, noch werden wir an ihren Methoden Tadel üben, denn wir lassen uns nicht zur Einmischung in amerikanischen Funk hinreißen und wir wissen, daß die sehr verständige, kameradschaftliche Leitung von NBC. das auch uns gegenüber noch nie getan hat. Bestehen gewisse Zweifel und Bedenken, wie das seit Januar 1933 des öfteren vorkam, so springt der „Rundfunkbotschafter“, der die Verhältnisse und die leitenden Männer in beiden Rundfunksystemen kennt, sofort ein und wird erklären, aufklären, vermitteln, notfalls natürlich auch in freundlicher Form recht energisch werden. Auf dem Boden gegenseitiger Achtung und völliger Gleichberechtigung, auf der Basis würdiger, verständiger Reziprozität findet man immer wieder die Lösung vieler, oft anfangs schwierig erscheinender Probleme.

England hat es in dieser Beziehung soviel leichter als wir: die gleiche Sprache, fast die gleiche Literatur, die gleichen Lieder, die sentimentale Anhänglichkeit der früheren Kronkolonien an das britische Mutterreich, das Fehlen weltanschaulicher Differenzen, die Ähnlichkeit der Regierungsform, all das hilft sehr viel beim Austausch von Programmen. All das wirkt bei uns hindernd. Trotzdem haben wir zeitweise mehr Programme pro Monat hierher übertragen als die BBC. Daß dies Ausnahmefälle waren, sei ruhig zugegeben, denn mit handicaps der oben geschilderten Arten kann man natürlich nicht immer siegen. Wir haben aber trotz all dieser Schwierigkeiten stets den zweiten Platz und weiten Abstand vor den dritten und vierten Ländern behauptet. In erster Linie wegen der deutschen Musik, die in Amerika sehr verehrt wird, dann wegen des großen Interesses am deutschen Volk, zu dem man sich ebenfalls hingezogen fühlt, einmal weil es wenigstens ein Viertel der hiesigen Bevölkerung gestellt hat, dann weil die deutschen Einwanderer in so großem Maße zur Aufschließung und Förderung des amerikanischen Staatswesens beigetragen haben.

Schließlich und mit ständig steigender Bedeutung wirbt der Kurzwellenfunk für ein besseres Verstehen des Deutschen Reichs. Im amerikanischen Äther kreuzen sich hunderte von Wellen, und die NBC. selbst hat ihren Kurzwellenfunk nach Europa und nach Südamerika in letzter Zeit sehr ausgebaut und durch Richtstrahler auch technisch verbessert. Stets gut kommt jedoch der deutsche Kurzwellensender herüber, und das Interesse an diesen Programmen wächst von Jahr zu Jahr. In den Gegenden, wo sich die deutschen Siedler oder die deutschen Pioniere niedergelassen haben: in Pennsylvania, in Texas, in Michigan, Wisconsin, Nebraska und in vielen anderen Farmgegenden sowie in den Großstädten Chicago, Cleveland, Milwaukee, New York usw. mehrt sich die Zahl der Hörer und oft

wenden sich die amerikanischen Sender in diesen Bezirken an uns mit der Bitte, die Programme übernehmen zu dürfen. Auch das ist eine Quelle reichlicher Arbeit, um die Einzelheiten zu prüfen, die Spreu vom Weizen zu sondern und auch um Anregungen für Programmgestaltung an die Heimat zu geben. Der Boden ist also gar nicht dürr, sondern er kann gute Frucht bringen, wenn man ihn sorgfältig bearbeitet und das Schicksal die nötige Sonne, d. h. etwas Glück in den wesentlichen, vom Rundfunkvertreter nicht beeinflussbaren Begleitumständen liefert.

### GOETZ OTTO STOFFREGEN: Von der Magie des Rundfunks

*Der Intendant des Deutschlandsenders, dessen Programme als „Reichs-Sender“ besonders vielfältig und abgewogen in Aufbau und Form sein müssen, greift hier ein Problem auf, das alle Rundfunkländer immer wieder beschäftigt und die grundlegenden Fragen der Rundfunk-Arbeit berührt. Wir stellen das Thema zur weiteren Aussprache.*

In Berlin gibt es eine Möbelfabrik, die „Rundfunkküchen“ herstellt; sie versteht darunter nicht etwa Küchenanlagen für Funkhäuser, sondern vielmehr Küchenmöbel mit eingebautem Rundfunkempfänger. Die schöne Unbefangenheit, mit der diese Einrichtungsgegenstände nicht nur angepriesen, sondern auch gekauft werden, hat etwas Entwaffnendes an sich. Man kann nichts dagegen tun, kann es nur mit Interesse zur Kenntnis nehmen und sich seine Gedanken über das Ergebnis dieses Zustandes machen.

Es lautet: für eine sehr breite Schicht von Hörern ist das Rundfunkprogramm bestenfalls zur Begleitmusik, schlimmstenfalls zum unentbehrlichen Nebengeräusch für das mehr oder minder traute Familienleben geworden.

Dabei ist es selbstverständlich ganz gleichgültig, ob diese Schicht sich in der „Rundfunkküche“, in der „guten Stube“, im „Salon“ oder wo sonst immer bewegt. Es macht nichts aus, ob ein Sechsröhren-Superhet mit allen Schikanen die Rolle des Geräuschemachers spielt oder ob das durch einen Volksempfänger besorgt wird. Man trifft die Atmosphäre der Rundfunkküche auch im Milieu der echten Teppiche und der Klubmöbel an. Hier wie dort kann man sich zu den Klängen des Lautsprechers ganz zwanglos darüber unterhalten, daß Karlchens Stiefel zum Schuster müssen, daß Mariechen neue Strümpfe braucht, daß das Rindfleisch in diesen Tagen knapp ist und was der Alltag sonst an interessanten Dingen mit sich bringt.

Man schält Kartoffeln, putzt die Fenster, liest die Zeitung, schrubbt die Küche, legt Patience, heizt den Ofen — kurzum: man beschäftigt sich sozusagen nutzbringend und läßt im Hintergrunde den Lautsprecher tönen. Was der Empfänger ins Haus bringt, ist völlig nebensächlich. Man hört an einer Symphonie ebenso vorbei wie an einem Vortrag über Bienenzucht und wird nur aufmerksam, wenn der



neueste Schlager erklingt. Dann summt oder pfeift man mit, lächelt zufrieden, fällt in seine Indolenz zurück und merkt erst dann wieder auf, wenn der Apparat mit der Lieferung des zur Hausarbeit und zur Zwiesprache unentbehrlichen Geräusches plötzlich aufgehört hat, weil eine überbeanspruchte Röhre durchgebrannt ist.

Nicht von dieser Hörerkategorie soll die Rede sein. Auch nicht von jener, die, weil sie entweder keine Programmzeitschrift hat oder zu bequem ist, sich durch sie unterrichten und führen zu lassen, auf gut Glück den Empfänger einschaltet, dabei regelmäßig Pech hat und nun die Schuld nicht bei sich, sondern beim Rundfunk sucht.

Die schaffenden Kräfte des Rundfunks werden sich mit dieser Hörerspezies abzufinden haben, und sie tun es um so leichter, als eben diese Massenverbraucher, diese Vielfraße von Natur aus im allgemeinen friedfertig sind und nur dann tückisch werden, wenn man ihnen zuviel schwere Kost auftischt; sie wollen nun einmal hauptsächlich jene Suppe, von der Goethe meint, daß sie „ein groß' Publikum“ habe. Wir finden uns mit ihnen ab, aber unser Herz und unser eigentliches Schaffen gehört jenen Menschen, die wirklich Hörer sind; jenen Menschen, die den Empfänger einschalten, um zu lauschen. (Lauschen und hören ist genau so zweierlei wie sehen und schauen. Wie sagt Goethe in einem Türmerlied: „Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt.“)

**Was ist denn Rundfunk? Eine Angelegenheit des Individuums oder der Masse? Wird hier eine Menschenanhäufung oder der einzelne angesprochen?**

Man überlege: von hundert Empfängern stehen neunundneunzig in Wohnräumen und wenden sich entweder nur an den Eigentümer, etwa den Junggesellen und die Junggesellin, oder aber an die Familie, also einen ganz kleinen Kreis von Menschen. Diesen entscheidenden Umstand sollten sich die programmschöpferischen Kräfte ständig ebenso vor Augen halten wie alle Vortragenden, gleichgültig über welches Thema sie sprechen.

Der im Unterbewußtsein vorhandene Gedanke, daß ja jeweils eine nach Millionen zählende Schar von Menschen zuhört, verleitet zu Denkfehlern, falschen Schlüssen und verfehlter Taktik.

**Man bildet sich ein, eine geschlossene Masse vor sich zu haben, und vergißt vollkommen, daß sie in Wirklichkeit aus lauter kleinen Gruppen und Einzelwesen besteht, die sich in ihren Wohnungen abgekapselt haben.**

Wer am Mikrophon wirken will, wird gut tun, sich von der Vorstellung freizumachen, daß ihm Tausende oder gar Millionen zuhören; denn diese Tausende oder Millionen sind, wie gesagt, aufgeteilt in Individuen und Familien, deren jede in einem kleinen Raum vor ihrem Empfänger sitzt, ist aufgeteilt in den Arbeiter Schulze, in den Postassistenten Lehmann, in die Familie des Kaufmanns Meyer und den Freundeskreis des Bildhauers Müller. Jede dieser kleinsten Zellen des Volkes ist mit der unbekannten Größe  $x$  zu multiplizieren. Aber das ändert nichts daran, daß nur der Rundfunkschaffende Erfolg hat, der sich so einstellt, daß sich der Volks-

genosse Schulze angesprochen fühlt, daß der Volksgenosse Lehmann in seiner einsamen Junggesellenbude den Eindruck hat, man spiele oder spreche für ihn, daß die Familie Meyer glaubt, einen lieben Gast in ihrer Mitte zu haben, der interessant zu erzählen weiß, und daß der Volksgenosse Müller dem Vortragenden zuhört, als spräche der nur für ihn.

Der Rundfunkschaffende muß sich von dem Gedanken an die Masse frei machen. Vor seinem geistigen Auge muß ein kleines Zimmer stehen mit ein paar Menschen darin. Auf diese paar Menschen in der Enge des Raumes will er wirken; nur sie will er fesseln, bannen, einfangen, vielleicht auch nur unterhalten und entspannen; sie will er persönlich ansprechen.

Da ist die Vorbedingung für den Erfolg jeder Sendung. Denkt der Rundfunkschaffende aber an die Masse, kann er sich beispielsweise von der Vorstellung nicht frei machen, daß der deutsche Rundfunk über acht Millionen zahlende Teilnehmer, also über 30 Millionen Hörer hat, dann wird sein Programm niemals recht wirken, weil er notgedrungen unpersönlich ist. Der Hörer fühlt nicht sich angesprochen, sondern hat den Eindruck, „die anderen“ seien gemeint. Aber da es jedem Hörer so geht, sind „die anderen“ eine Fiktion, und die Sendung geht ins Leere.

Mit dieser Überlegung nähern wir uns den magischen Bezirken des Rundfunks. Es gibt zwei dieser magischen Kreise. Um sie zu erkennen und gegeneinander abzugrenzen, müssen wir das oben Gesagte einer Revision unterziehen und es ergänzen; denn der aufmerksame Leser wird ohnehin einen Einwand zu machen haben: wie steht es denn um den engen Kontakt zwischen dem Redner und dem Rundfunkhörer, wenn eine führende Persönlichkeit der Bewegung oder gar der Führer selbst vor das Mikrophon tritt?

Abgesehen davon, daß wir bisher vom normalen Rundfunkprogramm sprachen, müssen wir berücksichtigen, daß beim Führer und seinen engsten Mitarbeitern das persönliche Fluidum eine ausschlaggebende Rolle spielt, und müssen ferner die verschiedenen Gegebenheiten voneinander sondern. Im wesentlichen interessiert im Rahmen dieser Betrachtung die Übertragung von Großkundgebungen der Partei und ihrer Gliederungen, also jener Veranstaltungen, die in riesigen Räumen oder unter freiem Himmel eine nach vielen Tausenden zählende Teilnehmerzahl vereinigen. Es ist verständlich, daß der Redner sich in erster Linie an diese Menschen wendet und sich erst in zweiter Linie um das Mikrophon kümmert, das — am Rednerpult eingebaut — seine Worte zu den weitaus zahlreicheren Hörern des Rundfunks trägt.

Naturgemäß ist die Wirkung des Redners bei den Kundgebungsteilnehmern viel stärker als bei den Hörern am Rundfunk, soweit sie in ihrer Behausung lauschen. Es kann gar nicht anders sein; denn immer — und sei es auch unbewußt — wird im einzelnen Hörer das Gefühl des Einzelwesens vorhanden sein, immer wird er sich gegenüber den unmittelbar Beteiligten als eine Art fünftes Rad am Wagen

vorkommen; als ein Mensch, der nicht im Mittelpunkt, sondern am Rande der Ereignisse steht. Immer wird der einzelne Hörer spüren, daß der Redner ja eigentlich nicht zu ihm, sondern zur Versammlung spricht, und eine ganze Anzahl von Faktoren trägt zu dieser Erkenntnis bei: der ans Ohr dringende Beifall der Teilnehmer und die Stimmstärke des Redners, der sich, obwohl ihn eine örtliche Übertragungsanlage der Notwendigkeit des Schreiens überhebt, von der Atmosphäre der Großkundgebung fortreißen und seinem Temperament die Zügel schießen läßt. Gewiß kann der Toningenieur die Lautstärke auf das für die Raumverhältnisse einer normalen Wohnung notwendige Maß zurücksteuern, aber an der Klangfarbe, aus der die Erregtheit der Stimme erkennbar wird, kann er nichts ändern. Der Hörer am Lautsprecher spürt daher trotzdem, daß der Redner für ihn, den einzelnen im kleinen Raum, viel zu laut spricht. Das irritiert ihn und verstärkt in ihm das Gefühl, daß er ja gar nicht oder doch erst in zweiter Linie gemeint sei.

Aber der wesentlichste Faktor für dieses peripherische Gefühl des einzelnen Hörers liegt in seiner Vereinsamung, die den denkbar stärksten Gegensatz zur Masse der Teilnehmerschaft bildet.

Ich weiß nicht, ob es diese Erkenntnis gewesen ist, die zur Organisation des Gemeinschaftsempfangs geführt hat; aber er stellt das einzige Mittel dar, die Problematik, die im Einzelempfang von Übertragungen großer Kundgebungen liegt, auszuschalten und eine geradezu ideale Voraussetzung für eine allgemeine Aufnahmebereitschaft zu bilden.

Es ist nicht mehr eine Summe von Einzelwesen, die zuhört, sondern eine im magischen Kreis des Rundfunks stehende auf ein Ziel ausgerichtete Hörschaft, die über die Betriebsgemeinschaft hinauswächst zur Volksgemeinschaft. Jeder fühlt sich mit dem anderen und sie alle fühlen sich mit dem Redner verbunden, dessen Worten nun eine ganz andere zwingende Gewalt innewohnt, da die Einsamkeit des „Ichs“ ausgelöscht ist und das „Ihr“ des Redners eine augenfällige Bedeutung gewonnen hat.

Dies ist der erste magische Kreis, den der Rundfunk zu schlagen vermag.

Der zweite beruht auf der gegenteiligen Voraussetzung, auf der Einsamkeit des Hörers und auf der Aufnahmebereitschaft, die aus der Vereinsamung erwächst. Man wird sie hauptsächlich dort finden, wo der Mensch wenig Gelegenheit zur Zerstreuung hat; dort, wo es im allgemeinen weder Theater noch Konzertsäle noch Kinos gibt: also in der Kleinstadt und auf dem Lande.

Da ist die Diele des niederdeutschen Erbhofs in der Heide, das Försterhaus im Walde, die Lehrerstube in der kleinen Stadt, der Einödhof irgendwo in den Bergen und das Bahnwärterhaus an einem Schienenstrang, der in die weite Welt führt. Welche Möglichkeiten, welche Aussichten eröffnen sich hier dem Rundfunkschaffenden! Er kann der große Magier sein, der alle diese Menschen verzaubert, der sie in atemlosen Bann schlägt, der sie lachen lehrt und weinen macht!

Aber es gehört viel dazu: eine Menge psychologisches Wissen und die Erkenntnis



des eigentlichen Wesens des Rundfunks! Man muß sich abwenden vom Rausch der Zahlen und sich immer wieder vor Augen halten, daß man für einen einzigen Menschen wirkt, der in einer stillen kleinen Stube sitzt und zuhört. Wie wenig Funk-schriftsteller, wie wenig Funkregisseure, wie wenig Funkdirigenten haben das begriffen!

Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, eine Dramaturgie des Hörspiels zu schreiben. Ich muß mich mit dem wesentlichen begnügen, nämlich mit dem eindringlichen Hinweis auf das Milieu, in dem die Sendung empfangen wird: der kleine Raum mit zwei oder drei Menschen darin. Soll ich ihn mit Gebrüll, mit Geschrei, mit Getöse, mit Schlachtenlärm und Spektakel erfüllen? Welcher Widersinn! Muß ich nicht viel mehr Wert auf das Verhaltene, auf die halben Töne, auf den Stimmungsgehalt legen und mich in der Beschränkung auf ganz wenige handelnde Personen als Meister einer rundfunkeigenen Kunst erweisen? Je weniger Personen, um so besser! Und wenn ich diese Rollen mit großen Künstlern besetze, mit Schauspielern, die der Landbewohner und der Kleinstädter nur von den Bildern kennt, die er in den illustrierten Zeitschriften findet, wenn die Stimmen dieser großen Diener am Worte zu den Menschen in ihren stillen Behausungen sprechen, dann, ja dann schließt sich der zweite magische Kreis, den der Rundfunk zu ziehen vermag.

Genau so ist es mit der hohen Musik. Die meisten Dirigenten legen Wert darauf, daß der Senderaum mit Publikum gefüllt ist, obwohl die akustischen Verhältnisse das keineswegs notwendig machen. Sie erklären, daß sie dieses Publikum als Stimulans brauchen, aber sie beweisen damit lediglich, daß sie vom Rundfunk keine Ahnung haben. Sie dirigieren für die tausend Menschen im Saal und vergessen darüber jenen einen Hörer, multipliziert mit der Zahl  $x$ , auf den es allein ankommt. Daher fehlt der Musik, die dem Empfänger entströmt, so oft jenes Unwäg-bare, jenes Ichweißnichts, das wir hier das Magische nennen. Daher haftet der Übertragung öffentlicher Konzerte auch immer etwas Unzulängliches an, so gut Dirigent und Musiker auch immer sein mögen. Erst wenn der Dirigent begreift, daß es auf das Mikrophon, und nur darauf ankommt, erst wenn er im leeren Saal für das Mikrophon musiziert, hat er die erste und wesentliche Vorbedingung für eine wirklich starke Wirkung erfüllt, wobei ich als selbstverständlich voraussetze, daß ein Dirigent von Rang vor einem erstklassigen Orchester steht.

Wie denn überhaupt einmal gesagt werden muß, daß das Beste für den Rundfunk gerade gut genug ist. Der Rundfunk kann weder ein Experimentierboden für Anfänger, noch eine Wohlfahrtseinrichtung für ältere Künstler sein, die für Bühne oder Konzertsaal nicht mehr ausreichen. Ich verwahre mich leidenschaftlich gegen die nicht nur in Künstlerkreisen verbreitete Auffassung, der Rundfunk sei dazu da, in Not geratenen Künstlern durch seine Honorare auf die Beine zu helfen. Dieser falsch verstandene Sozialismus würde zum Ruin des Rundfunks führen und die deutschen Hörer den Auslandssendern zutreiben. Mit beidem ist dem Dritten Reiche nicht gedient.

Entscheidend für die Verpflichtung eines Künstlers darf nur die Antwort auf die Frage sein: „Kannst du was oder kannst du nichts?“ Die immer schärfere Anwendung des Leistungsprinzips ist die Lebensfrage für den Rundfunk! Aus dieser Erkenntnis heraus muß man auch den Mut haben, den meist von abgewiesenen Nichtskönnern erhobenen Vorwurf auf sich zu nehmen, man leiste dem Doppelverdienertum Vorschub. Das läßt sich vorläufig nicht ändern.

Nur die Leistung entscheidet; denn sie allein ist die Voraussetzung dafür, daß der Rundfunk seine magischen Kreise um seine Hörer schlagen kann.

### FRANZ SPRINGER:

#### Südafrikanische Rundfunkprobleme II

Die im ersten Teil der Abhandlung gegebenen Erläuterungen zu dem Südafrikanischen Rundfunkgesetz mündeten in der Feststellung, daß dieses Gesetz insofern von entscheidender Bedeutung sei, als es englisches und afrikandisches Kulturwesen gleichberechtigt einander gegenüberstellt. Es wurde damit ein Kriterium der afrikandischen, wie der englischen, empirepolitischen Entwicklung bezeichnet. So sehr nun die klare Formulierung des Gesetzes zur Klärung der Fronten in der Union beitragen wird, erhebt sich doch sofort die Frage, ob es der Sinn eines Gesetzes als Ausdruck ethischer Normen sein kann, einen vorhandenen Zustand zu bezeichnen, ohne sogleich das Verordnungsmittel zur Lösung bereitzustellen. An dieser entscheidenden Fragestellung jeder Gesetzgebung überhaupt geht die Verordnung vorbei. Sie kopiert, wie bereits erwähnt, in Form und Inhalt das bewunderungswürdige Vorbild der BBC in London und wird damit zu nichts anderem als einem neuen Beitrag in der Reihe kritischer Wendepunkte britischer Politik. Indem das Gesetz das nationale Selbstständigkeitsstreben der Union nun auch auf kulturpolitischem Gebiet zum Siege führt, erlangt es eine Bedeutung, die weit über den in ihm behandelten Sachbereich hinausgeht. Es ist in der Hand weitschauender und idealistischer Männer ein wesentliches Instrument zur Formung einer weißen Rasse der Zukunft im schwarzen Erdteil, eines Schutzwalles für die übersteigerte Zivilisation des alternden Europa. Die Äußerungen leitender Staatsmänner der Union lassen die edle Begeisterung einer solchen ethisch-nationalen Sendung erkennen, eine Einstellung, die — als Verlagerung der jahrhundertealten arbitrar mundt'schaft Englands — noch der völkerpsychologischen Untersuchung harret.

Wäre die Überzeugung von der großen Sendung der Union im afrikanischen Raum weniger lebendig, wären die zahlreichen Beweise schöpferischer Kraft afrikandischen Volkstums, seiner Literatur und Kunst nicht vorhanden, so müßte freilich der zweite Teil unserer Betrachtung der südafrikanischen Rundfunkprobleme nicht nur zu der Erkenntnis führen, daß ein formal vorbildliches Gesetz an seiner Aufgabenstellung vorbeigeht, sondern daß dem Rundfunk in der Union

Grenzen gesetzt sind, die als Signale für akute Gefahren gewertet werden müssen.

Wenn die imperialistische Wirkungsform des englischen Empirerundfunks in der Union fehl am Platze ist, so zweifellos auch eine dementsprechende Organisationsform. Die Entwicklung in der Union zeigt, daß es falsch ist, wie in anderen englischen Kolonien oder Dominions (wo diese Methode noch eine zeitbedingte Berechtigung hat) den Rundfunk als die „Wolkenstimme“ des weißen Mannes entwickeln und erhalten zu wollen. Die Krisen der weißen Kolonialvölker, gipfelnd im Weltkrieg und seinen Folgeerscheinungen, die Unfähigkeit vor allem Englands, seinen imperialen Anspruch auf die nachdrängende Fülle eigener Menschen zu gründen, haben die weißen Eroberervölker in die Verteidigungsstellung einer oft nur hauchdünnen Oberschicht gedrängt, die außer dem Herrschaftsverhältnis keine organische Beziehung zu den farbigen Menschen hat. Auch in der Union lassen sich diese Krisenerscheinungen erkennen. Sie müssen als die natürliche Folge des englischen Imperialismus und der mit ihm verbundenen willkürlichen Lenkung der Energien und Werte des Landes angesehen werden. Vor diesem Hintergrund gesehen wird der Kampf der Union innerhalb des Empireverbandes erkennbar als Kampf der Synthese mit der Antithese.

So wie neue Entwicklungen neue Begriffe formen, die erst dem Verständnis des Fernstehenden erschlossen werden müssen, so bedarf die Entwicklungstendenz der Union auch in Deutschland einer vertieften Beachtung. Warum Synthese im Kampf mit der Antithese? Kann bei Erörterung der kolonialen Ausbreitung überhaupt von einer Synthese gesprochen werden, ist die Geschichte Spaniens, Englands und Frankreichs nicht der Beweis für die geschichtliche Notwendigkeit der Antithese zwischen Kolonisator und Kolonisiertem? Nun, es ist an der Zeit, in der Südafrikanischen Union das Beispiel einer wirklichen Synthese zu erkennen, auch wenn die gerade in solchen Fragen sehr bewußt geleiteten Mittel der öffentlichen Meinungsbildung in der Welt dies nicht wahr haben wollen. Zu einem wesentlichen Teil beruhen die Schwierigkeiten und politisch-wirtschaftlichen Krisen der Union infolge seiner Abhängigkeit von dem kolonial-kapitalistischen Zentrum London auf diesem bewußten Kampf um die Synthese zwischen dem weißen Mann und Afrika! Oft werden die Konflikte in der Union lediglich als Auseinandersetzungen zwischen Engländer- und Burentum gesehen. Diese Auffassung muß als nicht genügend stichhaltig zurückgewiesen werden. Sie wird der geschichtlichen Entwicklung nicht mehr gerecht. Die Auseinandersetzung begann zwischen Engländern und Buren, sie ist nun bereits entschieden für die Afrikaners, d. h. für die tatkräftigen Nachkommen der Buren und der anderen positiven Bevölkerungselemente, die durch drei Jahrhunderte hindurch zu einer echten Symbiose mit ihrer neuen Heimat gelangt sind und nun auch staatlich in der Union die Synthese errungen haben!



Daß diese synthetische Entwicklung von einer schwächlichen Assimilierung und Vermischung ebenso weit entfernt ist wie vom kolonialen Raubbau, beweisen die offenen Worte der führenden Männer der Union zu dem Problem Weiß und Schwarz, das sehr richtig als das Problem zweier Kulturstufen gesehen wird. In einem Lande, in dem 1 979 390 Weiße gegenüberstehen 6 529 784 Eingeborenen (Bantuvölker), 755 282 Farbigen (Mischlinge ohne Stammesgliederung) und 215 529 Asiaten, wird die öffentliche Meinungsbildung und das Erziehungswesen ebenso wie die staatsrechtliche, verfassungsmäßige Gliederung zu einem überaus schwierigen Problem. Die Entwicklung der Union zielte bisher auf eine die einzelnen Provinzen getrennt erfassende Behandlung ab und folgte damit zweifellos dem geschichtlich gegebenen Weg.

Der Rundfunk aber bedeutet auch für diese Entwicklung, die sich vor allem in seiner dezentralisierten Zuständigkeit der Provinzen für die Hoheitsrechte der Union ausdrückt, ein Hindernis. Für die Einheitsbestrebungen freilich dürfte er das gegebene Instrument sein. Wie aber soll sich das umfassende Instrument Rundfunk einheitlich auswirken können, wenn es der selbstverständlichsten Voraussetzungen hierzu entbehrt? Zu diesen Voraussetzungen gehört im nationalen Interesse grundsätzlich die Einsprachigkeit des Rundfunks. Schon sie wird stark umstritten. „World Radio“, die amtliche Rundfunkzeitschrift der BBC, die der südafrikanischen Rundfunkentwicklung ein reges Interesse entgegenbringt, spricht mit einer in das bekannte Gewand der wohlwollenden Besorgnis gehüllten Tendenz von einem „zweisprachigen Popanz“, Angriffen in den Zeitungen und „beklagt und beschimpft von Afrikanern und Engländern zugleich“. Die Verwirrung steigert sich noch, wenn man erwägt, daß die Richtlinien für das Programm von dem Direktorium der S-ABC zusammen mit einem „Collegium“ entworfen werden, das sich wiederum auf beratende Versammlungen in den Städten Johannesburg, Pretoria, Captown, Durban, Grahamstown, Pietermaritzburg, Bloemfontein und Port Elizabeth als stimmberechtigte Gremien der Hörer stützt. Jede dieser Provinzen wiederum geht in kulturellen und Erziehungsfragen eigene Wege, vor allem auch in der Wahl der Erziehungssprache. Das kulturelle Problem, gegeben durch den holländischen, französischen, englischen und deutschen Ursprung der Bevölkerung — in den letzten Jahren durch das Poor Withe Problem in den Hintergrund gedrängt —, wird durch den Rundfunk wieder aktuell. Wenn die „kurzsichtige Eigenbrötelei der Provinzen“, wie sie C. M. van Heever nennt, durch den Entwicklungszwang, der vom Rundfunk ausgeht, zur „Bildung nationaler Auffassungen“ gewandelt wird, so kann die gegenwärtige hitzige Diskussion um den Rundfunk als ein Zeichen der Gesundung gewertet werden. Es ist zweifellos, daß die Entwicklung der Union zur Anerkennung des Afrikaans als Hauptsprache drängt. Schon im Jahre 1932 wurden 53 v. H. der Schüler ausschließlich in Afrikaans unterrichtet, 37 v. H. hauptsächlich in englisch und 10 v. H. zweisprachig. Für den Rundfunk ist diese

Entwicklung von besonderer Bedeutung, weil sie ihm hier den Ansatzpunkt des Schulfunks gewährt, der in der Union außerordentlich gefördert wird, wenngleich es scheint, als erfolgten die Preisausschreiben englischsprachiger Zeitungen für den Schulfunk mit kulturpolitischer Tendenz. Auch erscheint es für die Dauer und im Interesse einer spezifisch südafrikanischen Kultur wenig förderlich, wenn die amtlichen Schulfunkprogramme und Beiträge zum Aufbau des Schulfunks alternierend in afrikaans und englisch erscheinen und dabei häufig widersprechende Thesen erkennbar werden.

Die Eingeborenenfrage schließlich ist das besondere Sorgenkind des südafrikanischen Rundfunks. Schon sie müßte als Grund hinreichend sein, der Zweisprachigkeit mit einer bewußten Lösung zu begegnen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Union eine neue westliche Kultur und im Afrikaans eine neue eigene Sprache besitzt. Die Tatsache, daß die Eingeborenenfrage in dem Rundfunkgesetz nicht einmal erwähnt ist, berechtigt noch nicht zu der Annahme, daß sie nicht gesehen wird, oder daß der schwarze und farbige Bevölkerungsteil politisch rechtlos sei. Gegenwärtig wird in der Union weder der Grundsatz „Gleiche Rechte für alle zivilisierten Menschen“ (Kap-Schule), noch die Auffassung, daß die Eingeborenen als Unterworfenen zu behandeln seien, praktiziert. Die Tendenz liegt, wie die einschlägigen Gesetze beweisen, in der Stellung der Eingeborenen als Mündeln bzw. „gesonderte Gruppe“. („Representation of Natives Act“ — 1936; „Natives Land Act — 1913“; „Native Trust and Land Act — 1936“; „Natives Urban Area Act — 1923“; „Immorality Act — 1927“; „Mines and Works Act Amendment Act — 1926“.) Da der überwiegende Teil der Eingeborenen Afrikaans spricht, wird den Sendungen des Rundfunks in dieser Sprache eine besondere Aufgabe erwachsen. Der organisierte Gemeinschaftsempfang in den Eingeborenenlagern der Gruben und großen Werke, ist in dieser Richtung ein beachtlicher Anfang.

Der südafrikanische Rundfunk steht vor der in der Geschichte des Rundfunks einzigartigen Aufgabe, trotz grundsätzlicher Verschiedenheiten in Kultur und Hautfarbe, im Interesse der Einheit der Union ein Angleichungsverfahren durchzuführen, das für die Zukunft des Verhältnisses zwischen weißen und farbigen Völkern von beispielhafter Bedeutung sein kann.

## Die Ergebnisse der Berliner UIR.-Tagung

Über die Wintertagung des Weltrundfunkvereins in der deutschen Reichshauptstadt wurde ein offizieller Bericht herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

An der Tagung nahmen 94 Abgeordnete und Beobachter teil, die die Rundfunkorganisationen der Post-, Telegraphen- und Fernsprechverwaltungen von 23 Ländern Europas, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Niederländisch-Indien und Porto Rico — eine Gesamthörerschaft von rund 230 Millionen Menschen — vertraten. Es wurden folgende Organi-

sationen neu aufgenommen: der Rundfunkdienst der bulgarischen Post- und Telegraphenverwaltung, die Canadian Broadcasting Corporation, „All-India-Radio“ (der Rundfunkdienst von British-Indien) und die National Association of Broadcasters of USA.

Die Technische Kommission unter Vorsitz von Raymond Brillaard (Belgien) hat die Lage der europäischen Wellenverteilung genau geprüft, eine teilweise Besserung festgestellt und für die Störungen im Langwellenbereich Behebungsvorschläge gemacht. Ein Gegenstand der ernsteren Sorge aber ist das Gebiet der Kurzwellen, der Raum ist für die vielen Kurzwellensender zu eng geworden, der jetzige Zustand beunruhigend. Analog dem Vorgehen bei der Gründung des Vereins wurde angeregt, auch für die kurzen Wellen einen allgemeingültigen Plan aufzustellen und die Ausarbeitung der Kairo-Konferenz im Jahre 1938 zu empfehlen. (Ein solcher Plan wird sicherlich schwerer zu schaffen sein, als z. B. der Luzerner Wellenplan, denn hierbei müssen — dem technischen Wesen der Kurzwellen gemäß — alle Staaten der Welt zusammenwirken. Ohne Zweifel wird man bei den kommenden Arbeiten ganz wesentlich auf die bisherigen Erfahrungen der UIR. fußen.) Für die Weltnachrichtenkongress 1938 wurde ein Ausschuß gebildet, dem folgende Mitglieder angehören: Brillaard (Brüssel), Sir Noel Ashbridge (London), Bernetti (Turin), Nestel (Berlin), van der Pol (Eindhoven) als Ingenieure und von Boeckmann (Berlin) als Sachverständiger für Kurzwellenprogramme. Eine Abordnung wurde ferner für die nächste Tagung des CCIR. in Bukarest ernannt, auf der Tagung sollen die anwesenden technischen Sachverständigen eine nichtamtliche Vorprüfung der Kurzwellenlage durchführen. Empfohlen wurde eine Zusammenarbeit der UIR. mit der zwischenstaatlichen Kommission für Akustik. Weiterhin wurden neue Empfehlungen über die technischen Merkmale der zwischenstaatlichen Leitungen für Musikübertragungen ausgearbeitet.

Die Juristische Kommission unter Vorsitz von Dr. L. Sourek (Tschechoslowakei) kam nach eingehender Verhandlung zu der Schlußfolgerung, daß die für die Öffentlichkeit durch Fernsehen bestimmten Bildsendungen nur eine Ergänzung der Tonsendungen bilden, das Fernsehen also nur eine Form des Rundfunks darstellt und in den Tätigkeitsbereich der Rundfunkorganisationen gehört. Die gesamte Frage der Rechte und Pflichten des Rundfunks gegenüber Schriftstellern, Verlegern und Ausübenden soll eingehend revidiert werden. Der Rundfunk ist auf Grund der wichtigen kulturellen Aufgaben als ein öffentlicher Dienst zu betrachten, dessen Tätigkeit nicht erschwert werden darf. Für jedes einzelne urheberrechtliche Problem wurde ein Sonderausschuß eingesetzt. Auch die Entwicklung des Programmaustausches auf Kurzwellen hat eine große Reihe neuer Fragen akut werden lassen, die geprüft werden sollen.

Der Rechts- und Programmausschuß (unter Vorsitz von A. Dubois [Holland]) beschloß, noch vor der nächsten Sitzung ein Exposé über die kulturellen Leistungen des Rundfunks in den verschiedenen Ländern zu veröffentlichen, um den Hörern ein zusammenfassendes Bild über Wesen und Wirken der jüngsten Großmacht zu geben. (Man wird dieser Veröffentlichung mit großer Spannung entgegensehen können.) Auf dem Gebiete der praktischen Annäherungsarbeit, die der Rundfunk unter den Völkern leistet, ist man einen Schritt weitergekommen. Auf Vorschlag Deutschlands wurde gebilligt, einen Austausch von Schriftstellern oder anderen Persönlichkeiten vorzunehmen, die besonders berufen sind, ihre in fremden Ländern gemachten Erfahrungen und gewonnenen Erlebnisse darzustellen. Das wird in der Form stattfinden, daß diese Persönlichkeiten von den Sendern des bereisten Gastlandes aus in ihrer Muttersprache ihren Landsleuten von den Reisen und Beobachtung berichten; es wird ihnen jede Erleichterung gewährt werden.

Die nächste Weltringsendung findet in der dritten oder vierten Oktoberwoche statt, sie wird von Niederländisch-Indien veranstaltet. Für die europäischen Konzerte sind folgende Termine festgesetzt:

Anfang September — Schweiz, Mitte Oktober — Italien, Anfang Dezember — Finnland, Mitte Januar 1938 — Niederlande, Anfang März — Irland, Mitte April — Norwegen und Anfang Juni — Jugoslawien. Am Neujahrstag soll eine ähnliche europäische Kundgebung veranstaltet werden wie im Vorjahre.



## KURT WAGENFÜHR: Die zweite Etappe

Die Neuorganisation in der Leitung des deutschen Rundfunks (vgl. hierzu „Blick in die Rundfunk-Welt“) brachte einmal die Durchführung des **Führerprinzips** bei der Reichsrundfunk GmbH. mit sich, an deren Spitze jetzt ein Reichsintendant und Generaldirektor an Stelle eines Direktoriums von drei Mitgliedern gerückt ist. Der Aufbau ist also wie bei den einzelnen Reichssendern gegliedert: Reichsintendant = Intendant des Reichssenders, Reichssendeleiter = Sendeleiter, Verwaltungsdirektor = wirtschaftlicher Leiter und technischer Direktor = technischer Leiter eines Reichssenders. In seiner Eigenschaft als Reichsintendant wird Dr. Heinrich Glasmeier mit den einzelnen Intendanten der Reichssender auf dem Programmgebiet in engster Fühlungnahme arbeiten, die in ihrem Wirkungsbereich eine größere Selbständigkeit und Verantwortlichkeit erhalten werden. Gleichzeitig tritt eine **Dezentralisierung** der Verwaltung ein, die bisher fast ausschließlich in Berlin zusammengefaßt worden war. Es dürfte hierdurch — und auch der neue Präsident der Reichsrundfunkkammer, Hans Kriegler, hat diese Tendenz bisher immer vertreten — eine Neuordnung der Kompetenzen und **Einflußmöglichkeiten** des reinen Verwaltungsapparates eintreten.

Wir befinden uns — um einmal eine aktuelle allgemeinpolitische Bezeichnung auch auf den Rundfunk anzuwenden — am Anfang eines zweiten „Vierjahresplans“. Der erste diente dem Umbau vom „neutralen“ zum politischen Instrument, zum Sprachrohr der Regierung, Einigungsmittel des Volkes und Ausdrucksmittel des Volkswillens. Dieser Umschwung ist vollzogen und in seiner Funktion gewährleistet, er fand seinen wesentlichen Ausdruck z. B. in der Organisierung des Gemeinschaftsempfanges, im Einsatz des Volksempfängers, in den Volkssenderaktionen, bei der politischen Willensbildung usw. Alle diese Momente sind aber auch gleichzeitig Grundlagen für den zweiten Abschnitt, der in erster Linie sich der Gestaltung eines kulturell hochwertigen „Volkfunk-Programms“ zuwenden wird. Eine zukünftige Linie kann man aus den bisherigen Arbeiten der neuen Leiter des deutschen Rundfunks herauslesen, die in den beiden Grenzlandsendern Breslau und Köln — unter besonderer Berücksichtigung der Zusammensetzung der Hörerschaft ihres Bezirkes — ein „Programm der schaffenden Volksgemeinschaft“ aufgebaut haben. Erinnern wir uns daran, daß Hans Kriegler 1933 seinem ersten Artikel über den neuen Rundfunk die Überschrift gab: „Vergeßt im Rundfunk den deutschen Arbeiter nicht!“ Breslau und Köln waren auch die ersten Sender, die die Werkpausenkonzerte einführten, die heute Allgemeingut aller Sendeprogramme geworden sind. Diese Arbeit hat ja auch — ein Werk von Dreßler-Andreß — ihre Bestätigung im Winterprogramm dieses Jahres gefunden, das ge-

meinsam mit der Deutschen Arbeitsfront aufgestellt und durchgeführt wurde. In immer stärkerem Maße wird eine Qualitätsauslese im Blick auf den Stoff und die Künstler im Sinne des Leistungsprinzips eintreten, wobei die Mikrophonprüfungen eine wesentliche Rolle spielen werden. Eine wichtige Mission dürfte dabei dem erhöhten Einsatz der Organisation der Funkstellenleiter zukommen, die Verbindungsmänner zwischen Hörschaft und Rundfunk werden. Andere damit zusammenhängende Fragen — wie der noch systematischere Ausbau des Gemeinschaftsempfanges, um alle Volksgenossen zu erreichen — drängen auf Lösung. Im Rahmen der „Organisation der Empfangsseite“, die fast in allen Ländern bisher wenig beachtet wurde, wird auch die neue Abteilung XI im Reichspropagandaministerium „volkskulturelle Arbeit“ unter der Leitung von Ministerialrat Dreßler-Andreß mit Anregungen und Hinweisen eine wichtige Rolle spielen; sie dient der Aktivierung der seelischen und kulturell-schöpferischen Kräfte des Volkes, die ihren Ausdruck im Rundfunk finden werden.

Konzentration auf die Programme, Vertiefung und Ausweitung der Volkssender-idee (die wohl noch eine ganze Reihe von Wandlungen durchmachen wird) zum Volksfunk, engere Bindung zwischen Hörer und Rundfunk, mehr Eigenleben der Reichssender in programmatischen, personellen und wirtschaftlichen Fragen — so wird man die neue Linie sehen können; diese Wandlung zur Dezentralisation ist durch die kulturellen Planungen bedingt, die eine den schöpferischen Kräften Raum gebende Freiheit erfordern als der politische Einsatz, der in der Aufbauzeit eine straffe Organisation nötig machte, heute aber in jeder Beziehung garantiert ist.

## BLICK IN DIE RUNDFUNK-WELT

### I. Europäische Länder

**Deutschland** Am 2. Februar hob der Führer und Reichskanzler anlässlich der endgültigen Unterstellung der Deutschen Reichsbahn unter die Hoheit der Reichsregierung die Personalunion in der Leitung des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums (die erst- und einmalig seit dem 2. Juni 1932 unter Reichsminister Freiherr von Eltz-Rübenach zusammengefaßt waren) auf und ernannte den bisherigen Staatssekretär im Reichspostministerium Dr.-Ing. e. h. Wilhelm Ohnesorge zum Reichspostminister. — Am 19. März wurde eine Neuordnung in der Führung und Verwaltung des deutschen Rundfunks vollzogen. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda schuf die Stellung eines Reichsintendanten des deutschen Rundfunks, der gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes der Reichsrundfunk-GmbH. ist. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsintendanten und Generaldirektors der Reichsrundfunk-GmbH. wurde der Intendant des Reichssenders Köln, Dr. Heinrich Glasmeier, beauftragt. Der Intendant des Reichssenders Breslau, Hans Kriegler,

wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der Abteilung Rundfunk (III) im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda beauftragt, der gleichzeitig die Geschäfte des Präsidenten der Reichsrundfunkkammer führt und zum stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden der Reichsrundfunk-GmbH. ernannt wurde (Vorsitzender des Verwaltungsrats bleibt Staatssekretär Funk). Der bisherige Leiter der Abteilung III und Präsident der Reichsrundfunkkammer, Ministerialrat Horst Dreßler-Andreß, wurde zum Leiter der neu geschaffenen Abteilung XI (volksculturelle Arbeit) ernannt, er behält seine Stellung als Reichsamtseiler der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ bei. — Mit Wirkung vom 1. April wurde beim Reichssender Köln Generalmusikdirektor Schulz-Dornburg zum ersten Kapellmeister ernannt, als Hauptabteilungsleiter zur besonderen Verwendung und kommissarischer Sendeleiter Dr. Friedrich Castelle. Der bisherige Sendeleiter Hartseil geht in gleicher Eigenschaft zum Reichssender Leipzig. — Am 1. April schied Dr.-Ing. Werner Nestel aus der Reichsrundfunk-GmbH. aus und trat zur Firma Telefunken über. Er vertrat den deutschen Rundfunk in der technischen Kommission des Weltrundfunkvereins gemeinsam mit Abteilungsdirektor Dr.-Ing. Harbich vom Reichspostzentralamt, ferner in der C. C. I. R. und C. C. I. F.; Nestel gehörte der Kommission an, die den Volksempfänger schuf. Sein Nachfolger wurde Dr. von Braunmühl, der der Reichsrundfunk-GmbH. seit 1930 angehört. — Am 6. März verstarb der bekannte Wissenschaftler auf dem Gebiete der Funktechnik, Dr. Paul Gehne, der ein Schrittmacher in der Amateurbewegung gewesen ist, er stand an der Spitze des Deutschen Radio-Klubs, später des Deutschen Funktechnischen Verbandes. — Am 31. März verschied an seinem Arbeitsplatz plötzlich W. Kretzschmar, der Hauptschriftleiter der größten deutschen Rundfunkzeitschrift „Deutsche Radio-Illustrierte“. — Am 1. Februar hatte Deutschland 8381 139, am 1. März 8483 130 Hörer. — Der deutsche Rundfunk hat ab 23. März eine neue Sendereihe unter dem Titel „Hier spricht Sowjetrußland“ eingerichtet; in Vorträgen und Mehrgesprächen wird den Hörern Tatsachenmaterial auf Grund amtlicher und halbamtlicher russischer Quellen und Veröffentlichungen unterbreitet.

**Österreich** Am 1. März wurden 587 222 Hörer gezählt. — Ende 1936 waren fast alle Mittelschulen auf dem Lande und ein großer Teil der Grund- und höheren Schulen mit Empfängern versehen. — Seit dem 1. März werden täglich um 14.30 und 23.30 Uhr bezahlte Werbesendungen verbreitet, ihr Umfang beträgt mindestens 10 Worte, der Preis 1 Schilling das Wort.

**Belgien** Der Rundfunk zählte am 1. Februar 751 629, am 1. März 879 467 Hörer.

**Bulgarien** An der Spitze des Programmdienstes von Radio-Sofia steht Direktor Panayote Thodorov-Sirak Skitnik. Die literarische und Hörspielabteilung leitet Jordan Stoubel, die Musikabteilung Dimitri Nénov und die Nachrichtenabteilung Alexander Djadjev. Die Programme umfassen zu 86% Musik, 5,5% Vorträge, 5,3% Nachrichten und 3,2% verschiedene Darbietungen. — Der bisherige Kurzwellentelegraphie-Sender LZA sendet jetzt auch mit 1500 Watt auf der Welle 20,04 m Programme von Radio-Sofia, die gut in Nordafrika, England, Neuseeland und USA. empfangen sein sollen.



**Dänemark** Mit dem 1. April ist im Rundfunk eine Neuordnung in Kraft getreten. An der Spitze des Staatsradiofonien steht ein Direktor, der dem Radorat verantwortlich ist. Unter ihm sind drei Direktoren für Musik (Jens Rosenkjaer), für dramatische Kunst und Literatur (Hans Werner) und für Vorträge und Nachrichten (Peder Gram). Alle drei Abteilungsleiter gehören seit einer Reihe von Jahren dem Rundfunk oder der Programmkommission an. Zum Direktor des Rundfunks wurde F. E. Jensen ernannt, der zuerst der Telegraphenverwaltung, dann von Anfang an dem Rundfunk angehörte und zuletzt den bisherigen Generaldirektor Kammersänger Holm vertrat. — Es wurde ein Gelände von 13230 qm für 1 Million Kronen zum Bau eines Funkhauses erworben.

**Danzig** Der Rundfunk hatte am 1. April 34505 Teilnehmer.

**Finnland** Von den 144737 Rundfunkteilnehmern gehören 25000 der schwedisch sprechenden Bevölkerung an. Die Gesamthörerdichte in Finnland beträgt 4,6%, die Rundfunkdichte im schwedisch sprechenden Teil 7,2%, im finnischen 3,8%.

**Frankreich** Zum Generaldirektor des Rundfunks wurde der Chef des Büros des Postministers Denard, der bisherige Vertreter des früheren Direktors Pellenc, ernannt. — Der politische Leiter des staatlichen Rundfunks Pivert ist von seinem Posten zurückgetreten, sein Nachfolger wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft der Postbeamten Courrière. — Die Hörerzahl steigt nach wie vor lebhaft. Am 1. Januar betrug sie 3218541, am 1. Februar 3329628, am 1. März 3759690; mit 4 Millionen wären 10% der Bevölkerung erfaßt. — Es wird eine neue Stelle geschaffen, an der alle Hörerzuschriften gesammelt, gesichtet und beantwortet werden. — Nach dem Rundfunkgesetz wählen die Hörer für jeden Sender einen Beirat, an dieser Wahl können zum ersten Male auch die Frauen ein Stimmrecht ausüben. Die Wahlen haben über den Rundfunkbereich hinaus politische Bedeutung gehabt, sie brachten in zahlreichen Bezirken einen Sieg der Liste der nationalen „Radio-Famille“ über die linksstehende Vereinigung „Radio-Liberté“. Die Hörer von „Radio-Famille“ haben ihre Programmwünsche bereits dem Minister angemeldet. — Es sollen Versuche auf dem Gebiete des Fernsehkinos durchgeführt werden. Die Privatsender Poste Parisien und Radio Toulouse haben vom Postministerium keine Erlaubnis zur Eröffnung eines Fernsehbetriebes erhalten, der allein in staatlichen Händen liegen soll. Für die künftige Entwicklung werden also auf dem Gebiete des Fernsehens die Privatsender völlig ausgeschaltet.

**Großbritannien** Am 1. März wurden 8090341 Hörer gezählt. — Die Amtsdauer des für zwei Jahre eingesetzten Allgemeinen Beratenden Ausschusses der BBC, der die Hörerinteressen vertritt und seine Stimme zu Programm-, Presse- und politischen Fragen abgibt, wurde auf zwei Jahre verlängert. An die Stelle des Erzbischofs von York trat als Präsident Lord Macmillan. — Am 1. Februar wurde der 5-kW-Sender Penmon auf Welle 373,1 m in Betrieb genommen. Ein Zwischensender ist auf Welle 285,7 m in der Grafschaft Devon (für die Sender Plymouth und Bournemouth) und auf Welle 203,5 m für Bristol geplant. Im Juli wird der schottische Nationalsender auf Welle 285,5 m

mit London und West Regional auf Welle 261,7 m zusammengelegt. — In Nottingham sollen Senderäume eingerichtet werden (die BBC hat zur Zeit in 15 Städten eigene Senderäume). — 1936 waren die BBC-Sender 71608 Stunden und 21 Minuten gegenüber 68795 Stunden und 38 Minuten (1935) in Betrieb. Der Empire-Dienst sandte 12608 Stunden und 33 Minuten. Von den Dominions wurden 30 Programme übernommen. Aus Europa übernahm 1936 die BBC 132 Darbietungen aus 27 Großstädten, darunter 31 Programme aus Genf, 22 aus Berlin, 18 aus Paris und 7 aus Wien. Aus USA. wurden 60 Programme übertragen. — Im Januar waren 702 Mittelschulen und 5073 andere Schulen (darunter rund 1400 Landschulen) dem Schulfunk angeschlossen. 1936 veröffentlichte die BBC 600000 Lehrhefte für den Schulfunk, deren Kosten zu 95% die Schulen trugen. — Es wurde ein neuer Ausschuß der BBC für die Beratung bei der Erziehung der Jugendlichen geschaffen, dessen Präsident H. Nicholson wurde. — Der Direktor des Empire-Dienstes J. B. Clark tritt eine Weltreise an, um sich über Programmwünsche an den Stellen unmittelbar zu erkundigen, an denen der Kurzwellendienst am stärksten abgehört wird. Er wird Indien, Australien, Neuseeland, die Fidschi-Inseln, China, die Malaiischen Inseln, Cypern, Palästina und Gibraltar besuchen. — Der Leiter des Londoner Rundfunk-Sinfonie-Orchesters Dr. Adrian Boult hat den Sir-Titel erhalten. — Im Fernsehen sendet die BBC anstatt bisher 240 Zeilen und 25 Bildwechsel je Sekunde 406 Zeilen (Zeilensprungverfahren) und 50 Bilder je Sekunde. Diese Methode soll bis Ende 1938 beibehalten werden. An Stelle eines wöchentlichen Wechsels zwischen dem Marconi- und Baird-System wird nur noch das Marconi-System verwendet. Auf Grund der Festsetzung des Sendesystems bis 1938 hat die Fernsehindustrie die Empfängerpreise um 33% gesenkt. Ab April werden geeignete Fernsehprogramme auch als Tonsendungen über den Rundfunk geleitet, wovon man sich eine Werbewirkung verspricht. Im Fernsehprogrammbetrieb wurden bisher 819 britische und 48 ausländische Künstler beschäftigt.

**Griechenland** Es wurden am 1. Januar 13717 Hörer gezählt. (Griechenland hat noch keinen eigenen Rundfunk und ist auf Auslandempfang angewiesen. Ein 15-kW-Sender wird zur Zeit bei Athen gebaut, weitere sind für Saloniki und Korfu geplant.)

**Ungarn** Am Rundfunkempfang nehmen zur Zeit 365354 Hörer teil, von denen noch fast 100000 Detektorgeräte haben. — Der ehemalige Innenminister Nikolaus Kozma wurde mit Wirkung vom 1. April zum Präsidenten der Rundfunk AG. ernannt; er hatte diesen Posten bereits vor seiner Ministertätigkeit inne. — Der Kurzwellenrundfunk vergrößert seine Sendezeit auf vier Stunden wöchentlich, die Programme richten sich vornehmlich nach Amerika.

**Irland** Die Hörerzahl betrug am 1. Januar 98949, am 1. Februar 101016, am 1. März 103327. — Am 11. Januar begann der regelmäßige Schulfunkprogrammbetrieb, der in erster Linie für die Grundschulen bestimmt ist. Es sind allerdings heute schon von 5300 Grundschulen mit 265000 Schülern 90 mit eigenen und 135 mit geliehenen Empfängern versehen, durch die etwa 12000 Schüler erfaßt werden können. Der Programmversuchsbetrieb begann im März 1936.

**Italien** Am 1. März wurden 710000 Hörer gezählt. — Am 1. Januar waren 8896 Schulen (1901684 Schüler) mit Empfängern versehen, am 1. März 10910 Schulen, womit rund 2 Millionen Schüler erfaßt werden können. — Bei Instituto Nazionale di Eletticità in Turin wurde eine akustische Forschungsabteilung gegründet, die sich mit Wellenforschung, Schallplattenfragen, Bedingungen für Senderäume und der Verbesserung von Lautsprechern befassen soll. — Die Rundfunkschule „Centro di Preparazione Radiofonica“ hat am 3. April ihren ersten Lehrgang begonnen, der sehr gut besucht ist. — Die Gesamtleistung der Kurzwellensender wird 380 kW betragen, die beiden bereits bestehenden werden von 25 auf 40 kW verstärkt und modernisiert, zwei weitere mit 100 kW werden neu gebaut; jeder Sender arbeitet auf zwei Wellen, die je ein besonderes Programm aussenden. Ferner sind zwei weitere 50-kW-Sender geplant. Die beiden 100-kW-Sender werden — vielleicht gemeinsam mit einem 40-kW-Sender — nach Abessinien senden, die Gesamtanlage wird ihre Darbietungen nach Nord-, Süd- und Mittelamerika, den Fernen Osten und Australien senden. Man kann damit rechnen, daß die Neuanlagen Mitte 1938 fertiggestellt sein werden, die Programme werden über ein Spezialkabel von Rom aus nach Prato Smeralda geleitet. — Es besteht bei Rom zur Zeit ein kleiner Fernseh-Versuchssender. Wie man hört, wird hier eine neue Station und eine weitere bei Mailand errichtet werden. — Es wird ein besonderer Empfänger geprüft, der den klimatischen Bedingungen Afrikas entspricht und mit Batterie betrieben wird. In Abessinien wird zunächst kein eigener Sender errichtet werden, man will dagegen einen Gemeinschaftsempfang organisieren, die Vorbereitungen sind bereits getroffen. Es ist ein Preis für das beste Kolonialhörspiel ausgesetzt worden, das in Tripolis spielen soll.

**Lettland** Der Rundfunk hatte am 1. März 98831 Hörer.

**Liechtenstein** Es ist beabsichtigt, eine 2-kW-Station zu erbauen, die auf der Gemeinschaftswelle von 209,9 m senden wird.

**Litauen** Am 1. Januar zählte man 35234, am 1. März 38500 Hörer. — Am 1. Januar hatten 161, am 1. Februar 184 und am 1. März 224 Schulen Empfangsgeräte.

**Luxemburg** In der Kammer wurde von sozialistischer Seite aus kritisiert, daß das Großherzogtum der ausländischen Gesellschaft, die den Großsender betreibt, ein Kabel im Werte von 900000 Franken bei einer Gewinnbeteiligung von 30% als Gegenleistung zur Verfügung gestellt habe. Das sei zuwenig, zumal der Gewinn im letzten Jahre nur 141000 Franken betragen habe. Es wird gerüchtwaise gemeldet, daß eine weitere ausländische Gesellschaft sich um eine Sendekonzession für 20 Jahre zum Preise von 100 Millionen Franken bemühe.

**Norwegen** Es wurden am 1. März 257756 Hörer gezählt. In Zonen, wo der Empfang schlecht ist, brauchen bis zur Behebung der Schwierigkeiten die Hörer nur 5 anstatt 20 Kronen jährlich zu zahlen. — Der neue Sender Bergen hat die Versuchssendungen aufgenommen, desgleichen die Station Christianssand auf Welle 476 m. — Der neue Volksempfänger scheint ein großer Erfolg zu werden, innerhalb von zwei Monaten erreichte er eine Auflage von



13400 Stück. — Die Schallplattenindustrie hat gegen den norwegischen Rundfunk die gleiche Klage wie in den anderen Ländern erhoben.

**Holland** Die Hörerzahl stieg am 1. Januar auf 989 115 Teilnehmer.

**Polen** Am 1. März wurden 753 172 Hörer gezählt. — In Baranowice soll ein 50-kW-Sender erbaut werden.

**Portugal** Am 1. Januar hatte der Rundfunk 53 659 Hörer.

**Rumänien** Es wurden am 1. Januar 162 766 Hörer gezählt.

**Schweiz** Am 1. März hatte der Rundfunk 461 436 Hörer. — In den letzten Monaten wurden die Darbietungen in der Westschweiz durch einen Sender gestört. Die Genfer Polizei nahm eine Razzia vor und entdeckte Anfang April zwei räumlich getrennt liegende Geheimsender modernster Ausführung, die von kommunistischen „Amateuren“ betrieben wurden; nach einem Geheimkode standen die Sender auch mit Radio Barcelona in Verbindung.

**Tschechoslowakei** Die Versuchssendungen des Kurzwellenrundfunks liegen von 2—4 Uhr früh am Dienstag und Freitag, ferner werden täglich drei Stunden lang auf verschiedenen Wellenlängen Versuche unternommen. Abends wird ein Programm von 20.30 bis 22.35 Uhr ausgestrahlt, das einen Nachrichtendienst in Englisch, Französisch und Deutsch enthält.

**Jugoslawien** Es gehen wieder einmal Pläne um, je einen 100-kW-Sender in Belgrad, Agram und Laibach zu errichten. — Der Kurzwellenrundfunk hat vom Finanzminister 5 Millionen Dinar zum Bau eines 10-kW-Senders erhalten, die Station wird dem Zentralpreßbüro unterstellt werden, die Programme werden in acht Sprachen verbreitet.

## II. Außereuropäischer Rundfunk

**USA.** Das CBS gibt bekannt, daß im Jahre 1936 im ganzen 296 internationale Übertragungen (1935 waren es 154) aus 20 Ländern durchgeführt wurden. 36 betrafen die englische Königskrise, 31 panamerikanische Friedenskonferenz, 28 die Olympischen Spiele, 17 den spanischen Bürgerkrieg. — Die Hörerzahl für den 1. Januar von Industriekreisen auf 24 Millionen geschätzt (Haushaltungen), die Zahl der Autoempfänger auf 4 Millionen. Im Jahre 1936 wurden 8825 000 Empfänger verkauft (Vorjahr 6,1 Millionen). — Die Rundfunkgesellschaften nahmen 1936 zusammen 114 Millionen Dollar — meist aus Reklamesendungen — ein, der Anteil der NBC beträgt 34,5 Millionen, des CBS 23 Millionen Dollar. — Anning S. Prall wurde zum drittenmal Präsident der Federal Communication Commission. — Cesar Saerchinger, seit 1930 europäischer Direktor des CBS, verläßt seinen Londoner Posten, sein Nachfolger wird Edward R. Murrow, der bisher die Vortragsabteilung des CBS leitete. — Das Mutual Broadcasting System hat mit dem 15. April zehn neue Sender erworben und umfaßt nunmehr 51 Stationen. — Auf Einladung der kubanischen Regierung fand Mitte März in Havanna eine Rundfunkkonferenz zwischen Vertretern Kubas, Kanadas, Mexikos und USA. statt. Es wurde eine Tagesordnung für eine im November statt-

findende Konferenz aller Staaten Nord- und Südamerikas aufgestellt, die sich mit Wellenverteilungsfragen befassen wird. — Die RCA ist neuerdings beim Fernsehen von 343 auf 441 Zeilen übergegangen.

**Argentinien** Buenos Aires plant die Errichtung von drei neuen Sendern, von denen einer als Mittelwellensender für Radio Provincia de Buenos Aires LS 11 dienen wird. — Argentinien hat zur Zeit 37 Mittelwellensender, von denen 11 eine Leistung von 10 bis 50 kW haben. Zehn dieser Stationen höherer kW-Zahl stehen in Buenos Aires (ein 50-kW-Sender, zwei zu 30 kW, einer zu 26 kW, fünf zwischen 10 und 19 kW), ein 25-kW-Sender ist in Bahia Blanca. 16 Stationen haben eine Stärke von 1 bis 9 kW, 10 von 0,7 bis 0,5 kW. In Buenos Aires sind im ganzen 18 Sender.

**Afrika** Marokko hatte am 1. Januar 29448, am 1. März 30680 Hörer. — Algerien wies am 1. Januar 56467, am 1. Februar 59930 Hörer auf. — Ägypten zählte am 1. Januar 67633 Hörer. — Die Südafrikanische Union beschloß die Errichtung eines Großsenders in Springfontein, dessen Kosten auf 40000 Pfund beziffert werden. — Direktor der South African Broadcasting Corporation ist René S. Caprara, der dem Rundfunk seit 14 Jahren als Leiter des Senders Kapstadt angehört.

**Afghanistan** In Kabul soll ein 20-kW-Sender erbaut werden. (Das Land hat noch keine Rundfunkorganisation, die Zahl der Hörer, die ausländische Stationen empfangen, schätzt man etwa auf 500. Nach anderen Meldungen soll das Land im Laufe der nächsten Jahre durch 5 Stationen kleinerer Stärke erschlossen werden.)

**Australien** Der Rundfunk hatte im Dezember 887015 Hörer. — 1936 wurde ein Kursus in japanischer Sprache durchgeführt, an dem die Hörerschaft einen ungewöhnlich starken Anteil genommen haben soll.

**Neuseeland** Am 1. Januar zählte man 231314 Hörer. — Der Premierminister, der gleichzeitig auch Rundfunkminister ist, hat Prof. James Shelley von der philosophischen Fakultät des Canterbury University Colledge (Christchurch) zum Direktor des nationalen Rundfunkdienstes ernannt.

**Britisch-Indien** wies am 1. Dezember 37250 Hörer auf. — All-India-Radio, das am 1. Januar seine Gebühren senkte, hat besondere Aufsichtsbeamte zur Feststellung von Schwarzhörern eingesetzt. — Es wird im Programm täglich eine Stunde für den Bauern, wöchentlich eine Stunde Frauen- und Kinderfunk gesendet.

**Niederländisch-Indien** Es wurden folgende Hörerzahlen gemeldet: 1. Januar 39028, 1. Februar 40525, 1. März 41756.

**Japan** Hörerzahlen am 1. Januar 2743370, am 1. März 2776189. — Der Kurzwellendienst richtet seine Sendungen nach Europa; China, Siam, Philippinen und Niederl.-Indien; Chile und Peru; Buenos Aires; Rio de Janeiro; Mexiko; Hawaii; Neuyork und Washington; Chikago; an die Pazifische Küste Kanadas und Amerikas.

**China** Es wurden am 1. Januar etwa 500 000 Hörer geschätzt. — Die Regierung verlangt neuerdings die Anmeldung auf einem Formular, das dem Verkehrsministerium zugeleitet wird. Die Ergebnisse einer genauen Zählung sollen als Grundlage für die kommenden Rundfunkgebühren werden. — 1936 wurden Schulfunksendungen eingerichtet, die in den Nachmittagsstunden liegen. Täglich wird auch ein Kinderfunk gesendet, und zwar sowohl vom Rundfunkausschuß der Regierung als auch vom Verbands der Privat-Schuldirektoren in Nanking.

## WIRTSCHAFT UND RECHT

### Frankreich

Bei jedem Sender werden in der Form eines Verwaltungsrats Programmausschüsse für die Sendungen gebildet. Die Mitglieder — 30 an der Zahl — bestehen u. a. aus 10 Vertretern öffentlicher Dienststellen, 10 Vertretern der durch Rundfunkhörerwahlen Beauftragten und 10 Vertretern, die aus den Gruppen der Urheber, Musiker, Hersteller und Händler wie auch aus anderen korporativen Gruppen, die an der Organisation der Verwaltung und an dem technischen Betrieb der Rundfunksender interessiert sind, bestimmt werden.

Auf Grund des Erlasses vom 27. Oktober 1936, betreffend den Betrieb der staatlichen Rundfunksender, ergreift der Postminister alle Maßnahmen, um für die Gleichstellung der Tätigkeiten der verschiedenen Staatssender zu sorgen. Der Postminister oder sein Abgeordneter hat zu allen Gesellschaften Zutritt, die zur Verwaltung der Rundfunksender des Staatsnetzes gehören. Der Leiter des Zentralbüros für Rundfunk bei der Postverwaltung (Sendeleiter) bekleidet das Amt eines Rechnungsbeamten und verwaltet bei jedem Sender die Buchführung über die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungsrats nach Vorschriften, die in einem ministeriellen Erlaß des Finanz- und Postministers festgelegt sind. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt und ernannt. Die Eigenschaft eines Mitgliedes vom Verwaltungsrat ist unvereinbar mit derjenigen eines Angestellten oder beschäftigten Mitarbeiters von einem Staats- oder Privatsender oder irgendeiner anderen Rundfunkgesellschaft.

Die Rundfunkhörerwahlen wurden durchgeführt auf Grund der Verordnungen vom 9. Januar und 20. Januar 1937. In der Verordnung vom 9. Januar 1937 war das Wahlrecht bestimmt, das den Besitzern ordnungsgemäß angemeldeter Rundfunkgeräte zusteht. Wählbar ist jeder Wähler französischer Nationalität im Alter von mindestens 21 Jahren. Die Kandidatur mußte durch eingeschriebenen Brief der Postverwaltung derjenigen Stadt gemeldet werden, in der sich der Hauptsenderaum des Senders befindet. Im Gegensatz zu 1935, wo die Verbände mit der Vorbereitung der Wahlen beauftragt waren, erfolgte diesmal die Vorbereitung durch



die Postverwaltung. Der Hörer meldete sich in einem Postamt seines Bezirks, wo er gegen Vorweisung einer Hörerkarte zwei Umschläge erhielt. In einen Umschlag legte er seinen Stimmzettel und übersandte diesen Umschlag im zweiten Umschlag dem Leiter der Postverwaltung derjenigen Stadt, in der sich der Sender befand. Die Wahl hat also nur auf schriftlichem Wege stattgefunden.

Auf Grund der Verordnung vom 20. Januar 1937 hat der Staatsrat infolge Überschreitung der Amtsgewalt die Verordnungen vom 11. und 15. Oktober 1934 über den Rundfunk aufgehoben, da gemäß Artikel 69 des Gesetzes vom 30. Juni 1923 der **Verwaltungsrat** des Postwesens über alle Maßnahmen betr. allgemeine Organisation der Dienste, der Mitarbeiter, des Statuts und der Ernennung von Mitarbeitern sowie über Bestimmungen hinsichtlich des Postdienstes zwangsmäßig befragt wird und die beanstandeten Verordnungen zweifellos ohne vorherige Befragung des Verwaltungsrats erlassen wurden.

### Schweiz

Die am 26. Februar 1931 der SSR. vom Bundespostministerium erteilte Genehmigung ist einer Änderung unterzogen worden. Die neuen Bestimmungen vom 30. November 1936 sind am 1. Januar 1937 in Kraft getreten. Die Hauptänderungen beziehen sich auf die Organisation, das Gehalt des Generaldirektors und den Programmdienst. Nach der alten Genehmigung hatte der Zentralausschuß der SSR. 7 Mitglieder als Vertreter der 7 örtlichen Gesellschaften. Außerdem hatte die Postverwaltung die Möglichkeit, 5 weitere Mitglieder mit Stimmrecht zu ernennen. Bisher hatte die Post nur 2 Mitglieder ernannt. In Zukunft besteht der Ausschuß aus 15 Mitgliedern, 7 hiervon als Vertreter der örtlichen Gesellschaften und 8 von der Regierung, die auch den Präsidenten des Ausschusses stellt. Der Ausschuß ernennt einen Generaldirektor, der besonders mit der Programmgestaltung beauftragt wird, während in den alten Bestimmungen nur von „einer allgemeinen Programmüberwachung“ die Rede war. Der Generaldirektor leitet die Bezirksprogrammausschüsse, von denen je einer für den Sprachbezirk vorhanden ist. Die drei Bezirksprogrammausschüsse vereinigen sich bei gegebener Gelegenheit zu einem nationalen Ausschuß. Dieser ist eine beratende Körperschaft, die von der Postverwaltung nach eigenem Wunsch oder auf Vorschlag des Zentralausschusses einberufen wird. Der Generaldirektor ist berechtigt, den ihm unterstehenden Sendeleitern Weisungen hinsichtlich der Ansagen, der Programmgestaltung und Durchführung zu erteilen, für die er verantwortlich ist. Seine Zustimmung ist erforderlich für die Ernennung von Sendeleitern und Programmleitern, die von den Bezirksausschüssen auf Vorschlag der Programmausschüsse bestimmt werden. Programmauszüge sind auf Antrag und gegen angemessenes Entgelt der Presse zu übermitteln. Die Einnahmen aus der Programmveröffentlichung müssen für den Rundfunkdienst Verwendung finden.

## SCHRIFTTUM

Die praktischen und theoretischen Bemühungen um eine funkeigene Wortkunst dramatischen Charakters, d. h. Versuche zur Schaffung eines „Hörspiels“, sind so alt wie der Rundfunk selbst. Neben der praktischen Funkarbeit bemühten sich im Laufe der Zeit Berufene und Unberufene, Wesen und Aufbau dieser eigengesetzlichen Kunstgattung zu untersuchen. Aber erst sehr spät bildete sich aus „Hörwerken“, „Hörfolge“, „Sendespielen“ u. ä. das heraus, was wir heute „Hörspiel“ nennen, und auch in unserer Gegenwart noch ist die echte und reine Form „Hörspiel“ trotz einer Fülle guter Ansätze nicht allzu häufig. In dieser Tatsache mag auch der Grund zu finden sein, warum es eine Zeitlang in Sendesaal und Presse um das „Hörspiel“ recht ruhig geworden war und Wortsendungen anderen Charakters den Sendeplan beherrschten. Erst in neuester Zeit sind Praktiker und Theoretiker erneut auf den Plan getreten, um mit begründetem Optimismus sich für das funkmäßig gestaltete Hörspiel als einer der Bühne „Rundfunk“ gemäßen Kunstform einzusetzen. Zwei Bücher, die vor kurzem erschienen sind, behandelten diese Fragen.

**Kurt Paqué: Hörspiel und Schauspiel. Eine Dramaturgie.** Breslau, Ostdeutsche Verlagsanstalt, 1936. 118 S.

Diese vom Rundfunkamt der Reichsjugendführung herausgegebene Arbeit ist der Versuch, aus den Erfahrungen praktischer Theater- und Funkarbeit und aus theoretischen Überlegungen über das Wesen funkscher Wortkunst heraus eine Dramaturgie des Hörspiels zu schaffen. Alle grundlegenden ästhetischen Fragen werden ernsthaft und von vielen Seiten aus behandelt und besonders zu dem gesamten Fragenkomplex „Hörspiel“ richtungsweisende Antworten gegeben. Die vom Verfasser angewandte Methode, durch vergleichende Gegenüberstellung des aktmäßig aufgebauten Schauspiels mit dem szenisch gegliederten Hörspiel zu ästhetischen und dramaturgischen Grunderkenntnissen über beide Kunstformen zu kommen, hat sich als sehr brauchbar erwiesen.

Um der theoretischen Klarheit und der Anschaulichkeit der Untersuchungen willen und um an einem als typisch anzusehenden

Beispiel die Grundelemente der Kunstform „Hörspiel“ aufzuzeigen, hat der Verfasser nicht verschiedene Hörspielarten analysiert, sondern sich bewußt mit dem bisher nur in Aufsätzen vorhandenen „reinen“ Hörspiel beschäftigt und ein brauchbares Fundament einer eigengesetzlichen Hörspieldramaturgie geschaffen. Dieses „reine“ Hörspiel hat nach der Definition des Verfassers in seinen wesentlichen Grundelementen „Dramatik und unwegloser, ununterbrochener, konzentrierter, von Vorbereitungen befreiter — sich immer in unmittelbarem Geschehen befindender — Handlungsablauf“ und frei von allen epischen und optischen Hilfsmitteln zu sein. Das soll nun aber nicht heißen, daß mit dieser so entwickelten Dramaturgie eine Schablone des Dichtens, gewissermaßen eine „Poetik des Hörspiels“ gegeben ist, deren man sich mechanisch bedienen kann. Auch diese Untersuchung dient nur dazu, die Elemente zu finden, die Grundbegriffe zu klären und den Rahmen zu schaffen, in dem sich der Hörspieldichter, angeregt durch neue ästhetische Erkenntnis, selbständig bewegen kann. Der Verfasser schreibt selbst am Schluß seines Buches: „In dieser Erkenntnis kann diese Arbeit auch nur im Sinne der fundamentalsten Gesetze eine Norm beziehungsweise für den sich noch schulenden Autor ein ‚Rezept‘ sein. Die großen Ausgangspunkte sind aufgezeigt worden, die letzten Verzierungen aber, die letzten Variationen, die letzten Eigenarten liegen immer in der Persönlichkeit des Schaffenden begründet...“

Durch gut ausgewählte Beispiele aus verschiedenen Schau- und Hörspielen begründet der Verfasser seine Ansichten vom Wesen und von der Technik des Hörspiels. Im Laufe seiner erschöpfenden Untersuchungen schafft er so klare Einsichten, z. B. über die optische und akustische Wirkung des Wortes, über allgemein dramaturgische Voraussetzungen, über Szenenfolge, Dialog, Ruhepunkt des Hörspiels, über Regiebemerkungen, Milieu, Personenanzahl und Geräuschkulisse in Schauspiel und Hörspiel. — Der Ansatz, von dem der Verfasser ausgeht, ist nur aus der Grundstimmung der jungen Generation heraus zu verstehen, die auch hier bewußt und willentlich revolutionär die alten Geleise verläßt.

**Gerh. Eckert: Die Gestaltung eines literarischen Stoffes in Tonfilm und Hörspiel.** Berlin, Juncker & Dünnhaupt 1936. 272 S.

Der Verfasser hat mit dieser Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Klärung der Frage geliefert, ob schon vorhandene literarische Vorlagen von Film und Funk für ihre eigenen künstlerischen Zwecke verwandt werden dürfen. Er kommt zu der Ansicht, daß es bei der Beantwortung jeweils darauf ankommt, festzustellen, in welcher Weise die Verwertung vorhandenen Literaturgutes, insbesondere ob sie in einer dem Wesen der beiden Kunstformen Film und Hörspiel entsprechenden Form erfolgt ist. Der Film zum Beispiel — zu dieser Überzeugung kommt Eckert im Laufe seiner Untersuchung — hat hinsichtlich der Verarbeitung eines übernommenen literarischen Stoffes ganz andere Wege zu gehen als das Hörspiel. Im ersteren Falle handelt es sich, da der Film nicht Literatur, sondern seinem Wesen nach Bild ist, um die „Ersetzung einer Kunstform durch eine andere“, während wir in ähnlichen Fällen beim Hörspiel, da es Literatur ist, nur von einer „Umwandlung einer literarischen Gattung in die andere“ sprechen können.

Diese Untersuchungen macht Eckert nicht um ihrer selbst willen, sondern um Unterlagen für eine künftige Dramaturgie und Ästhetik dieser neuen Kunstformen Film und Hörspiel zu schaffen; denn als letztes Ergebnis seiner Arbeit stellt Eckert fest, daß Film und Rundfunk ihre eigene Kunstform aus sich entwickeln können und müssen, wenn sie ihre künstlerische Aufgabe erfüllen wollen. Nur dann sind sie „nicht nur und zuletzt Reproduktionsmittel, sondern Arbeitsgebiete für schöpferische Künstler“.

Im ersten Teil der Arbeit gibt Eckert seine grundsätzliche Auffassung von Tonfilm und Hörspiel hinsichtlich ihrer formalen Gattungszugehörigkeit. Durch klare Erläuterung trägt er wesentlich zur begrifflichen Unterscheidung von Film und Literatur, Hörspiel und Theater einerseits und zur Erkenntnis der Gleichartigkeit von Literatur und Hörspiel andererseits bei. Die Arbeit bringt außerdem viele richtige und wegweisende Betrachtungen zu Einzelfragen des Themas. Hervorzuheben ist auch die Sachkenntnis des Verfassers, der insbesondere die geschichtliche Entwicklung von Tonfilm und Hörspiel klar vor Augen

hat und wesentliche Einzelheiten kennt. Die Arbeit ist reich an heute schon schwer nachweisbaren Daten aus den Anfängen des Tonfilms und des Hörspiels. Eckert bringt außerdem den Abriss einer Geschichte des Tonfilms und Hörspiels. Gerade dieser Teil ist aus geschichtlichen und kulturpolitischen Gründen wichtig.

Am Schluß gibt Eckert noch eine „Zusammenstellung der in den Jahren 1930 bis 1933 herausgekommenen Filme deutscher Herkunft nach literarischen Werken“ und eine „Zusammenstellung der in den Jahren 1924 und 1925 vom Deutschen Rundfunk gesendeten Hörspiele“. — Die Arbeit ist im Grundsätzlichen und Stofflichen eine anerkennenswerte Leistung und ein fruchtbarer Beitrag zum Thema Theater, Tonfilm, Rundfunk und Hörspiel. R.

**„Jugend singt über die Grenzen“.** Zur Tagung des Weltrundfunkvereins in Berlin hat das Rundfunkamt der Reichsjugendführung (Berlin NW 40, Kronprinzenufer 10) ein in Umbruch, Druck und Zusammenstellung sehr ansprechendes, rund 60 Seiten starkes Buch herausgegeben, das — auf der Weltringsendung „Jugend singt über die Grenzen“ und auf eine Reihe von Austauschsendungen im Jugendfunk fußend — sich in Wort und Bild wirksam und ehrlich für den Friedensgedanken im Äther einsetzt. (Polen und Finnland, mit denen Austauschsendungen in jüngster Zeit durchgeführt wurden, werden besonders eingehend behandelt; wir bemerken mit Freude vornehmlich die ausgezeichneten Bilder von der finnischen Reise.) Aus dem Inhalt zitieren wir nur wenige eindringliche Sätze: „Der Haß, der die Völker bisher gegeneinander trieb, kann nicht ein Bestandteil der Gesinnung der heutigen Jugend sein. Über alle wirtschaftlichen und räumlichen Schwierigkeiten hinweg können die Wellen des Äthers von Jugend zu Jugend die geistigen und kulturellen Brücken schlagen und somit mehr zum Frieden der Welt beitragen als viele Konferenzen. Möge der Ruf der deutschen Jugend zur Mitarbeit am Rundfunkaustausch überall freudig gehört und aufgenommen werden. Dann wird in Bälde ein Netz von friedlichen Jugendsendungen die Welt überziehen und wird alle Absichten der Friedensstörer zunichte machen.“ — „Für uns ist die Gestalt des Frontsoldaten nicht mehr mit dem



Begriff des Krieges verbunden, sondern mit einem Frieden gegenseitiger Achtung und Anerkennung. Die Frontsoldaten aller Völker haben sich in den Schlachten kennengelernt. Ihre Jungen und Mädel mögen es einmal auf friedlichem Wege tun. Die deutsche Jugend richtet an die Völker der Welt den Appell: Wer den Frieden der Zukunft ernstlich will, der läßt seine Jugend zu der anderer Nationen kommen. Diese Jugend hat ein Recht darauf, die sie bewegenden Fragen in friedlicher Gemeinschaftsarbeit zu lösen, ein Recht, das sie aus dem Opfer und der harten Pflichterfüllung ihrer Väter ableitet. Nur aus Unkenntnis und Fremdheit können Mißverständnisse, falsche Auffassungen und Meinungen, Mißtrauen und Feindschaft erwachsen. Die Jugend ist der Frieden der Welt!" — Das in fünf Sprachen gedruckte Werk soll in der Hand jedes Rundfunkschaffenden in alle Kulturstaaen kommen, es muß als Bote und Schrittmacher seinen Weg über die Grenzen nehmen, das wünschen wir ihm.

—r.

**Dr. Heinz Vollmann: Rechtlich-wirtschaftlich soziologische Grundlagen der deutschen Rundfunk-Entwicklung.** Verlag Robert Noske, Borna (Bez. Leipzig) 1936.

Der Verfasser versucht, sein Kompendium als „umfassende Darstellung aller die Rundfunkeinheit betreffenden Probleme in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ betrachtet zu wissen. Mit dem Titel ist zwar sehr viel beabsichtigt, aber für die Rundfunkeinheit nichts gewonnen, da die grundsätzliche Einstellung zu beanstanden und die Wertungen zum Teil unrichtig sind. Die Dinge des Rundfunks zu behandeln ist nicht so einfach, wie es sich mancher Verfasser einer Erstlingsarbeit vorstellt.

P.

Unter dem Titel „*L'attività artistica dell'EIAR*“ hat die Ente Italiano Audizioni Radiofoniche eine kleine Broschüre herausgegeben, in der eine genaue und eingehende Übersicht der musikalischen und literarischen Programme im Jahre 1936 zusammengestellt ist. Wir kommen auf die soeben erschienene Veröffentlichung später noch einmal zurück.

**La Radio** (Dal microfono all'altoparlante; Text Mar, Zeichnungen Genta), herausgegeben

von der EIAR. An diesem populärwissenschaftlichen Werke, in dem sich Text und Zeichnung die Waage halten, kann man erkennen, wie eine gute Idee, die der einprägsamen Verbreitung der technischen Grundlagen des Rundfunkwesens dient, überall verstanden wird und Verwendung findet. Die Durchführung der Absicht ist ausgezeichnet gelungen, wir kennen die Idee bereits seit langem aus den weitverbreiteten Werken von dem bekannten Rundfunkschriftsteller Gustav Büscher, mit dessen Worten und zeichnerischen Entwürfen wir vielfältiges Wiedersehen feiern. Sosehr uns das einerseits freut, sosehr bedauern wir aus Gründen des Autorenschutzes die enge Anlehnung an das berühmte Vorbild, die eine Gleichheit bis in die Wahl der beiden Hauptfiguren zeigt.

**Tenth Anniversary.** In einem kleinen Band von 60 Seiten hat die NBC-New York die Tischreden zusammengestellt, die von führenden amerikanischen und europäischen Rundfunkmännern auf dem Festbankett am 9. Oktober 1936 gehalten worden sind. Die Beiträge enthalten manche interessanten Einzelheiten und Erinnerungen aus der Entwicklungsgeschichte der National Broadcasting Company.

Über den **zweiten Kongreß der Internationalen katholischen Rundfunkhörer-vereinigung**, der vom 4.—7. Mai 1936 in Prag stattgefunden hat, ist ein gedruckter Sitzungsbericht erschienen, der neben Mitteilungen über Organisation und Ziele der Vereinigung sowie Zweck und Ergebnisse des Kongresses die Vorträge enthält, die von den Vertretern der verschiedenen europäischen und außereuropäischen Staaten über folgende Fragen gehalten wurden: Rundfunk und katholische Aktion, Rundfunk und Mission, Rundfunk und Presse. Ferner werden die Namen der Ländervertreter, ein Überblick über die Geschichte der Vereinigung und über den Stand der katholischen Rundfunkorganisationen in den einzelnen Ländern veröffentlicht. (Über den ersten Internationalen Katholischen Rundfunkkongreß, der in München stattfand, erschien 1929 ein Bericht unter dem Titel „Film und Funk“; der nächste Kongreß findet im Jahre 1942 statt.)

—r.



## **Luftpost**

**nach allen  
Weltteilen**

*Große Zeitgewinne*

### **EUROPA**

**Reichspost- u. Nachtflüge** bringen die eilige Abendpost nach den europäischen Hauptstädten schon am nächsten Morgen in die Hände des Empfängers.

### **NORDAMERIKA**

Von Mai bis Oktober Beförderung von Briefsendungen und Paketen mit Luftschiff in 2½ Tagen nach New York.

Weiterbeförderung auf dem Luftweg in den Vereinigten Staaten, nach Mittelamerika, Westindien, Venezuela, Kolumbien, Chile, Ekuador und Peru.

**Zeitgewinn** für Sendungen nach den Vereinigten Staaten bis zu 5, nach den anderen Ländern bis zu 13 Tagen.

### **SÜDAMERIKA**

**Wöchentlich zweimal Luftpostverbindung** nach Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Paraguay, Peru, Uruguay in 2½ Tagen bis Rio de Janeiro, in 3½ Tagen bis Buenos Aires, in 4 Tagen bis Santiago.

**Zeitgewinne** bis zu 20 Tagen je nach Lage des Bestimmungslandes.

### **AFRIKA, ASIEN UND AUSTRALIEN**

Nach und in Afrika, Asien und Australien werden **zahlreiche Luftpostlinien** für die **Beförderung deutscher Luftpostsendungen** benutzt.

Auch sie bringen großen Zeitgewinn.

**Auskünfte**, Werbedrucksachen, Luftpostliste mit Flugplänen und die Übersicht „Luftpostgebühren“ bei allen Postanstalten.

**DIE LUFTPOST EIN HELFER IM WETTBEWERB!**

... die „Europäische Revue“ ... die angesehenste Zeitschrift in allen Fragen der europäischen Außenpolitik, die die bekanntesten Staatsmänner aller Nationen zu ihren Mitarbeitern zählt. Westd. Beobachter, Köln

# Europäische Revue

DEUTSCHE MONATSSCHRIFT  
FÜR EUROPÄISCHE FRAGEN:

Politik • Wirtschaft • Literatur • Kunst • Wissenschaft

DAS APRILHEFT ENTHÄLT U. A.

Abg. Pierre Daye, Brüssel: Belgiens neue Außenpolitik

Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben: Sir Austen Chamberlain und Deutschland

Minister V. Janić, Belgrad: Der jugoslawisch-bulgarische Freundschaftspakt

L. S. Rowe, Generaldirektor der Panamerikanischen Union, Washington: Die internationale Konferenz von Buenos Aires

Hilaire Belloc: Der neue Völkerbund

Prof. H. H. Schaefer: Jacob Burckhardt und die geschichtlichen Mächte

Emily Dickinson (1830—1886): Gedichte, Übertragung von Hans Hennecke

Weitere Beiträge von Werner Bergengruen, Michael

Freund, Richard von Kühlmann, Privatdozent

Dr. Hans Raupach, Reinhold Schneider u. a.

*La nota tedesca „Europäische Revue“ ... Si tratta di una pubblicazione permanente interessante.*

Giornale d'Italia, Rom

*The articles on foreign politics in this review are generally of high authority and interest.*

The Criterion, London

*The „Europäische Revue“, a serious and outstanding review published in Germany ...*

New York Herald Tribune

*La célèbre revue allemande, l'„Europäische Revue“.*

Marseille Libre, Marseille

Preis jedes Heftes RM 1.50, jährlich RM 15.—  
Probehefte und Prospekte kostenlos

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTT GART — BERLIN

# Weltwende

Eine Schriftenreihe, herausgegeben von  
**Hermann Stegemann**

Auf den Grundgedanken von Hermann Stegemanns berühmter gewordenem, zur Zeit im 30. Tausend vorliegendem Werk „Weltwende“ fußend, behandeln hervorragende Kenner in diesen Schriften die brennenden weltpolitischen Fragen unserer Zeit.

Ein scharf geprägtes Bild der wirtschaftlichen Gestaltung des Kontinents.

Westfälische Landeszeitung — Rote Erde über

**Anton Reithinger**

## Das wirtschaftliche Gesicht Europas

Kartoniert M 3.60, in Leinen M 5.—

Die Darstellung geht von der Erkenntnis aus, daß die verbindenden Fäden der Wirtschaft am ehesten dazu berufen sind, die treibenden Grundkräfte derjenigen europäischen Entwicklung zu stärken, die die Voraussetzung für die Verwirklichung einer friedlichen Wohn- und Lebensgemeinschaft der europäischen Nationen bilden. Sämtliche Wirtschaftszonen werden in systematischer Reihenfolge sorgfältig behandelt.

Königsberger Allgemeine Zeitung

**Werner von Heimbürg**

## Entwicklungen im Donauraum

Kartoniert M 2.—

Mit klarem Blick für die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge schildert Werner von Heimbürg den Machtkampf der Großmächte im Donauraum. Er deckt die Fäden auf, die vom Südostraum nach Mitteleuropa führen, und kommt mit unerbittlicher Logik zu dem Schluß, daß der Donauraum sich eine Form für eine überstaatliche Gemeinschaft auf wirtschaftlicher und politischer Grundlage geben muß.

Stuttgarter Neues Tagblatt

In allen Buchhandlungen erhältlich

**DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT**

Stuttgart — Berlin

Ein grundlegendes Werk über Bulgarien

## Alois Hajek Bulgarien

unter der Türkenherrschaft

335 Seiten. Gr.-8°. In Leinen gebunden M 11.50

In Hajeks Buch besitzt die deutsche historische Literatur ein Werk, das über die Geschichte Bulgariens unter der Türkenherrschaft eine ausgezeichnete Übersicht gibt. Niemand, der sich für die Geschichte der Balkanvölker interessiert, wird es unbeachtet lassen dürfen. Hajeks Buch enthält eine Fülle von Tatsachen, die in weiten Kreisen bisher fast ganz unbekannt waren. In allen Buchhandlungen erhältlich Köln. Volksztg.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart — Berlin



**DER GROSSE BUCHERFOLG DES JAHRES**

Prinz K. A. Rohan

# Schicksalsstunde Europas

2. Auflage

Kapitel: I. Erbgut Europas. II. Zwischen Gottlosigkeit und Gottsuche.  
III. Persönlichkeit und Lebensgestaltung. IV. Der Mensch des 20. Jahrhunderts und seine politischen Lebensformen

In richtungweisender und leicht faßlicher Darstellung gibt dieses aufsehen-  
erregende Werk Antwort auf die brennenden Fragen, die sich jedem Einzelnen von uns in  
seiner praktischen Lebensgestaltung stellen. In unerhört hinreißender Aufgipflung deutet  
Rohan im zweiten Teil des Buches die großen Bewegungen Christentum, Faschismus,  
Nationalsozialismus, in denen das Kulturerbgut Europas erneuert wird zur Ab-  
wehr gegen die Weltgefahr des Bolschewismus. Kommt Krieg? Wird Europa  
gottlos oder christlich werden? — Auch diese tiefsten Schicksalsfragen sind behandelt.

Die Stimme Österreichs im  
Gesamtdeutschtum

Ein im ernstesten und aktuellsten Sinne  
deutsches Bekenntnis

Der Anruf an  
Europa  
sich in dieser Schicksalsstunde  
auf sein Wesen zu besinnen

Eine Bestandesaufnahme und Deutung  
unseres Schicksals

*In der Tschechoslowakei verboten*

Großoktav, 430 Seiten. In Ganzleinenband RM 7.—, S 14.—

In allen Buchhandlungen vorrätig

**Leykam-Verlag • Graz • Wien • Leipzig**



# Volks- ausgaben



(Reich illustriert, gute Ausstattung)

**Otto Hersing, U21 rettet die Dardanellen** 12. Tsd. RM 2.85  
„Allgemeine Schweizer Volkszeitung“: „Hersing versenkte als erster ein englisches Kriegsschiff und gab damit den ersten weltgeschichtlichen Torpedoschuß ab. Als erster fuhr er durchs Mittelmeer, versenkte an einem Tage die großen englischen Kriegsschiffe „Majestic“ und „Triumph“ und rettet damit Konstantinopel. Er berichtet auch über Kaiser Wilhelm, Hindenburg, Ludendorff usw. Eine unerhört packende Darstellung, die man in einem Zuge durchliest.“

**Horst von Buttlar, Zeppeline gegen England** 25. Tsd. RM 2.85  
„Dresdner Anzeiger“: „Ein Dokument voll Schwung und Anschaulichkeit, das in der ganzen Welt mit Sympathie und Begeisterung aufgenommen wird.“  
(Z. Zt. vergriffen.)

**Adalbert Stifter, Betrachtungen und Bilder** 5. Tsd. RM 2.85  
Wie Gottfried Keller war auch Stifter ein begabter Maler. Die 12 Abbildungen und 12 Aufsätze, meist unbekannt, überraschen und beglücken jeden Kunst- und Literaturfreund außerordentlich.

**Max Ronge, Kriegs- und Industrie-Spionage** 25. Tsd. RM 3.75  
(Ronge war der letzte Chef der österr.-ung. Spionage.)  
„Dresdner Neueste Nachrichten“: „Ein ausgezeichnetes, spannendes Buch.“

**Oskar von Wertheimer, Kleopatra** 41. Tsd. RM 3.75  
„Deutsche Allgemeine Zeitung“ Berlin: „Ein Buch, das uns durch die Gewalt und antike Größe seines Stoffes von der ersten Seite an zu fesseln vermag. Atemraubend, wie nur je ein Roman der großen Dichterin Weltgeschichte.“

## M u s i k

**Karl Kobald, Schubert** 41. Tsd. RM 3.75  
„Berliner Lokal-Anzeiger“: „Jeder, der Schubert liebt — und wer liebte an seiner Musik nicht den reinsten, unmittelbarsten Wiederklang des Göttlichen! — wird zu dem liebevollen Buch greifen! Er wird sich reichlich belohnt sehen.“

**Karl Kobald, Beethoven** 21. Tsd. RM 3.75  
„Der Bund“, Bern: „Ein Buch, das für einen weiten Leserkreis berechnet ist, darf als feine Gabe warm empfohlen werden.“

**Groag-Belmonte, Die Frauen im Leben Mozarts** 3. Tsd. RM 4.85  
„Münchener Allgemeine Zeitung“: „Das Buch, reichlich mit Abbildungen versehen, ist in der Mozart-Literatur das klarste, das das Leben des großen Meisters beleuchtet.“

**Hugo Wolf, Briefe an Rosa Mayreder** 4. Tsd. RM 2.85  
Viel nachhaltiger noch als das Menschliche wirken die Kundgebungen des Genius, die so oft überwältigend aus den Briefen des großen Musikers sprechen.

---

**A m a l t h e a - V e r l a g / W i e n I V**

Mit dem Aprilheft beginnt das 2. Halbjahr  
des X. Jahrganges von

# Nation und Staat

Deutsche Zeitschrift  
für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben  
für den Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa

Bezugspreis:  
Ganzjährig RM 15.—, halbjährig RM 7.50  
Probeheft kostenlos

Die Zeitschrift bietet in ihren monatlich erscheinenden,  
durchschnittlich 70 Seiten starken Hefen:

## Abhandlungen und Artikel

über alle mit dem Nationalitätenproblem im  
allgemeinen und der Lage der deutschen  
Volksgruppen im besonderen zusammen-  
hängenden politischen, weltanschaulichen und  
wissenschaftlichen Fragen.

## Regelmäßige und umfassende Berichte

über die nationalitätenpolitisch bedeutsamen  
Ereignisse in allen Staaten Europas,  
über die Lage aller deutschen Volksgruppen  
(Minderheiten), über die Tätigkeit der für  
das Nationalitätenproblem wichtigen Organi-  
sationen, Kongresse usw.

## Sachkundige Besprechungen

der einschlägigen Literatur.

## Zeitschriften- und Zeitungsschau

in sorgfältiger Bearbeitung.

## Das wichtigste Dokumentenmaterial

**WILHELM BRAUMÜLLER**  
WIEN IX UND LEIPZIG

# RAUM FORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

MONATSSCHRIFT  
DER REICHSSARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR RAUMFORSCHUNG

## EMSLAND

INHALT DIESES SONDERHEFTES 6/7

### AUFSÄTZE

Brünig: Das hannoversche Emsland  
Hugle: Die Erschließung des Emslandes  
Schmitz: Emslandplanung  
Stadermann: Wasserwirtschaft im Emslande  
Ossig: Die bäuerliche Besiedlung des Emslandes  
Eggers: Verkehrsaufgaben im Emsland  
Schulz-Kiesow: Der Dortmund-Ems-Kanal  
Brüne: Grundsätzliches zur Moor- und Heide-  
kultur im Emsland  
Käßler: Wetter, Wasser und Wald im Emsmoor  
Keppeler: Die technische Nutzung der Emsland-  
Moore in Gegenwart und Zukunft  
Westerhoff: Aufgaben und Einsatz der Torf-  
industrie für die Landeskultur  
Gade: Förderung der Landeskultur durch Schlick-  
verwertung  
Isenberg: Das hannoversche Emsland im Spiegel  
der Statistik

### UMSCHAU

Umbildung der „Gezuvor“ durch Reichsminister  
Kerl  
Forschungsaufgaben in Franken  
Erweiterung des deutschen Lebensraumes durch  
Landeskulturmaßnahmen  
Die räumliche Verteilung des Wohnungsneu-  
baues 1936

### MITTEILUNGEN

Dissertationen und Diplomarbeiten aus dem  
Arbeitsgebiet der Raumforschung

### SCHRIFTTUM

Das Emsland im Schrifttum



### BESTELLUNGEN

durch die Post, Buchhandlung oder direkt an den Kurt  
Vowinkel Verlag GmbH, Heidelberg, Wolfbrunnen 36  
Probebezug RM 3.65 statt RM 6.50 für 1/4 Jahr  
Einzelheft RM 2.— / Vierteljahresbezug RM 6.50  
Jahrgang mit Inhaltsverzeichnis RM 22.—



# Rumänien

diesseits und jenseits  
der Karpathen

Von Wolfgang Höpker

In klarer, lebendiger Darstellung sind hier die inneren Gegebenheiten und Spannungen Großrumäniens aufgezeigt, das, auf der Scheide zwischen Ost- und Mitteleuropa, den Weg zu einer arteigenen Lebensordnung sucht. Das Problem Altreich und Neureich, die Verschiedenheiten zwischen den altrumänischen Landesteilen Walachei und Moldau, zwischen dem Lebens- und Kulturkreis Vorkriegsrumäniens und den nach Kriegsende neu hinzugekommenen Gebieten Siebenbürgen und Bessarabien werden aufgezeigt und beleuchtet. So vermittelt das Buch ein Bild landschaftlicher und völkischer Farbigkeit, aber auch kultureller Zerklüftung, die es, zugunsten ausgeglichener innerer Vielfalt, zu überwinden gilt. Daß diese große Aufgabe dem rumänischen Volk gelingen möge, wünscht der Verfasser von Herzen. Der Völkische Beobachter, München, schreibt: „Eine Beurteilung Rumäniens erfordert die genaue Kenntnis seiner geschichtlichen und politischen Bindungen. Sie werden von Höpker, der als Kenner der südosteuropäischen Probleme einen guten Ruf hat, ausgezeichnet entwickelt“.

127 Seiten und 1 Karte

Geheftet RM 3.90, Leinen RM 4.80

In allen Buchhandlungen!

VERLAG KNORR & HIRTH G.M.B.H.  
MÜNCHEN

# ÖSTERREICH

kennen ist wichtigste

## VORAUSSETZUNG

für die Kenntnis des

## SÜDOSTEN

Unsere Bücher sind dafür Wegbereiter

ERWIN STRANIK

### Österreichs deutsche Leistung

Eine Kulturgeschichte des süddeutschen  
Lebensraumes

Preis in Ganzleinen RM 7.20

„Dieses Buch zeigt das österreichische Wesen in seiner Fülle durch die Jahrhunderte bis zu diesem Tage, vor allem seine Reichhaltigkeit an geistigen und künstlerischen Strömungen, an begabten Individuen und seine Anziehungskraft auf das Reich.“  
Berliner Tageblatt

ADALBERT SCHMIDT

### Deutsche Dichtung in Österreich

Eine Literaturgeschichte der Gegenwart

Preis in Ganzleinen RM 4.80

„Eine schöne und unterrichtende Arbeit. Schmidt setzt den rechten Akzent auf die dauernde Leistung der großen Hüter der Überlieferung.“  
Deutsche Zukunft, Berlin

„Das Buch enthält prächtige Kennzeichnungen der besten heutigen Dichter Österreichs.“  
Völkischer Beobachter, München

MAX MOROLD

### Dichterbuch

Deutscher Glaube, deutsches Sehnen,  
deutsches Fühlen in Österreich

Preis in Ganzleinen RM 5.40

„Diesem Dichterbuch kommt dreierlei Bedeutung zu: einmal ist es ein vortreffliches Sammelwerk besten, zeitgenössischen Schrifttums, in seiner kritischen Auswahl ein getreues Spiegelbild geistigen Lebens in Österreich, mit seinem biographischen und literaturwissenschaftlichen Teil schließlich eine praktische Literaturgeschichte ganz neuen Stils von unerhörter Lebendigkeit.“  
Reichender Zeitung

Wer sich mit Südostragen beschäftigt, kommt  
ohne diese Bücher nicht aus!



ADOLF LUSER

VERLAG

WIEN · LEIPZIG



In vierter, bearbeiteter und erweiterter  
Auflage erschien

**Karl Georg Zschaetisch**

# Die Arier

Herkunft u. Geschichte des arischen Stammes

Das Werk berichtet über

**30000 Jahre arischer Geschichte**

Es gibt ferner Aufschlüsse über die 3 verschiedenen Gottheiten des alten Testaments: Gottvater, Jahwe, El Schaddai, über den Ursprung der Religionen und das Werden des Gottesglaubens, über den Sintflut, über die Sintflut und viele sonstige biblische und andere Überlieferungen der Vorzeit, über den Moloch- oder Teufelsdienst, über den Unterschied zwischen den jüdischen und christlichen und den germanischen Priesterschaften, über die Bedeutung und Entfaltung der Runen und Sippennamen sowie des Hakenkreuzes, über die Ungleichheit der Menschengruppen, über die Zusammenhänge der Kulturen in der Alten und Neuen Welt.

480 Seiten, Großformat, mit Abbildungen und  
2 Karten, Ganzleinen RM 9.60

Zu beziehen durch jede Buchhandlung  
oder unter Nachnahme direkt vom  
Arier-Verlag G. m. b. H., Berlin-Zehlendorf  
Teichstraße 10

Eine Neuerscheinung, an der kein  
Geopolitiker vorbeigehen sollte:

## HANS R. WIESE Uns rief Polen!

248 Seiten

Leinen RM 4.20

Indem das Buch nachweist, daß  
der deutsche „Drang nach Osten“  
nicht gleichbedeutend ist mit der  
Eroberung fremder Gebiete und der  
Unterdrückung fremden Volkstums,  
leistet es einen wichtigen Beitrag  
zur Klärung der Ostraumfragen.

**In jeder Buchhandlung zu haben!**



**R. Voigtländers Verlag  
Leipzig C 1**

## EIN WUNDER DER GENAUIGKEIT



die elektrische **Synchron** Schreib-  
tischuhr (läuft ohne Aufzug lebens-  
lang) in elegantem Gehäuse, mit und  
ohne Wecker — ein wahres Schmuck-  
stück und würdiges **Geschenk** für  
anspruchsvolle Herren. Sofort Pro-  
spekt fordern von

**ELEKTRO-SPECK**

Schwenningen a. N.  
Gerokstraße 1

## IBERO- AMERIKANISCHES ARCHIV

Zeitschrift d. Ibero-Amerikan. Instituts zu  
Berlin. Leitung: General W. FAUPEL.  
Schriftl.: Prof. Dr. O. QUELLE. Jährlich  
4 Hefte (etwa 40 Bg. stark) nur M. 10.—,  
Einzelheft 3.—

★

*Die führende Zeitschrift für den gesamten  
Ibero-Amerikanischen Kulturkreis; umfaßt  
Länder- u. Völkerkunde, Geschichte, Wirt-  
schaftskunde, Politik u. a. m., bringt Lite-  
raturberichte u. Kartenbibliographien in  
lückenloser Vollständigkeit.*

**FERD. DÜMMLERS VERLAG**  
BERLIN SW 68 und BONN (Gegr. 1808)



## Empfohlen:

→ **G. Fehn**

### **Oberdeutschland**

Die deutschen Alpen und ihr Vorland.

Nach geograph. Gesichtspunkten unter besonderer Würdigung des deutschen Volkstums auch jenseits der Reichsgrenze.

Mit Karte. Hbl. RM 2.60, fart. RM 2.—

→ **L. Roegel**

### **Alpenlandschaft**

in Typenauschnitten. Mit Abbildungen.

Hbl. RM 2.50, fart. RM 1.80

Zur Wiederaufnahme deutscher Ausgrabungen in Olympia:

→ **E. Pernice**

### **Deutsche Ausgrabungen in den Ländern d. klassischen Altertums**

2. Auflage. Mit 10 Bildern.

Hbl. RM 2.40, fart. RM 1.80

**Verlag Dr. Karl Moninger, Karlsruhe i. B.**

## **ALBRECHT KÜLTZSCH** **DRESDEN-GRUNA 20**



**Uhren-, Gold-  
und Silberwaren  
Sprechmaschinen**

Handelsmarke **SAXONIA**  
seit 59 Jahren

Zahlungserleichterung



**Preisliste**

**Nr. 184**

**umsonst**



Wer Ungarn im Spiegel seiner erlesensten Dichter kennenlernen will, der lese unsere  
Neuerscheinung

# UNGARN

Ein Novellenbuch · Herausgegeben von Dezső von Kerecskúty

Mit 24 Holzschnitten von György Buday

346 Seiten · Steif broschiert RM 4.— · Leinen RM 5.50

„Zwei verschiedene Ziele verfolgt diese außerordentlich sorgfältig zusammengestellte Sammlung: zunächst ein Bild des heutigen Ungarn quer durch alle gesellschaftlichen Schichten zu geben — dann aber auch das epische Schaffen während der letzten Jahrzehnte zu spiegeln. Beides ist meisterhaft gelungen. Das Werk ist als Ganzes ein Situationsbericht, in dem auch die Eigenart des einzelnen Dichters überraschend gut zur Geltung kommt. Hier findet der Leser die geistigen Grundlagen, um die Bedeutung der kulturpolitischen Verbindung zwischen dem Reich und Ungarn zu verstehen.“

Felix Stiemer, Weltliteratur, Berlin

Durch jede Buchhandlung zu beziehen · Verlagsverzeichnis kostenlos

**WILH. GOTTL. KORN VERLAG · Breslau**

Kurt Vowinkel Verlag GmbH., Heidelberg-Berlin — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5 — Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a. D., München O 27, Kolberger Str. 18 — Schriftleitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg, Schriftleitung für die Beilage „Welt-Rundfunk“: Dr. Kurt Wagenführ, Charlottenburg 4 — Verantwortlich für die Anzeigen: Hans Boehm, Heidelberg — Durchschnittsauflage 1. Vierteljahr 5000 — Zur Zeit P. L. 4 gültig



# ZWEI UNGARISCHE ZEITSCHRIFTEN FÜR DAS AUSLAND

## THE HUNGARIAN Quarterly

Nicholas Horthy	Zsolt Harsányi
The Grouping of the Powers	G. P. Gooch
America's «Fathers»	George Creel
Recent Tendencies in the	
Danubian Basin	Joseph Balogh
Big Estates in Hungary	A. Körmendy-Ékes
The Budapest Soviets (1919)	P. M. Brown
Germany, Hungary and	
Rumania	Elizabeth Wickemann
Co-operation in Hungary	C. F. Strickland
English Teaching in Hungary	V. D. Barker
The Bakony	Béla Hamvas
Christianity in Hungary	Imre Révész
Hungary after the Turks	Alexis Máté
Hungarian Exploration	
of Central Africa	Tracy Philipps
A Very Little Village	Viola Tomori
The Discovery of Peasant	
Architecture	Virgil Bierbauer
The White Yacht	Lajos Zilahy
Shakespeare in Hungary	Charles Sebestyén
Modern Hungarian Music	Eugene Ormándy
Airways	Owen Rutter
A Danubian Chronicle	Andrew Frey

Price 3/6. Annual subscription 14/—

Rolls House Publishing Co.  
2, Breams Buildings E. C. 4.

## Nouvelle Revue DE HONGRIE

DIRECTEUR: GEORGES OTTLIK

AVRIL 1937

### La France et son système diplomatique

La France et son système diplomatique Georges Roux  
Le village hongrois Etienne Weis  
Une nouvelle source persane  
sur les Hongrois au X<sup>e</sup> siècle V. Minorzky  
Nicolas Zrinyi, humaniste et Européen Béla Zolnai  
L'art dramatique en France Gabriel Marcel  
Quelques portraits Chasse Marguerite Bethlen  
Harmonie et désaccord  
en Europe centrale Joseph Balogh  
L'architecture de la renaissance  
en Hongrie Virgile Bierbauer  
1936: Année de la reprise économique  
en Hongrie Alexandre Sipos

### Chronique du mois

Chronique scientifique (Alexandre Eckhardt/  
— Eugène Hubay (Ladislas Lajtha) — Expo-  
sition János Vaszary (Paul Lambotte) — Les  
deux mères (Conte d'Alexandre Sásdi) —  
A propos d'une comédie à clef  
(Alexandre Baumgarten)  
Nouvelles économiques et financières  
La presse et les revues  
Les Livres

RÉDACTEUR EN CHEF: JOSEPH BALOGH

Prix de l'abonnement annuel: 50 fr.  
Budapest, VI, Váci-körút 3



KUNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN-Würt.

## Büromaschinen

(Schreib-, Rechen-, Adressier-, Ver-  
vielfältigungsmaschinen)

### Gelegenheitskäufe

sowie Kohlepapier liefert zu  
günstigen Preisen

**P. FÜRST • BERLIN C 25**

Gontardstraße 2, Ruf E 1 4235

Verlangen Sie sofort Angebot!



## **Geschichte der nationalen Bewegung im Orient**

Von H. Kohn

Nur ein führender Zionist konnte so gut unterrichtet sein, um dieses sorgfältig aufgebauete und durchdachte Werk fertigzustellen. Sein Wert liegt in der Überschau über die politischen und geopolitischen Ereignisse mehrerer Kontinente, wie sie

von einem so zentralen Platz wie Palästina möglich ist. Dabei wird deutlich sichtbar, wie der nationale Gedanke von Europa hinübersprang in den Osten, seit Jahrzehnten dort Boden gefaßt hat und zu Entwicklungen gewaltigen Ausmaßes heranreift. Durch die Fülle sonst nicht zugänglichen Materials sowie durch sein umfangreiches Register ist es das internationale Standardwerk zu den Problemen des Orients.

Groß-8°. 377 Seiten. 16 Karten  
Gebunden RM 12.—

## **Die Adriafrage**

Von J. März

Aus der Spannung zwischen Italien

und Südslawien heraus ist die Adria einer der Räume, welche die Zukunft Europas gefährden können. Bisher bestand darüber keinerlei umfassende Darstellung, so daß dieses Werk des ältesten Schülers von Prof. Dr. Karl Haushofer grundlegend ist.

352 Seiten, 4 Karten. Kartoniert RM 6.80  
Leinen RM 7.50

## **England**

## **und Palästina**

Von J. Cohn

Gleichfalls von einem Zionisten und damit von durchaus beteiligter Seite wird hier eine Darstellung und

Auseinandersetzung mit der englischen Palästina-Politik gegeben.

8°, 327 Seiten. Kartoniert RM 5.50  
gebunden RM 6.80

## **Die Mossulfrage**

Von F. Hesse

Der Streit um den Mossul, bzw.

um die in seiner Umgebung befindlichen Petroleumfelder zeigte so ausgesprochen geopolitische Züge, daß diese nähere Untersuchung zu sehr aufschlußreichen Ergebnissen über den Zusammenhang zwischen Politik und Geopolitik führen mußte. Zugleich gibt die kleine Schrift einen guten Überblick über die verwickelten politischen und rechtlichen Verhältnisse im vorderen Orient.

8°, 68 Seiten. 4 Karten. Kartoniert RM 2.80

## **Italien im östlichen**

## **Mittelmeer**

Von J. Seyfullah

Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln. Das Problem der heute italienischen Zwölfinselgruppe, des Dodekanes und der im griechischen Besitz befindlichen anatolischen Küsteninseln wird vor allem nach der wirtschaftlichen Seite vor dem Leser ausgebreitet, aber es ist klar, daß die Ergebnisse auch politisch starkes Interesse bieten.

8°, 92 Seiten. 13 Karten und Diagramme  
Kartoniert RM 3.20

## **Der Mittelmeerraum**

Von Hummel-Siewert

Wer über Fragen der Weltpolitik nicht nur kanne-  
gießern will, wer ein eigenes und vor allem wichtiges Urteil darüber sucht, der

muß sich mit der geopolitischen Literatur abgeben. Der „Mittelmeerraum“ ist der Schlüssel für eine der größten politischen Fragen Europas.

Dr. St.  
August 1936

München, Südd. Sonntagspost.

Die Verfasser verstehen es, die Fülle des Stoffes in einer Art und Weise darzustellen, wie sie auch den politisch uninteressierten Leser fesseln muß.

31. 7. 1936

Köln, Westdeutscher Beobachter.

Groß-8°, 200 Seiten, 36 Karten. Leinen RM 5.80

**KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.**  
**HEIDELBERG — BERLIN**

Postanschrift: Heidelberg, Schloß Wolfsbrunnenweg 36